Editorial

Heft 64 wartet wieder mit interessanten Beiträgen zu seinen Kernthemen auf. Vorgestellt wird das seit September 2022 in Eichwalde bei Berlin ansässige Kulturhistorische Archiv (KHA) des Humanistischen Verbandes Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg. Gesammelt und aufbewahrt werden Dokumente, Primär- und Sekundärquellen zur Geschichte der freigeistigen, freidenkerischen, freireligiösen, monistischen, ethisch-humanistischen und ihnen verwandten Organisationen des 19. bis 21. Jahrhunderts in Deutschland (mit Schwerpunkt auf Berlin und Brandenburg). Als erstes zentrales Archiv des Verbandes bietet es neue Möglichkeiten für die weitere wissenschaftliche Erforschung freigeistiger Organisationsgeschichte. Ein Archiv besonderer Art ist das Schaudepot Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (1924-1933) in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Es zeigt Dokumente, Fotos, Zeitschriften und andere Objekte der Organisation. Anders als in einer Ausstellung, unterliegen die Sachobjekte einer kategorischen Ordnung und keiner inhaltlichen oder thematischen Erzählung.

Erinnerungsstätten und Gedenkkultur sind ein weiterer Schwerpunkt des Heftes. Holger Czitrich-Stahl begibt sich auf Spurensuche in Thüringer Orte, die eng mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verbunden sind. Zwei Vorträge, gehalten von Volker Külow anlässlich unserer Jahresversammlung im Mai 2023, und von Stefan Heinz auf der offiziellen Gedenkveranstaltung der Stadt Frankfurt anlässlich des Jahrestages des 20. Juli 1944, sind in dieser Ausgabe dokumentiert. Sie widerspiegeln, in welchem Spannungsverhältnis Geschichtswissenschaft und politische Öffentlichkeit stehen.

Um Gedenkkultur geht es auch im Bericht zur Konferenz für ein Erinnerungszeichen an Paul Löbe. Klaus Leesch präsentiert ausführlich neue Fakten und Einschätzungen zum Leben und Wirken des sozialdemokratischen Politikers. Weitere Berichte zur 33. Sitzung des Kuratoriums der SAPMO sowie über ein Podiumsgespräch zum Stand der Stalinismus-Forschung angesichts der politischen Entwicklungen in Russland vervollständigen die Rubrik.

Siegfried Prokop offeriert ein bemerkenswertes Dokument über das Vieraugengespräch Erich Honeckers und Josef Strauß vom 11. September 1987. Damals war es realpolitisch orientierten Politikern in einer sicherheitspolitisch brisanten Situation in der heißen Phase der Raketenstationierung auf deutschem Boden durch NATO und Warschauer Vertrag möglich, wichtige Schritte der Entspannung zu gehen. Die Hoffnung, dass sich politische Akteure in der gegenwärtig entstan-

denen Gefahrenlage durch den Krieg in der Ukraine an solchen historischen Beispielen orientieren, ist groß.

Im Interview stellt sich Vera Bianchi, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats unserer Zeitschrift, vor, und in einer biografischen Skizze wird die Bibliothekarin Marie Nörenberg gewürdigt. Rezensionen und Informationen geben Einblicke in den Büchermarkt und auf kommende Veranstaltungen. Gemäß unseren Vereinsregularien ist das Protokoll der 32. Jahreshauptversammlung veröffentlicht.

Im zurückliegenden Zeitraum erreichten uns leider wieder traurige Nachrichten. Mit dem Tod von Barbara Kontny und Dr. Jürgen Stroech verlieren wir engagierte kenntnisreiche vertraute Menschen, die zu den Gründungsmitgliedern unseres Förderkreises zählen. Wir werden ihr Andenken bewahren.

Die Redaktion

Inhalt

Editorial

Aus den Archiven 7

Erschließungsarbeiten und Bestandszugänge der SAPMO (BArch) im Jahr 2022
Holger Czitrich-Stahl 7

Das Kulturhistorische Archiv (KHA) des Humanistischen Verbandes Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg (HVD-BB)
Olaf Schlunke 9

„Für Freiheit und Demokratie!“ Das Schaudepot Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (1924-1933) in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stefan Heinz 13

Erinnerungsstätten und Gedenkkultur 17

Zum Gedächtnis der Arbeiterbewegung – zwei Gedenktafeln in Jena und Apolda
Holger Czitrich-Stahl 17

Gewerkschaftlicher Widerstand gegen den NS-Staat und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944. Festvortrag anlässlich des 79. Jahrestags in der Paulskirche in Frankfurt am Main am 20. Juli 2023
Stefan Heinz 19

Interview 28

Interview mit Vera Bianchi
Holger Czitrich-Stahl / Rainer Holze 28

Besondere Zeitdokumente 33

Europa in vollem Risiko? Das Vieraugengespräch von Erich Honecker und Franz Josef Strauß im September 1987
Siegfried Prokop 33

Berichte 40

Bericht über die 33. Sitzung des Kuratoriums der SAPMO am 20. April 2023 im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde
Holger Czitrich-Stahl / Claudia Gohde 40

Ein Denkmal für Paul Löbe und die Pressefreiheit. Konferenz vom 17. Februar 2023 in der Europäischen Akademie Berlin e. V.
Klaus Leesch 42

Zum Stand der Stalinismus-Forschung – Ein Podiumsgespräch
Alexander Amberger 49

Vorträge 52

Vom Felsenkeller nach Falkenstein und zurück. Einige Bemerkungen zur gegenwärtigen Pflege des Erbes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Sachsen
Volker Külow 52

Informationen 66

Nächste intern. Tagung der RLS-Gesellschaft vom 20. - 22.6.2024 in Wien 66
• Rotes Erbe – eine Spurensuche 67
• Inhalte BzG 2/2023

Miszelle 68

Die Bibliothekarin Marie Nörenberg (1872-1962)
Gisela Notz 68

Aus dem Vereinsleben 71

Protokoll der 32. Jahresmitgliederversammlung des Förderkreises am 6. Mai 2023 71

Nachruf für Barbara Kontny 74
Nachruf für Jürgen Stroech 74
Glückwunsch für Heinz Sommer zum 90. Geburtstag 75

Buchbesprechungen & Literaturhinweise 77

Perry Anderson: Über den westlichen Marxismus. Mit einem Nachwort von Stephan Lessenich. Dietz Berlin, 2023, 176 Seiten
Jürgen Wasem-Gutensohn 77

Rosa Luxemburgs erste Auseinandersetzung mit dem Programm der russischen Sozialdemokratie und ihre Tätigkeit in der „Gazeta Ludowa“ (1902 und 1904). Paralipomena zu Leben und Werk Rosa Luxemburgs, bearbeitet von Holger Politt. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Sachsen 2022
Eckhard Müller 79

Karl Marx, Friedrich Engels. Werke, Band 21 (Mai 1883 bis Dezember 1889). Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 9. aktualisierte und überarbeitete Auflage. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023
Holger Czitrich-Stahl 81

Gisela Notz (Hrsg.): August Bebel oder Der revolutionäre Sozialdemokrat. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023, 192 Seiten, Broschur mit 4 Abbildungen; Reihe: Biografische Miniaturen
Klaus Leesch 83

Harald Koth (Hrsg.): Karl Kautsky oder: Der „Kirchenvater“ des Marxismus. Karl Dietz Verlag, Berlin 2022
Hendrik Küpper 87

Horst Jäkel (Hrsg.): DDR – unser Erbe. Erlebnisse, Betrachtungen, Erkenntnisse, Dokumente. 1. Auflage 2020 im Auftrag der unabhängigen Autorengemeinschaft „Als Zeitzeugen erlebt“. Redaktionskollektiv: Gerlind Jäkel, Horst Jäkel, Helga Bornstädt, Christa Kikels, Hans-Jürgen Westphal. Medienpunktpotsdam
Siegfried Prokop 89

Stefan Bollinger: „1939. Wie der Krieg gemacht wurde ... und Deutschland die Welt in den Abgrund stürzen durfte.“ PappyRossa Verlag, Köln 2022.
Ders.: Die Russen kommen! Wie umgehen mit dem Ukrainekrieg? Über deutsche Hysterie und deren Ursachen. Verlag am Park, Berlin
Holger Czitrich-Stahl 90

Chiara Valentini: Der eigenartige Genosse Enrico Berlinguer. Kommunist und Demokrat im Nachkriegseuropa. J. H. W. Dietz, Bonn 2022 93
Dietmar Lange

Gerhard Oberkofler: Österreichs Spitzendiplomatie vor Ort. Das Beispiel Chile 1973. Gewidmet dem 50. Jahrestag des Sturzes der Regierung Allende. (= Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Bd. 24), trafo Verlagsgruppe, Dr. Wolfgang Weiss, Berlin 2023
Günter Benser 96

Alexander Kraus et al. (Hrsg.): Percosi di Vita. Lebenswege nach Wolfsburg. Wallenstein Verlag, Göttingen 2023
Bernd Hüttner 97

Aus den Archiven

Erschließungsarbeiten und Bestandszugänge der SAPMO (BArch) im Jahr 2022

In ihrem Bericht, vorgelegt auf der 33. Sitzung des Kuratoriums am 20. April 2023, ging Stiftungsdirektorin Frau Dr. Walther-von Jena ausführlich auf die Bestandserschließung und Bestandsentwicklung der Archivs- und Bibliotheksbestände der SAPMO im Jahr 2022 ein.

Für das *Archiv der SAPMO* heißt dies, dass von insgesamt 416.004 Verzeichnungseinheiten (VE) an Schriftgut inkl. Nachlässen und Sammlungsgut nunmehr 290.376 VE vollständig erschlossen sind. Dies entspricht einer Erschließungsquote von 69,8 %. Weitere 15,2 % sind vorläufig, aber noch nicht vollständig erschlossen, so dass 85 % zielgerichtet benutzt werden können. Im Vorjahr waren es noch 83,9 %.

Im Vergleich zum Jahr 2020 sank die Gesamtzahl der VE um ca. 6.200, was auf die intensive Bewertungstätigkeit zurückzuführen ist. Insgesamt bearbeiteten die Archivreferate im Jahr 2022 rund 276 lfd. M. Schriftgut, im Vorberichtsjahr waren es noch 187 lfd. M. Die Kassationsquote belief sich auf 24,4 %, die sich auch im Rückgang der absoluten Zahl der VE niederschlägt. In toto kamen rund 67,5 lfd. M. Schriftgut zur Kassation, davon rund 37,5 lfd. M. aus verschiedenen Nachlässen. In der Datenbank BASYS wurden 2022 10.683 VE bearbeitet, 2021 waren es noch 4.465 VE. Die Steigerung beruht auf die Bearbeitung bzw. Korrektur von rund 7.000 Datensätzen mit personenbezogenen Informationen, die nun einer zielgerichteten Personenrecherche zur Verfügung stehen. Nach BASYS überführt wurden ebenfalls die Indizes des Büros Kurt Hager und der Abteilung Kultur des ZK der SED. Für die Büros Günter Mittag und Egon Krenz erfolgte die Prüfung von 155.117 digitalisierten Seiten auf personenbezogene Belange. Auch rund 1.800 Akteneinheiten (AE) des Bestandes DY 34 FDGB mussten in dieser Hinsicht geprüft werden, wurden aber 2022 noch nicht nach BASYS überführt. Als Einzelmaßnahme einer Erschließung wurden auf die dringliche Anfrage eines Nutzers 2,5 lfd. M. Schriftgut der Abteilung Fernmeldewesen beim ZK der SED. Im Übrigen ist zu erwähnen, dass die Tonaufnahmen (8.252 VE) komplett erschlossen sind. Bei den Fotos sind es 65,3 % bzw. 1.132.511 von 1.734.992 Stück, bei den Plakaten sind 13.181 von 14.303 vollständig archivalisch erschlossen. Im Nachlassbereich wurden die Nachlässe von Karl Schirdewan (NY 4567), Werner Lamberz (NY 4205), Harald Heinke (N 2841), Gisela Steineckert (N 2754) sowie Dietrich und Annette Mühlberg (NY 4646) bearbeitet und für die Benutzung zugänglich gemacht. Dem angelegten Verzeichnis der übergebenen

Nachlässe ist zu entnehmen, dass auch Mitglieder des Förderkreises der SAPMO ihr Archivgut übergeben haben und in welchem Bearbeitungszustand sich diese Archivalien Ende 2022 befanden. Neben 32,62 lfd. M. Schrift- und Archivgut der SED, des IML, des Kulturbundes, der Pionierorganisation etc. übernahm die SAPMO 2022 58,39 lfd. M. aus privaten Nachlässen.

Auch auf die Erschließung des Audiovisuellen Archivguts ist hinzuweisen. Die Migration der Plakatsammlung der SAPMO PLAKY nach BASYS wurde 2021 vorbereitet und 2022 abgeschlossen. 4.110 Plakate sind INVENIO online verfügbar. Die Bildsammlung der SAPMO wuchs um ca. 420 Bilder und 75 Plakate, vornehmlich der FDJ (DY 24) oder aus den Nachlässen von Alfred und Bernhard Koenen (NY 5461, 4091).

Ende 2022 verfügte das Bundesarchiv über ca. 2,18 Mio. Bände an Bibliotheksgut, davon 1.711.431 am Standort Lichterfelde. 2022 wurden davon 9.739 Titel an allen Standorten formal und sachlich erschlossen und über den Online-Katalog verfügbar gemacht.

Nach dem Ende der Corona-Restriktionen konnte die Benutzung der Lesesaalkapazitäten wieder schrittweise ausgebaut werden. Das neue Benutzungszentrum wurde dabei als eine spürbare Verbesserung bewertet und werde gut angenommen. Mit 246 Öffnungstagen der Bibliothek wurde der Stand vor Ausbruch der Pandemie wieder erreicht. Die Bibliothek der SAPMO selbst bezifferte den Zugang von 6.534 Bänden im Jahr 2022, von denen 3.794 in den Bestand übernommen wurden, 2.739 Bände waren ungeeignet. Hingewiesen wurde auf die Rückstandsbearbeitung. Die Gesamtzahl an unbearbeitetem Bibliotheksgut liegt bei rund 325.000 Bänden. 12.722 davon wurden im Jahr 2022 geprüft, davon 2.397 für den Bibliotheksgeschäftsgang vorbereitet. Vornehmlich betrifft dies Bestände der FDJ (DY 24), der FDJ/Hochschule Bogensee, des IML und des Verlags Junge Welt.

Zur Digitalisierung von Bibliotheksgut gehört auch die Konversion von konventionellen Zettelkatalogen in die Bibliotheksdatenbank. In Eigenkonversion konnten laut dem Bericht der Direktorin 6.193 Bände formal erschlossen werden, vorwiegend Kleinliteratur der SED (abgeschlossen), Exemplar-Daten verfilmter Periodika (abgeschlossen), alte Drucke aus dem Bestand des IML. Die übrigen Konversionen werden 2023 fortgeführt.

Die Bibliotheksbestände des Bundesarchivs sind nicht nur über dessen Internetpräsenz zugänglich, sondern weiterhin auch über den Index des Bibliotheksverbundes Berlin-Brandenburg (KOBV) und über den Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK).

Holger Czitrich-Stahl

Zum Inhaltsverzeichnis

Das Kulturhistorische Archiv (KHA) des Humanistischen Verbandes Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg (HVD-BB)

1) Der Humanistische Verband Deutschlands (HVD)

Der am 14. Januar 1993 gegründete *Humanistische Verband Deutschlands* bildet mit etwa 25.000 Mitgliedern den derzeit stärksten Zusammenschluss Konfessionsloser in der Bundesrepublik Deutschland. Überparteilich, demokratisch und föderalistisch orientiert und organisiert, hat es sich der Verband zum Ziel gesetzt, eine humanistische Weltanschauung zu fördern und zu verbreiten. Fünf seiner Landesverbände, darunter seit 2017 der Landesverband Berlin-Brandenburg (HVD-BB), sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts (KdöR) anerkannt. Der Verband sieht sich als Teil der internationalen humanistischen Bewegung und ist Mitglied in der *Europäischen Humanistischen Föderation* (EHF) und in der *Internationalen Humanistischen und Ethischen Union* (IHEU).

Historisch ordnet sich der Verband einerseits in die Traditionen humanistischen Denkens in den frühen Hochkulturen, in der Renaissance und in der europäischen Aufklärung ein, bezieht sich andererseits konkret auf die Entwicklung freireligiös-freidenkerischer Bewegungen seit dem Ende der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Als unmittelbarer Vorläufer gilt der im Februar 1905 von elf Sozialdemokraten und einer Sozialdemokratin in Berlin gegründete *Verein für Freidenkertum und Feuerbestattung*. Dieser entwickelte sich in den Jahren nach 1918/19 – nach mehreren Zusammenschlüssen und Umbenennungen – als *Deutscher Freidenker-Verband* (DFV) zur mitgliederstärksten und einflussreichsten freigeistigen Organisation der Weimarer Republik.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten des HVD liegt im Bereich des praktischen Humanismus. Dies schlägt sich im Unterhalt verschiedener Beratungsstellen, Sozialstationen, Jugendeinrichtungen und Hospizen wie auch in der Ausrichtung von Lebensfeiern nieder. Das bekannteste Angebot ist die Humanistische JugendFEIER, mit der der Verband sich in die Tradition der seit Mitte des 19. Jahrhunderts im freireligiösen Kontext entstandenen Jugendweihe stellt. Im schulischen Bereich bietet der HVD als Alternative zum Fach Religion in wenigen Bundesländern das Fach Lebenskunde an und bildet hierfür Lehrerinnen und Lehrer aus.

Die Geschichte des Verbandes und seiner Vorläuferorganisationen war zwar bereits Gegenstand von Publikationen. Dabei konnte aber nur in eingeschränktem Maße auf das verbandseigene *Kulturhistorische Archiv* zurückgegriffen werden.

2) Das Kulturhistorische Archiv (KHA) des Humanistischen Verbands Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg (HVD-BB)

Das derzeit in Eichwalde bei Berlin untergebrachte und seit September 2022 für Wissenschaftler_innen sowie weitere Interessierte benutzbare KHA strebt für die Zukunft an, als wissenschaftliche Archivierungsstelle für das freigeistig-humanistische Erbe und Forschungsbibliothek sowie als Berater für diesbezügliche Forschungsprojekte zu fungieren. Gegenstand des KHA ist die Sammlung und Aufbewahrung von Dokumenten, Primär- und Sekundärquellen zur Geschichte der freigeistigen, freidenkerischen, freireligiösen, monistischen, ethisch-humanistischen und ihnen verwandten Organisationen des 19. bis 21. Jahrhunderts in Deutschland (mit Schwerpunkt auf Berlin und Brandenburg). Im Gegensatz zu den beiden christlichen Konfessionen besitzt die freigeistig-humanistische Weltanschauung in Berlin wie im Bund kein eigenes Archiv und keine angemessene Repräsentation ihrer Geschichte und Tradition.

Abgesehen von der komplizierten, durch diverse Brüche gekennzeichneten freigeistigen Organisationsgeschichte wirkten sich Verfolgung und Verbot der Freidenkerorganisationen und der Freireligiösen Gemeinden sowie die Vernichtung und/oder Verschleppung ihrer Archivbestände durch Gliederungen der NSDAP und staatlicher Behörden ab 1933 nachhaltig negativ auf die Quellenlage aus. Erschwerend machten sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Nichtzulassung von freigeistigen Organisationen in der SBZ/DDR und die Zersplitterung des Freidenkertums im Gebiet Westdeutschlands und der Berliner Westsektoren bemerkbar.

Das Archivgut des KHA besteht in der Hauptsache aus Unterlagen, die beim Deutschen Freidenker-Verband (DFV), Landesverband Berlin e. V., in den Jahren von 1945 bis 1993 entstanden sind. In einem ersten Anlauf konnte ab 1996 im Rahmen eines ABM-Projektes beim Landesverband Berlin des HVD vorhandenes historisches Schriftgut mit insgesamt ca. 31.000 Blatt gesichert und provisorisch gesichtet werden. 23 laufende Meter Aktenbestände wurden dabei in 145 Archiveinheiten, den sog. F-Signaturen, gegliedert und in einem Verzeichnis erfasst.

Schriftgut freigeistiger Bewegungen vor 1945 ist in begrenztem Umfang vorhanden. Erweiterungen erfährt der Sammlungsbestand (Archiv und Bibliothek) der Zeit vor 1945 bzw. 1933 aber immer wieder durch Bücher-, Zeitschriften- und Archivalien-Ankäufe und -Spenden. So ist es etwa 2021 gelungen, die vollständigen Jahrgänge der Verbandszeitung *„Der Freidenker"* der Jahre 1925 bis 1932 für das KHA zu erwerben. Von weiteren Freidenkerorganen (z. B. *„Der Atheist"*, *„Der Sozialistische Freidenker"*) liegen Einzeljahrgänge vor.

Für die Zeit nach 1945 existieren umfangreiche, bisher nicht systematisch ausgewertete Bestände. Diese widerlegen (zumindest für den Westberliner Bereich) auch ein in der jüngeren Forschung geäußertes Votum: So spricht Stefan Schröder

in seiner 2018 erschienenen Studie über *„Freigeistige Organisationen in Deutschland. Weltanschauliche Entwicklungen und strategische Spannungen nach der humanistischen Wende"* (Berlin / Boston 2018) von einer *„dünne[n] Quellenlage zur Geschichte freigeistiger Organisationen in der Bundesrepublik nach 1945"* (S. 55). Das Missverhältnis zwischen der durch die Einbeziehung der Bestände des KHA sichtbar werdenden Quellenlage und dem gegenwärtigen Forschungsstand lässt eine intensive Heranziehung der Bestände durch künftige Einzelstudien und Gesamtbetrachtungen zur ‚säkularen Szene' nach 1945 erwarten.

Es findet sich umfangreiches Material etwa zur Wiederzulassung freigeistiger Organisationen nach dem Zweiten Weltkrieg in Berlin, zum Freidenkerausschuss, zur Tätigkeit der Jugendweiheausschüsse, zur Organisationsgeschichte des DFV, Landesverband Berlin e. V. (z. B. Satzungen, Protokolle der Generalversammlungen, der Vorstands- und Beiratssitzungen, Unterlagen zur Festkultur, Dokumente zur Zusammenarbeit des DFV Berlin mit dem Bundesverband und den westdeutschen Landesverbänden bis 1958, zu internen Auseinandersetzungen, zur Verjüngung des Führungspersonals und die inhaltliche Neuausrichtung seit den 1980er-Jahren, zur Reaktion auf die Gründung eines *Verbands der Freidenker* [VdF] in der DDR 1988/89). Reichhaltig überliefert sind Unterlagen zur Geschichte der Jugendweihe/Jugendfeier in Westberlin (z. B. Anmeldungen aus Ost und West, Teilnehmerstatistiken, Manuskripte von Jugendweihereden, Berichte über Feierstunden) sowie zur Geschichte des Lebenskundeunterrichts.

Teil des Bestands sind auch Sammlungen zu freigeistigen Persönlichkeiten wie Max Sievers. Ferner liegen mehrere komplette Jahrgänge bzw. einzelne Nummern von freigeistig-humanistischen Zeitungen und Zeitschriften vor sowie umfangreiche sachthematische Zeitungsausschnittsammlungen (Religionskritik, Feierkultur, Jugendweihe, Lebenskunde, weltliche Schulen, Sterbehilfe, Feuerbestattung).

Die bislang vorliegenden, 1996/97 erstellten Findmittel sollen mittels einer völligen Umgruppierung der Bestände und ihrer Neuverzeichnung ersetzt werden, um heutigen archivwissenschaftlichen Standards zu genügen. Die Schriftstücke werden einzeln oder als Vorgang mit Blattangabe mithilfe der Archivsoftware Augias Express 7 erschlossen. Über die F-Signaturen hinaus haben die Bestände seit der Einrichtung des Archivs einen bedeutenden Zuwachs erfahren, teils durch Schenkungen, teils aus Abgaben des Aktenmaterials einzelner HVD-Arbeitsstellen und -projekte.

Das Archiv stand bis 2022 nur verbandsintern für eine Benutzung zur Verfügung. Obschon die Eröffnung des KHA für die Öffentlichkeit aufgrund der Corona-Lage mehrfach verschoben werden musste, führte die Präsenz des Archivs auf den Internet-Seiten des HVD-BB jedoch bereits dazu, dass Rechercheanfragen von wissenschaftlicher Seite an das KHA gerichtet wurden.

3) Relevanz der Erschließung des KHA für die historische Forschung

Vor wenigen Jahren hat Stefan Schröder in der schon erwähnten Studie über *„Freigeistige Organisationen in Deutschland"* auf die verstärkte Dynamik in der rezenten Entwicklung solcher Organisationen hingewiesen und diese anhand der *Giordano Bruno Stiftung* und des *Humanistischen Verbandes Deutschlands* analysiert. Eine wichtige Rolle, insbesondere für die Bedeutung des HVD im wiedervereinigten Deutschland, spielte die von Schröder konstatierte *humanistische Wende* seit den 1980er-Jahren. Sie markiert die Abkehr des DFV Berlin-West und später des aus ihm hervorgegangenen HVD von der einseitig religionskritischen Ausrichtung früherer Zeiten hin zu einer modernen Weltanschauungsgemeinschaft mit einem umfänglichen sozialpraktischen Dienstleistungsangebot. Während Schröder in der Hauptsache die Entwicklung der letzten dreißig Jahre in den Blick nimmt, beschäftigten sich ältere Untersuchungen mit dem organisierten Freidenkertum vor 1933. Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Wiedervereinigung klafft eine Forschungslücke. Vorliegende Überblicksdarstellungen können eine quellennahe Betrachtung, wie sie durch die weitere Erschließung des KHA möglich werden wird, nicht ersetzen Noch einmal Schröder ebd., S. 54: *„Eine detaillierte wissenschaftliche Rekonstruktion der freigeistigen Organisationsgeschichte in der BRD für die Zeit zwischen 1945 und 1990 bleibt ein Desiderat."* Die vermeintliche Quellen- und die von Teilen der Forschung konstatierte gesellschaftspolitische Bedeutungslosigkeit des DFV nach 1945 bis in die späten 1980er-Jahre bildeten die Hauptgründe für das bisherige mangelnde Interesse der Forschung an dessen Nachkriegsgeschichte. Ein tieferes Verständnis des ab 1990 einsetzenden Wandels der ‚säkularen Szene' und der erhöhten Bedeutung einzelner freigeistiger Organisationen in der Gegenwart wird jedoch nur möglich sein durch ein genaues Studium der Vorstufen dieser Entwicklung. Die fast lückenlos überlieferten Bestände des KHA zum DFV Berlin-West bieten die einmalige Möglichkeit, die Organisations- und Kulturgeschichte einer freigeistigen Organisation nach 1945 im Detail zu erforschen.

Das Kulturhistorische Archiv (KHA) des HVD-BB hat regulär jeden Dienstag von 11:30 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung geöffnet (Adresse: Schulzendorfer Straße 8, 15732 Eichwalde; Webseite: https://humanistisch.de/x/hvd-bb/inhalte/kulturhistorisches-archiv; Telefon: 030/33931541; E-Mail: historischesarchiv@hvd-bb.de).

Es stehen vier Leseplätze zur Verfügung. Im Laufe des Jahres soll der öffentlich zugängliche Bereich mit Aktenausgabe und Bibliotheksbestand noch um zwei Vitrinen ergänzt werden, in denen kleine Wechselausstellungen zu archivnahen Themen gezeigt werden können.

Olaf Schlunke

Zum Inhaltsverzeichnis

„Für Freiheit und Demokratie!“ Das Schaudepot Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (1924-1933) in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Die Weimarer Republik war keine „Republik ohne Republikaner“, wenngleich dies nicht selten in TV-Geschichtsdokus behauptet wird. Auch waren keineswegs alle Entwicklungen und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie im Voraus klar, wie es im Rückblick mitunter erscheinen mag. Deshalb drängt sich eine Beschäftigung mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold geradezu auf, einer einzigartigen Vereinigung zum Schutz der Weimarer Republik.

In Berlin zeigt ein Schaudepot Sachzeugnisse des Reichsbanners. Dokumente, Fotos, Zeitschriften und andere Objekte spiegeln die Entwicklung der Organisation authentisch wider.

Sammlung zur Geschichte des Reichsbanners

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war eine Massenorganisation, die zu Unrecht in der Erinnerungskultur eine geringe Rolle spielt und in ihrer Bedeutung unterschätzt wird. Der Bund war mit mindestens 1,5 Millionen Mitgliedern die größte demokratische Massenorganisation der Weimarer Republik. Das Reichsbanner verstand sich als parteiübergreifende Organisation zum Schutz der Weimarer Republik, der ersten deutschen Demokratie. Sozialdemokraten, Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Zentrumspartei engagierten sich in dem Bund für den Schutz der Republik und für die Achtung der Verfassung.

Das Schaudepot zum Reichsbanner existiert bereits seit Anfang 2019 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Berliner Bendlerblock. Durch die „Corona“-Pandemie war es aber in den ersten drei Jahren nach der Eröffnung kaum möglich, die eindrucksvolle Sammlung zu besichtigen. Das Schaudepot entstand aus einer Kooperation der Gedenkstätte Deutscher Widerstand mit dem heutigen Verein „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Bund aktiver Demokraten e. V.“, der sich für politische Bildung starkmacht. Dessen Landesverband Hamburg hatte über mehrere Jahrzehnte unterschiedlichste Objekte zum Reichsbanner gesammelt. Der Verein hat diese der Gedenkstätte für das Schaudepot zur Verfügung gestellt.

Fachgerechte Lagerung und Präsentation von Sammlungsstücken

Im Schaudepot werden Sammlungsstücke zur Organisationsgeschichte – darunter

sehr seltene Zeitschriften, Broschüren und Dokumente – fachgerecht gelagert und zugleich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Schaudepot präsentiert die Objekte, die die Aktivitäten und die Entwicklung des Reichsbanners zwischen 1924 und 1933 veranschaulichen. In Vitrinen-Schränken kommen manche Sachzeugnisse zu besonderer Geltung – gerade die seltenen Plakate, Fahnenspitzen, Fotoalben, Bekleidungsteile, Abzeichen, aber auch die Alltagsgegenstände wie Gläser, Schallplatten und Spielfiguren sind sehenswert.

Im Schaudepot werden die Sammlungsstücke inventarisiert, geschützt und nicht zuletzt für die Wissenschaft zugänglich gemacht. Dabei bleiben die Materialien nicht wie in Archivräumen verschlossen. Gezeigt wird eine kategorische Ordnung und keine inhaltliche oder thematische Erzählung wie beispielsweise in historischen Ausstellungen. Analog zu einem Archivmagazin sind sämtliche Objekte – gemeint sind Dokumente, Fotos, Zeitschriften und sogenannte 3D-Exponate – verschiedenen Kategorien zugeordnet, nach denen sie aufbewahrt werden. Besucherinnen und Besucher sollen sich die Sammlung selbst erschließen und diese unvoreingenommen betrachten können. Im Vordergrund stehen die Sammlungsstücke selbst.

Weder einzelne Beschriftungen noch weiterführende Texte sind vorhanden. Jedes Exponat ist mit einer Inventarnummer versehen. Mit dieser Nummer können in einer *Recherchestation* oder von einer Website detailliertere Angaben zum Objekt abgerufen werden. In einer *multimedialen Medienstation* sind darüber hinaus genaue Informationen zur Geschichte des Reichsbanners, zur Weimarer Republik sowie zu den bekannteren Mitgliedern zu finden.

Geschichtswissen: Verteidigung der Weimarer Republik vor 1933

In der multimedialen „Einführung" in der Medienstation, die sich im Eingangsbereich des Schaudepots befindet, wird erläutert, weshalb das Reichsbanner 1924 entstand. In den Jahren zuvor hatten politische Morde und Aufstandsversuche die junge Weimarer Demokratie erschüttert. Gegründet wurde das Reichsbanner als Organisation zum Schutz der Republik. Der Verein gab sich den Namenszusatz „Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer". Denn das Gros der Mitglieder setzte sich zunächst aus ehemaligen Soldaten des Ersten Weltkrieges zusammen. Viele Arbeiter traten dem Bund bei. Voraussetzung für die Mitgliedschaft war ein klares Bekenntnis zur republikanischen Verfassung. Sie räumte jeder Person weitgehende politische Rechte ein. Die Weimarer Verfassung mit ihren Grundrechten und der Gewährung von freien, gleichen und geheimen Wahlen war eine der fortschrittlichsten weltweit.

Als Gegner standen den Mitgliedern des Reichsbanners Nationalsozialisten, Monarchisten und Kommunisten gegenüber. Eine Aufgabe des Reichsbanners

bestand im Schutz politischer Versammlungen und Demonstrationen der demokratischen Kräfte. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des republikanischen Bundes war die staatspolitische Bildung. Selbstverständlich grenzte man sich im Reichsbanner vom Nationalismus der Rechten ab. Betont wurde die Tradition eines Patriotismus, der auf die Ideale der Revolution von 1848 zurückging. In diesem Zusammenhang sind die Bemühungen zur Durchsetzung der Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold zu verstehen. Anhand der im Schaudepot vorhandenen Sammlung seltener Reichsbanner-Fahnen, die teils restauriert wurden, können diese Bestrebungen nachvollzogen werden.

Geschichtszusammenhänge: Vom legalen zum illegalen Kampf nach 1933

Zahlreiche Objekte im Schaudepot veranschaulichen, mit welchen Mitteln das Reichsbanner versuchte, die Republik zu verteidigen. Aus dem Reichsbanner kamen sehr viele Gegner des Nationalsozialismus. Sie machten gegen die Bedrohungen für die Republik mobil. Dies zeigen besonders eindrücklich Exponate zur „Eisernen Front", die im Schaudepot zu sehen sind. Gerade bei jüngeren Besucherinnen und Besuchern stoßen diese immer wieder auf großes Interesse. Unter Führung der SPD wurde 1931 die „Eiserne Front" gegründet. Darin schlossen sich zum Bündnis zusammen: die SPD, die Freien Gewerkschaften sowie das Reichsbanner mitsamt den sozialdemokratisch orientierten Arbeitersportverbänden. Eine Reihe Sachzeugnisse zur Geschichte der „Eisernen Front" belegen, wie wichtig den Reichsbanner-Aktivisten die demokratischen Errungenschaften waren. Besonders zum Ende der Weimarer Republik traten Reichsbanner-Angehörige gegen die NS-Bewegung verstärkt in Erscheinung. Es gab unzählige Schwerverletzte und mehrere Dutzend Tote in den eigenen Reihen.

Anfang des Jahres 1933 war das Reichsbanner eine der ersten Organisationen, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verboten wurden. Trotz massiver Bedrohung fanden bereits im Laufe des Monats März 1933 erste illegale Treffen von Reichsbanner-Mitgliedern statt. Sie beschlossen, in kleinen Zirkeln den Zusammenhalt zu wahren. Vergleichsweise viele Mitglieder des Reichsbanners engagierten sich im Widerstand gegen das NS-Regime, beispielsweise durch die Verteilung illegaler Flugblätter. Zahlreiche Widerständler werden in der multimedialen Medienstation des Schaudepots bzw. auf der Geschichtswebsite portraitiert.

Reichsbanner-Schaudepot: Kein abgeschlossenes Projekt

Das große Verdienst des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold liegt darin, dass sich der Bund intensiv für die fortschrittliche Verfassung der Weimarer Republik und

damit für die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland einsetzte. Der Bund war auch eine der wenigen Organisationen, die sich frühzeitig und deutlich gegen Antisemitismus positionierten.

Zahlreiche Objekte des Schaudepots zeigen eindrucksvoll, dass das Reichsbanner lange vor dem Jahr 1933 auf die drohende Zerschlagung der Demokratie durch die Nationalsozialisten aufmerksam machte. Dennoch unterlagen die Aktivisten des Reichsbanners 1933 der Gewalt.

Zugleich waren erstaunlich viele Mitglieder des Reichsbanners keineswegs bereit, sich dem NS-Staat einfach unterzuordnen. Nicht zuletzt versuchten überlebende Widerstandskämpfer des früheren Reichsbanners nach 1945 zu vermitteln, dass ein Neuanfang nur gelingen kann, wenn Bürgerinnen und Bürger sich verantwortlich für die demokratische Gesellschaft fühlen.

Das Schaudepot gehört zu den „Orten der Demokratiegeschichte" in Deutschland. Gerade für jüngere Besucherinnen und Besucher soll hier Demokratie- und Arbeitergeschichte erfahrbar werden. Zudem machen einmalige Dokumente und Bestände von Zeitschriften wie z. B. der „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung" und „Das Reichsbanner" den Ort attraktiv für Forschende.

Als keineswegs abgeschlossenes Projekt sind die Bestände des Schaudepots erweiterbar, so dass neue Sachzeugnisse jederzeit aufgenommen werden können. In den letzten drei Jahren wuchs die umfangreiche Sammlung um zahlreiche Objekte. Neben Ankäufen sind Leihgaben möglich und können der Gedenkstätte Deutscher Widerstand gerne angeboten werden.

Informationen zur Geschichte des Reichsbanners sowie Zugriff auf die digitale Datenbank mit tausenden Einzelobjekten und auf die Zeitung „Das Reichsbanner":
www.reichsbanner-geschichte.de
Video-Rundgang durchs Schaudepot:
www.reichsbanner-geschichte.de/schaudepot

Stefan Heinz

Anschrift:
Schaudepot Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (1. Etage), Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin.
Kontakt & Führungen: Tel: (030) 26 99 50 00
E-Mail: reichsbanner-geschichte@gdw-berlin.de
Öffnungszeiten: Mittwoch und Samstag 14 bis 18 Uhr

Zum Inhaltsverzeichnis

Erinnerungsstätten und Gedenkkultur

Zum Gedächtnis der Arbeiterbewegung – zwei Gedenktafeln in Jena und Apolda

Die Traditionen der Arbeiterbewegung sind in Thüringen noch immer sichtbar. Kein Wunder, handelt es sich doch um eine der Kernregionen im Prozess der Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer politischen Organisationen, also der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. In Eisenach gründete sich am 8. August 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) aus dem „Vereinstag Deutscher Arbeitervereine“ (VDAV) heraus, ihre Führungspersönlichkeiten sollten für die kommenden Jahrzehnte das Gesicht der Arbeiterpartei prägen: August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Im nahe gelegenen Gotha schlossen sich vom 22. bis 27. Mai 1875 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV), 1863 in Leipzig gegründet auf Initiative Ferdinand Lassalles, und die SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) zusammen: „Einigkeit macht stark“ lautete fortan die Devise. Diese Einigkeit bewährte sich während der zwölf Jahre des Bismarck'schen „Sozialistengesetzes“ von 1878-1890, das die Arbeiterpartei unterdrückte, aber nicht unterwerfen konnte. Nach dem Auslaufen des „Sozialistengesetzes“ gab sich die Partei auf dem Parteitag in Halle a. d. Saale den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). In der Landeshauptstadt des heutigen Thüringen, in Erfurt, beschlossen die Delegierten im Oktober 1891 das Erfurter Programm, das eine klare marxistische Orientierung mit tagesaktuellen Forderungen im Interesse der Arbeiterklasse miteinander verband und zur inhaltlichen Richtschnur für die kommenden Kämpfe machte. Die SPD steigerte von 1890 bis 1912 ihren Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen von 19,7 % auf 34,8 %, die Zahl der Mitglieder überstieg 1913 und 1914 erstmals eine Million! Ein Zentrum der Parteikultur der SPD wurde Jena. Hier allein fanden 1905, 1911 und 1913 drei Parteitage statt, auf denen brandaktuelle und für die künftige Entwicklung der Partei entscheidende Debatten geführt wurden: Die Frage des Massenstreiks im Kontext der ersten russischen Revolution (1905), Kriegsgefahr und Kolonialpolitik angesichts der 2. Marokkokrise (1911) und nicht zuletzt die Frage der Landesverteidigung (1913). Hier stellte der Parteitag im September 1913 mehrheitlich – gegen die Linken um Georg Ledebour und Rosa Luxemburg – die Weichen für jene Wende, die am 4. August 1914 mit Zustimmung zur Bewilligung der Kriegskredite vollzogen wurde. August Bebel war erst wenige Wochen zuvor verstorben, in Südosteuropa tobten 1912/13 die beiden Balkankriege, die das Pulverfass für den späteren Weltkrieg bereitstellten.

Alle drei Parteitage fanden im „Volkshaus“ statt, das Ernst Abbe, der Sozi-

alreformer und Inhaber der Firma Carl Zeiss, von Weltbedeutung wegen ihrer optischen Spitzenprodukte, 1903 gestiftet und eröffnet hatte. Dadurch erhielten die Stadt, die Region und die Arbeiterschaft eine Kulturstätte, die ihresgleichen suchte. Heute ist das Volkshaus Eigentum der Ernst-Abbe-Stiftung. Im Volkshaus Jena befinden (bzw. befanden) sich Vortrags- und Konzertsäle, eine Bibliothek, eine freie Zeichenschule und der Sitz des Jenaer Kunstvereins. Heute wird das Volkshaus hauptsächlich als Versammlungsstätte mit eigenem Veranstaltungsprogramm genutzt, daneben finden sich dort Räume für die Ernst-Abbe-Bücherei und die Jenaer Philharmonie sowie verschiedene Vereine. „Nach dem 2. Weltkrieg und der Gründung der DDR wurde das Volkshaus vornehmlich als Kulturhaus des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena genutzt. Zahlreiche Volkskunstkollektive, Zirkel und Arbeitsgruppen sowie zwei Jugendklubs fanden hier ihre Heimat. Eine Vielzahl der Veranstaltungen waren Betriebsveranstaltungen des Kombinates. Konzerte von national und international bekannten Künstlern fundierten die kulturelle Bedeutung des Volkshauses für die gesamte Region“, so heißt es auf der Webseite des Volkshauses.[1] Eine außen angebrachte massive, in schieferfarbener Schrift gehaltene Gedenktafel im Eingangsbereich aus den Zeiten der DDR (siehe Abbildung 1) erinnert allerdings nicht nur an die SPD-Parteitage. Ferner heißt es auf ihr: „1921 Der VII. Parteitag der KPD. 1946 Die erste gemeinsame Funktionärskonferenz der KPD und SPD.“ Dieser VII. Parteitag fand vom 22. bis 26. August statt und sah die KPD, die sich mit dem Räteflügel der USPD Ende 1920 zusammengeschlossen hatte, erstmals als Massenpartei. Im März 1921 hatte die „Märzaktion“ der kommunistischen Parteien Mitteldeutschland erschüttert, wurde jedoch niedergeschlagen. Die KPD befand sich in heftigen Richtungskämpfen, Paul Levi war kurz zuvor wegen seiner Kritik am Kurs der Kommunistischen Internationale aus der Partei ausgeschlossen worden. In Jena begann der Weg Ernst Thälmanns an die Spitze der KPD. In Gotha wie auch in Jena vollzog sich nach der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 die regionale Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) aus KPD und SPD. Auch hier bot das Volkshaus den Raum für eine politische Richtungsentscheidung.

Volkshaus in Jena (Abb. 1)

1 https://www.volkshaus-jena.de/de/geschichte/hausgeschichte/694228 [22.05.2023].

Etwas stärker abseits der politischen Großereignisse liegt Apolda, aber auch nur 20 km von Jena entfernt. Doch in dieser Kleinstadt war der Sozialdemokrat August Friedrich (1898-1975) als Bürgermeister eingesetzt worden. Die Nazis hatten ihn 1944 ins KZ Buchenwald gesteckt. Nach dem Ende des Faschismus wurden nicht selten sozialdemokratische Politiker an die Spitze der demokratisch aufzubauenden Kommunalverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone gestellt. Doch die politischen Entwicklungen in der SED, die mehr und mehr in eine kommunistische Partei transformiert wurde, trug vielen von ihnen den Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ ein. Auch August Friedrich wurde 1950, also nach Gründung der DDR aus dem Amt gedrängt. An ihn erinnert eine kleine Gedenktafel in Apolda in der Goerdelerstraße 14 (siehe Abbildung 2), der Adresse des Wahlkreisbüros des SPD-MdB Dr. Holger Becker.

Gedenktafel für August Friedrich in Apolda (Abb. 2)

So finden sich landauf, landab in Thüringen Erinnerungsstätten an die Geschichte der Arbeiterbewegung aus allen Perioden ihres Wirkens mit allen Höhen und Tiefen.

Holger Czitrich-Stahl

Zum Inhaltsverzeichnis

Gewerkschaftlicher Widerstand gegen den NS-Staat und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944

Festvortrag anlässlich des Jahrestags des 20. Juli 1944 in der Paulskirche in Frankfurt am Main

Vor 79 Jahren, am 20. Juli 1944, scheiterte eines der bedeutendsten Attentate auf Adolf Hitler. Es wurde von Claus Schenk Graf von Stauffenberg verübt. Der bekannte Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 war aber mehr als ein von adeligen Militärs initiierter Aufstandsversuch, der noch am selben Abend scheiterte.

Am 20. Juli 2023 fand in der Paulskirche in Frankfurt am Main die traditionelle

Gedenkstunde der Stadt anlässlich des Jahrestags der Ereignisse des 20. Juli 1944 und zur Erinnerung an den Widerstand gegen das NS-Regime statt.

Neben Frankfurts Oberbürgermeister Mike Josef, der ein Grußwort hielt, durfte in diesem Jahr unser Mitglied Dr. Stefan Heinz den Festvortrag mit dem Titel „Gewerkschaftlicher Widerstand gegen den NS-Staat und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944" halten. Seinen Vortrag, der bei den knapp 300 geladenen Gästen der Veranstaltung viel Anklang fand, möchten wir hier dokumentieren:

Sehr verehrte Damen und Herren!

Zunächst möchte ich mich herzlich bedanken. Und zwar dafür, dass die Idee entstanden ist, im Zusammenhang mit dem Jahrestag des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 diesmal an den gewerkschaftlichen Widerstand zu erinnern. Zugleich freue ich mich, dass Sie hier an diesem besonderen Ort, der Frankfurter Paulskirche, den Raum geben, um einen wichtigen Teil des Widerstandes gegen den NS-Staat nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. An diesem Ort möchte ich aber nicht nur über Widerstandsgeschichte reden, sondern auch über einen Teil unserer Demokratie- und Freiheitsgeschichte. Einen Teil der Demokratiegeschichte, der oft Voraussetzung für Widerstand war.

Verdrängung und Erinnerung

Der 79. Jahrestag des 20. Juli 1944 findet zugleich im 90. Jahr nach der gewaltsamen Zerschlagung der Gewerkschaften statt. Erinnerungspolitisch war das Gedenken an dieses Ereignis keine so große Sache – 90 Jahre nach der Erstürmung der Häuser der Gewerkschaften und deren Verbot am 2. Mai 1933. Zumindest ist in jedem Falle heutzutage in der Öffentlichkeit präsenter als je zuvor, dass aus den Gewerkschaften frühe und besonders aktive NS-Gegner kamen.

Bereits in der Weimarer Republik traten sie gegen die Nationalsozialisten auf. Sie gehörten zu den ersten, die erkannten, worauf der Nationalsozialismus hinausläuft. Für demokratische Gewerkschaften und eine echte betriebliche Interessenvertretung war kein Platz im undemokratischen Nazi-System. Die lang geplante Ausschaltung der Gewerkschaften im Mai 1933 war ein bedeutender Schritt zur Festigung der NS-Herrschaft. Allein das Wissen darüber hilft, den Charakter des Nationalsozialismus an der Macht besser zu verstehen.

In den Jahren zwischen 1933 und 1945 wurden tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter inhaftiert. Nicht wenige verloren ihr Leben. Nach wie vor sind viele, die verfolgt wurden, in Vergessenheit geraten. Zu lange wurde der Gewerkschaftswiderstand in der Erinnerungskultur stiefmütterlich behandelt. Widerständige Gewerkschafter hatten kaum eine einflussreiche Lobby. Keine Lobby, der es ein Bedürfnis war, eine repräsentative Gedenkkultur für sie zu etablieren.

Und dies, obwohl Gewerkschafter bei ihrem Widerstand in der Regel eine späte Gewissensentscheidung nicht nötig hatten. Keine Entscheidung des Gewissens wie beim engeren Kreis der Verschwörer des 20. Juli 1944. Denn sie waren selten derart in den NS-Staat integriert, wie dies bei Militärs Regelfall war.

Und dennoch dominierte über Jahrzehnte hinweg die Annahme, es habe neben den „Männern des 20. Juli", den Vertretern der Kirchen und der „Weißen Rose" kaum Widerstand gegeben. Es war ein verdammt langer Weg, bis der Widerstand aus den verschiedenen Teilen der Gesellschaft als „legitimer Widerstand" gegen die Nazi-Diktatur gewürdigt wurde. Letztlich galten sogar die Verschwörer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg bis in die 1960er-Jahre in einem großen Teil der Bevölkerung als „Vaterlandsverräter". Erst ab den 1970er-Jahren wurden Vorstöße gemacht, Fragen zum Arbeiterwiderstand ernsthaft zu thematisieren. Forschungen, die den Gewerkschaftswiderstand als Gegenstand der Wissenschaft etablierten, waren „von unten" durchgesetzt.

Engagement und Verdienste

Allein durch das Engagement einzelner Wissenschaftler und Initiativen geriet die große Bandbreite des gewerkschaftlichen Widerstandes in den Fokus. Schrittweise. Im Laufe der Zeit geschah dies auch verstärkt im Kontext des 20. Juli 1944. Erwähnt seien an dieser Stelle die besonderen Verdienste der Historiker Siegfried Mielke, Michael Schneider, Gerhard Beier und Hans Mommsen, um nur einige besonders Engagierte zu nennen. Sie forschten, damit sich etwas änderte. Diese Entwicklung verlief keineswegs planmäßig.

Denn im Zusammenhang mit dem Gedenken an den 20. Juli 1944 förderten über lange Zeit sowohl zahlreiche Nachfahren der Widerstandskämpfer als auch die Bundesregierung die Fokussierung auf den militärischen Widerstand. Damit schrieben sie selbst Geschichte. Für lange Zeit ließen auch sie die Vielfalt des Widerstandes außer Acht. Teils geschah dies bewusst, teils weniger bewusst. Allerdings hat sich mittlerweile bei der nachkommenden Generation der Angehörigen aus dem Widerstand der Blick sehr positiv verändert.

Der Großteil der Nachfahren will inzwischen gerade am Jahrestag des 20. Juli 1944 den Widerstand in all seinen Facetten gewürdigt sehen. Schließlich wird das Gedenken nur so den Widerstandskämpfern des Umsturzversuchs gerecht. In seiner Gesamtheit. Und dies ist heute umso wichtiger. Denn in der breiten Öffentlichkeit ist noch immer nur zum Teil präsent, dass viele Personen außerhalb der Wehrmacht in die Attentatspläne gegen Hitler einbezogen waren.

Ebenfalls ist nur wenigen bekannt, dass es detaillierte Pläne für eine Nachkriegsordnung gab. Mit zivilen Verwaltungsstrukturen. Zugleich ist kaum bekannt, dass es enge Verbindungen nicht nur zu Sozialdemokraten, sondern auch

zu Kommunisten gab. Umso mehr gilt es darauf hinzuweisen, dass es die „zivil-militärischen" Verbindungen waren, die den Umsturzversuch für das Nazi-Regime besonders bedrohlich gemacht hatten. Der 20. Juli 1944 war mehr als ein lediglich von adeligen Militärs verübter Aufstandsversuch, der scheiterte.

Verteidigung der Republik

Beim Gedenken wird heute mehr als je zuvor anerkannt, dass das Netzwerk des 20. Juli 1944 eine vielschichtige Bewegung war. Dabei ist die Zahl derer hoch, die der Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Zeit angehört hatte. Hoch ist der Anteil derer, der sich lange vor dem Jahr 1944 illegal betätigte. Somit hatte auch der Umsturzversuch eine lange Vorgeschichte. Viele Gewerkschafter hatten bereits in der Weimarer Republik gewarnt, dass eine Machtergreifung Hitlers Diktatur, Gewalt und Krieg bedeutet. Sie waren es, die bereits in der Weimarer Zeit gegen die aufstrebende NS-Bewegung kämpften.

Sie handelten zu einem Zeitpunkt, als das „Kind" noch nicht „in den Brunnen gefallen" war, um es in einer bekannten Redewendung zu sagen. Lebenswege solcher Menschen sind eng verflochten mit Errungenschaften der Weimarer Republik. Als „Republikaner" engagierten sich solche Menschen nicht nur für einzelne Verbesserungen. Sie waren nicht nur aktiv gegen die NS-Bewegung. Ihnen ging es um die Verwirklichung der Weimarer Verfassung. Ihnen ging es um die Evolution der ersten deutschen Demokratie. Eine erkämpfte Demokratie, in der Soziales, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit entwickelt wurden.

Es sei hier an den Acht-Stunden-Tag und die Arbeitslosenversicherung erinnert. Es sei an besonders wichtige Grundrechte erinnert. Grundrechte, die zum Teil erstmals als Abwehrrechte gegenüber dem Staat begriffen wurden. Gegenüber allem, was es davor in Deutschland gab, sehen wir in der Weimarer Republik eine fortschrittliche Staatsordnung. Gewerkschafter sahen die Republik als ihre eigene Freiheitsgeschichte an. Aus guten Gründen wollten sie die nicht opfern.

Viele Mitglieder von Gewerkschaften kämpften um die Republik. Sie kämpften damit um die Republik bereits zu einer Zeit, als nur wenige Weitsichtige davon ausgingen, dass der Nationalsozialismus jemals an die Macht kommen könnte. Die Vielfalt des republikanischen Engagements erinnert uns daran, dass die Diktatur nicht über Nacht kam. Die Diktatur fiel nicht vom Himmel. Nein, sie stand am Ende der ersten deutschen Demokratie. Und die erste deutsche Demokratie zerfiel nicht von heute auf morgen. Sie wurde Schritt für Schritt zurückgedrängt.

Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 sorgte für eine Belastung, der die deutschen Gewerkschaften – damals die größten der Welt – kaum gewachsen waren. Es folgte ein sozialer Verfall der Demokratie. Diese Entwicklung betraf die Gewerkschaften besonders. Deren Kraft verschwand wie die Demokratie selbst. Deshalb

sollten wir die Vorgeschichte der NS-Diktatur nicht vergessen – und damit nicht die Vorgeschichte des gewerkschaftlichen Anteils am 20. Juli 1944.

Die Weimarer Demokratie kam schließlich 1933 an ihr Ende. Dass sich die Gewerkschaften im Zusammenhang mit Hitlers Machtübernahme mit der Überlegung eines Generalstreiks zurückhaltend verhielten, resultierte vor allem aus ihrer geringeren Kraft. Diese geringere Kraft war durch Mitgliederverluste hervorgerufen worden – gerade aufgrund der hohen Erwerbslosigkeit.

Deutlich wird, dass die Gewerkschaften im Frühjahr 1933 keine leichte Entscheidung hatten. Es war für sie keine leichte Entscheidung, wie auf die Machtergreifung Hitlers, auf Terror und Gewalt am besten zu reagieren sei.

Anpassung und Widerstand

Die sogenannte „Anpassungspolitik" der Gewerkschaften an die Nazi-Ideologie Anfang 1933, die heute zu Recht verurteilt wird, hatte reale Gründe. Die „Anpassungspolitik" gipfelte im Aufruf zum „Tag der nationalen Arbeit" am 1. Mai. Wer überleben will, neigt zu schlechten Kompromissen. Wie wir wissen.

Doch eins ist wichtig festzuhalten – trotz aller Unterwerfung: Weil sich die Gewerkschaften die Kernbereiche ihrer Arbeit nicht nehmen ließen, befanden sie sich immer im Widerspruch zur Nazi-Ideologie. Die Kernbereiche waren die Freiheit zum Zusammenschluss und die Schutzfunktion für Beschäftigte. Das bedeutete: Nationalistische Anpassung konnte Gewerkschaften nicht schützen.

Es ist interessant zu sehen, dass es viele Gewerkschafter gab, die Anfang 1933 diese verhängnisvolle „Anpassungspolitik" mitgestalteten. Und nur wenige Monate später waren genau sie es, die im Widerstand aktiv waren. Sie waren im Widerstand, weil die „Anpassungspolitik" nicht funktioniert hatte. Illusionen über den Charakter des NS-Staates schwanden schon am 2. Mai 1933 – genau in dem Moment, als die NS-Bewegung die Gewerkschaften gewaltsam zerstörte.

Der gewerkschaftliche Widerstand, der nun folgte, war im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppen umfangreich. Gewerkschaftswiderstand wies große Kontinuität auf. Die Akteure im Widerstand brachten eine hohe Motivation mit.

Wodurch zeichnete sich denn nun der gewerkschaftliche Widerstand aus? Gewerkschaftlicher Widerstand umfasste Bestrebungen, den Zusammenhalt aufrecht zu erhalten. Er bestand darin, Informationen über die Situation in den Betrieben zu verbreiten. Es ging darum, über Terror und Kriegsvorbereitung in illegalen Zeitungen zu berichten. Darüber hinaus gab es wichtige Formen des Widerstandes, der darin bestand, Kontakte zwischen Gruppen im Reichsgebiet und im Exil zu halten. Zugleich gab es immer weitergehende Überlegungen im Hinblick auf eine demokratische Neuordnung nach dem Ende des NS-Regimes.

Und noch ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang: Nichtzustimmung in der Diktatur bedeutete keineswegs automatisch widerständiges Handeln. Wenn zeitliche Phasen betrachtet werden, werden wir unterschiedlichstes Verhalten in denselben Menschen entdecken. Gutes wie weniger Gutes. Das ist logisch, wenn ein Leben betrachtet wird – egal, ob in der Demokratie oder in der Diktatur.

Nach dem Ende von Diktaturen wird dies aber offensichtlicher. Im Nachhinein, wenn nach Erklärungen gesucht wird. Lebenswege erfahren nun Sinnstiftungen. Dessen sollten wir uns bewusst sein. Es soll uns aber nicht um allzu schnelle Urteile oder gar Heldenbildung gehen. Denn keineswegs geht es um Menschen, die alles „richtig" machten. Nein, es geht um Aufklärung im besten Sinne. Um große Stärken und auch Schwächen, die im Widerstand zusammengehörten.

In welchen Bereichen trat nun der gewerkschaftliche Widerstand zutage? Besonders unter ehemaligen Mitgliedern des großen „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" gab es Auflehnung gegen das NS-Regime. Den ehemaligen Metallgewerkschaftern ging es darum, eine gewerkschaftliche Organisierung unter illegalen Bedingungen zu erhalten. Ähnliche Bestrebungen waren zu beobachten bei ehemaligen Mitgliedern des „Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands", des „Deutschen Textilarbeiterverbandes" und des „Zentralverbandes der Angestellten". Damit sollen an dieser Stelle nur ein paar wichtige Gewerkschaftszirkel genannt werden. Es gab aber wesentlich mehr.

Pragmatismus und Illegalität

Alle Widerstandsnetze mussten Rückschläge hinnehmen. Sie wurden oft nach und nach von der Gestapo „aufgerollt", wie man sagte. Für führende Köpfe im Widerstand folgte oft ein Aufenthalt in Haft. Andere machten weiter. Manche der Zirkel konnten den Widerstand bis zum Ende des NS-Staats aufrechterhalten. Dabei änderte sich der Charakter der Widerstandsarbeit erheblich. Es ging bald nicht mehr darum, Strukturen der früheren Verbände in der Illegalität zu erhalten. So hatte man in den ersten Jahren gehandelt. Man glaubte ja erstmal daran, dass Hitler schnell abwirtschaften werde. Doch Gewerkschafter merkten: sie brauchten einen längeren Atem. Während des Zweiten Weltkriegs beteiligten sich Gewerkschafter an einem konspirativ besser gesicherten Widerstand.

Dieser vor Verfolgung besser geschützte Widerstand war für die Vorbereitung des 20. Juli 1944 elementar wichtig. Und hierbei waren Verbindungen zu konservativen Bündnispartnern äußerst relevant – Verbindungen, die anfänglich durchaus von erheblichem Misstrauen geprägt waren. Im Laufe der Zeit führte die Kooperation aber zur Veränderung von Sichtweisen. Auf beiden Seiten.

Beide Seiten wussten, dass Hitler „weg" musste. Beiden Seiten war bewusst, dass ein Umsturz ohne die andere nicht gelang. Die Folge war eine Vielzahl „Be-

mühungen", die – um in den Worten des Historikers Peter Steinbach zu sprechen – „brennspiegelgleich" in der Tat Stauffenbergs zusammenlaufen sollten. Doch dieser „Bündnis-Widerstand" steuerte keineswegs kontinuierlich auf eine Art „Gipfelpunkt" zu. Auch Rückschläge mussten verkraftet werden.

Im Zusammenhang mit dem risikoreichen Engagement für den 20. Juli 1944 standen konservative und gewerkschaftliche Widerstandsgruppen zunächst über Vertraute in Verbindung. Die sich länger kannten. Aus dem Kreis um den früheren hessischen Innenminister Wilhelm Leuschner konnten Kontakte zur konservativen Opposition und zum militärischen Widerstand aufgebaut werden.

Dabei leisteten Wilhelm Leuschner, aber auch andere Vertreter der ehemaligen Gewerkschaften eine wichtige Integrationsfunktion für verschiedene Zirkel. Hier zeigt sich, welche Bedeutung der Kooperation zukam, um unterschiedlichste Interessen auszugleichen. Es waren Wilhelm Leuschner, der als bekanntester gewerkschaftlicher Widerständler gilt, sowie der christliche Gewerkschafter Jakob Kaiser, die ein vergleichsweise großes Netzwerk von Vertrauensleuten aufbauten.

Auf Grundlage neuerer Forschungen kann davon ausgegangen werden, dass sich hunderte Gewerkschaftsfunktionäre bei ihrer illegalen Arbeit als Vertreter von Versicherungs- und Handelsfirmen betätigten. Im Zuge der Zerschlagung der Gewerkschaften waren sie ja meist entlassen worden. Sie hatten sich nach neuen Erwerbsmöglichkeiten umschauen müssen. Viele andere machten sich durch die Gründung von Geschäften und Gaststätten selbständig. Die ehemaligen Gewerkschafter versuchten so, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Zugleich nutzten sie ihre Geschäfte und Gaststätten als illegale Treffpunkte.

Zu diesem Netz an Treffpunkten hinzu kamen Kleinbetriebe, unter anderem die „Firma für Apparatebau und Leichtmetallveredelung" von Wilhelm Leuschner in Berlin. Leuschners Firma war eine Anlaufstelle für die Vorbereitung des 20. Juli 1944. Nicht nur Leuschner, auch anderen Netzwerkern und insbesondere denjenigen ehemaligen Gewerkschaftern, die Vertretertätigkeiten übernahmen, war es möglich, zu reisen. Unverdächtig zu reisen. Es ging darum, oft zu reisen, um Vertraute zu besuchen. Leuschner blieb aus Berlin verbunden mit der Region um Frankfurt, Wiesbaden und Mainz. Wichtige Verbindungsleute waren für ihn Ludwig Schwamb, Jakob Steffan, Carlo Mierendorff, Anton Calujek, Wilhelm Weber und andere. Deren Namen sind heutzutage nur wenigen bekannt. Auch Käthe Kern, die wichtige hessische Vertraute Leuschners, wurde erst kürzlich mit einer neuen Biografie dem Vergessen entrissen.

Nach anfänglicher Distanz entwickelte sich bereits ab 1941 eine engere Kooperation zwischen den Gewerkschaftskreisen und Carl Friedrich Goerdeler. Goerdeler war der frühere Leipziger Oberbürgermeister. Goerdeler gehörte zu den führenden Köpfen der konservativen zivilen Widerstandsbewegung.

Carl Friedrich Goerdelers Bereitschaft zum Handeln dynamisierte das Han-

deln der Gewerkschafter. Diese wiederum beeinflussten Goerdeler. Und das ist das Besondere: Frühere Gegner rückten im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 auch bei inhaltlichen Positionen zusammen. Schließlich war Goerdeler bereit, die für die Zeit nach dem Umsturz geplante „Deutsche Gewerkschaft" in seine Überlegungen einzubeziehen. Goerdeler war es auch, der die Gewerkschafter auf Claus Schenk Graf von Stauffenberg und dessen Pläne aufmerksam machte.

Netzwerke und „Brückenbauer"

Sehr verehrte Damen und Herren! Es ist interessant zu sehen, wie vielfältig sich gewerkschaftlicher Widerstand gestaltete. „Gewerkschaftswiderstand gegen den NS-Staat" konnte völlig anders „aussehen", als man sich diesen gemeinhin vorstellt. Gewerkschaftswiderstand zeigte sich keineswegs nur auf betrieblicher Ebene. Denn wichtige Akteure dieses Widerstandes waren im besten Sinne aktiv als Kleingewerbetreibende oder als Handels- und Versicherungsvertreter. Als Reisende. Darin lag ein Schlüssel der Netzwerkbildung des 20. Juli 1944.
Dem gewerkschaftlichen Widerstand kommt in jedem Falle eine größere Bedeutung zu, als viele auf den ersten Blick erkennen können. Ehemalige Gewerkschafter hatten entscheidenden Anteil daran, verschiedene Richtungen im Widerstand zusammenzuführen. Wenn man genau genug hinschaut, wird erkennbar: Gewerkschafter besaßen einen erstaunlichen Einfluss unter den zivilen Akteuren des 20. Juli 1944. Sie sorgten auch dafür, dass staatspolitische Überlegungen bei den konservativen Bündnispartnern überdacht wurden. Und umso interessanter ist auch noch etwas anderes: Bei allen Differenzen wurden sich Konservative und ehemalige Gewerkschafter in einem wesentlichen Punkt einig: Durch eine gezielte Einbeziehung der Arbeiterschaft in das neue Staatswesen nach einem Umsturz sollten soziale Konflikte überwunden werden. Schließlich hatten beide Seiten ungelöste soziale Konflikte als wichtige Ursache für den Aufstieg und die Machtergreifung der Nazi-Bewegung erkannt.
Die hohe Zahl der Opfer aus der Gewerkschaftsbewegung zeigt uns Folgendes: Es war die Rolle des „Brückenbauers", die den gewerkschaftlichen Widerstand für das NS-Regime besonders gefährlich machte. Deshalb sollte der Widerstand ausgeschaltet werden. Dies gelang auch nach dem 20. Juli 1944 keineswegs.

Schlussbemerkungen

Sehr verehrte Damen und Herren! Historische Forschungen können, ja sie sollen Grundlagen für die Erinnerungskultur schaffen. Den Erinnerungsauftrag, wenn man ihn so nennen will, aber haben weniger die Historiker. Diese Aufgabe müssen vor allem gesellschaftspolitische Akteure übernehmen. Parteien, Gewerkschaften,

Vereine, Bewegungen – die Zivilgesellschaft. Auf diese Weise stehen Widerstandsforschung und Erinnerungskultur in Beziehung zueinander.
Ich freue mich, dass es hier in Frankfurt den traditionsreichen „Studienkreis Deutscher Widerstand" gibt. Er leistet eine besonders verdienstvolle Arbeit. Schließlich weist der Verein immer wieder auf die Vielfalt des Widerstandes hin. Ein Widerstand, der in der deutschen Gesellschaft ein kleines Minderheitenphänomen blieb. Umso wichtiger bleibt es, an die unterschiedlichsten Menschen zu erinnern, die Widerstand leisteten.
Nur wenn die Vermittlung von Widerstandsgeschichte gelingt, kann auch einer Instrumentalisierung des 20. Juli 1944 Aufklärung entgegengesetzt werden. Eine Instrumentalisierung, die heutzutage häufiger zu beobachten ist. Absurderweise gibt es Menschen, die behaupten, wir würden hier in einer Diktatur leben. Sie sind es, die behaupten, sie würden sich wie die Verschwörer des 20. Juli 1944 im Widerstand gegen „das System" befinden. Die letzten Jahre zeigen hier einmal mehr, dass die Erinnerung ein „Kampffeld" der Gegenwart bleibt.
Wenn wir diesen „Erinnerungskampf" annehmen und wenn wir dadurch gezwungen werden, ernsthaft auf Lebenswege der Widerstandsbewegung des 20. Juli blicken, dann erkennen wir Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur sehr genau. Wir sehen, wie zunächst eine Demokratie vor die Hunde ging. Langsam. Und dann auf einmal ging es schnell. Eine Welt kam ins Rutschen. Es waren Gewerkschafter, die wussten, dass Lebensverhältnisse, die als unsicher empfunden werden, besonders gefährliche Entwicklungen begünstigen. Andere brauchten für diese Erkenntnis länger.

Nur aufgrund ihrer letztlich recht „wehrhaften" Haltung im Widerstand konnten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die demokratische Ordnung nach Kriegsende mitgestalten. Die Notwendigkeit einer sozialen Demokratie durch eigene Erfahrungen zu bezeugen, war ein Anliegen überlebender Widerständler. Auch daran sollten wir denken.

Eine Frage aber, die sich aufdrängt, lautet: Kann man Schlussfolgerungen oder gar gute „Lehren" fürs Hier und Heute ableiten? Was gibt uns der Widerstand in all seiner Vielfalt für heute konkret mit auf den Weg? 79 Jahre danach.

Keine Angst – ich komme gleich zum Schluss. Die Beantwortung der Fragen kann ich nicht für Sie vornehmen. Ich hoffe jedoch, es ist deutlich geworden, wie wichtig es ist, die Vielfalt des 20. Juli 1944 erst einmal zu erkennen. Und diese anzuerkennen. Und in Erinnerung zu behalten. Und dafür können wir etwas tun! Alles andere wird sich zeigen. Ich danke Ihnen.

Stefan Heinz

Zum Inhaltsverzeichnis

Interview mit Vera Bianchi

Vera Bianchi ist Historikerin und Soziologin mit den Schwerpunkten Anarchismus, Feminismus, Intersektionalität, Arbeiter*innenbewegung und Spanischer Bürgerkrieg. Neben Beiträgen in wissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelbänden hat sie zwei Monographien zur anarchistischen Frauengruppe Mujeres Libres (Freie Frauen) im Spanischen Bürgerkrieg publiziert: „Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg", 2. Auflage Münster 2020 (2003), sowie die Übersetzung „Mujeres Libres. Libertäre Kämpferinnen", Bodenburg 2019. Zurzeit beendet sie bei Prof. Dr. Susanne Schötz an der Technischen Universität Dresden ihre Doktorarbeit zu den Mujeres Libres und dem Syndikalistischen Frauenbund in der Weimarer Republik. Seit Mai 2020 arbeitet sie in der Redaktion von „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien" und ist gemeinsam mit Anja Thuns Heftverantwortliche des Heftes II/2023 mit dem Themenschwerpunkt „Töchter ihrer Klasse? Die proletarische Frauenbewegung im deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik".

Liebe Vera, seit geraumer Zeit unterstützt Du die Arbeit unseres Förderkreises und seiner „Mitteilungen" regelmäßig. Was hat Dich dazu bewogen, so dem Förderkreis hilfreich zur Seite zu stehen?

Ich halte die Vernetzung unter emanzipatorischen Historiker*innen für sehr wichtig und sehe die *Mitteilungen* als ein Medium dazu an. Redaktion, Beirat, schreibende und lesende Historiker*innen tauschen sich hier aus, bekommen Anregungen zum Weiterdenken in eigenen und neuen Themen und erfahren Neuigkeiten aus Archiven. Arbeiter*innengeschichte ist kein Mainstream geworden, an den Universitäten rückt die Verwertbarkeit von Forschung wieder stärker in den Fokus und in der Gesellschaft sind die Grenzen des Sagbaren stark nach rechts verschoben worden – es gibt also viel zu tun, bei dem sich emanzipatorische Historiker*innen gegenseitig bestärken und unterstützen können. Die größten Mythen des Kapitalismus sind, dass die Herrschaftsverhältnisse schon immer so gewesen seien und daher nicht geändert werden könnten, dass Menschen grundsätzlich egoistisch und böse seien und durch ein Staatsgebilde gezähmt werden müssten, und schließlich, dass mächtige Männer oder gar Staaten die Akteure seien. Durch unsere Zusammenarbeit können wir uns und anderen Menschen zeigen, dass Alternativen möglich sind, dass Geschichte von Menschen gemacht wird, diese zu gegenseitiger Hilfe und Solidarität fähig sind und es nicht einfach „immer schon so war".

Was hat Dich persönlich bewogen, Dich mit der Geschichte des Anarchismus sowie mit der Frauengeschichte zu beschäftigen?

Mein Wunsch, Geschichte zu studieren und Historikerin zu werden, kam durch die Lektüre von Hans Magnus Enzensbergers „Der kurze Sommer der Anarchie" über Buenaventura Durruti und den Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939). Dieses fesselnde Buch las ich als 17-jährige Schülerin – und dadurch kam ich zum Anarchismus und zur Geschichte gleichzeitig.

Geschichte ist für mich deshalb so faszinierend, weil ich das Emanzipatorische suche – wann und warum und unter welchen Umständen haben Menschen erhebliche Nachteile hingenommen und Schwierigkeiten überwunden, um etwas an der gesellschaftlichen Umgebung zu verändern? Welche Utopien und Wünsche hatten sie und welche davon konnten sie in kleinem Rahmen oder für eine kurze Zeit verwirklichen? Dadurch gewinnen wir Kraft, Selbstbewusstsein und Ideen, wie wir unsere Zukunft in einer herrschaftsfreien Gesellschaft gestalten können.

Ausgehend von meinem Kernthema, dem Spanischen Bürgerkrieg, entdeckte ich dann auch andere freiheitlichen Utopien wie die Revolution 1848/49 und die Pariser Commune 1871 für mich. Bei diesen Revolutionen fällt schnell ins Auge, wie aktiv Frauen sich an der Revolution beteiligten. Aber erst am Ende meines Studiums, als ich ein Thema für die Magisterarbeit suchte, beschäftigte ich mich mit Frauengeschichte – durch die anarchistische Frauengruppe Mujeres Libres, zu der ich 2000 in einer Frauenbuchhandlung in Madrid zwei Bücher kaufte. Eines davon, Luchadoras Libertarias, habe ich dann knapp 20 Jahre später selbst übersetzt, nach Gesprächen mit einer der Herausgeberinnen, der Mujer Libre Sara Berenguer (1919-2010).

Seit dem Mai 2019 gehörst Du dem Wissenschaftlichen Beirat unseres Fachorgans an. Was sollte der Beirat aus Deiner Sicht leisten? Welche konkreten Arbeits- und Gestaltungsvorschläge hast Du dazu?

Ich sehe die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats in zwei Richtungen: einerseits als Ideengeber, wenn uns etwas auffällt, das vorgestellt oder angesprochen werden soll, und andererseits als Hilfestellung, wenn die Redaktion unsere diversen Fachkenntnisse benötigt. Bisher habe ich mich an der Heftkritik sowie an der Diskussion um einen eventuellen neuen Namen der Publikation beteiligt. Wenn ich meine Doktorarbeit abgegeben habe, kann ich mir auch vorstellen, inhaltliche Vorschläge zu machen und dafür passende Autor*innen vorzuschlagen. Als Anarchismus-Forscherin bemühe ich mich, dieses Thema in Konferenzen und wissenschaftliche Publikationen einzubringen, damit es nicht mehr ein exotisches oder Nischenthema bleibt.

Als Redakteurin der „Arbeit – Bewegung – Geschichte" bist Du nicht zuletzt auch eine „Zeitschriftenmacherin". Wo siehst Du positive Entwicklungen unserer Arbeit als Zeitschrift? Wo liegen Deiner Meinung nach Entwicklungs- und Verbesserungspotenziale hinsichtlich der Frauengeschichte? Welche Schwächen sollten behoben werden?

Sowohl für Zeitschriften zur Arbeiter*innenbewegung als auch für emanzipatorische Konferenzen finde ich es sehr wichtig, bei den Autor*innen bzw. Referent*innen auf eine gleiche Verteilung zwischen Cis-Männern und FLINTA (FrauenLesbenInterTransAgender) zu achten. Als Organisator*innen der Konferenz Anarchistische Perspektiven auf Wissenschaft, die fünf Jahre lang in Hamburg stattfand, haben wir dies 2018 hart durchgezogen. Das ist echte Arbeit, die sich aber lohnt. Durch die gesellschaftlichen Geschlechterrollen gibt es viel mehr Männer, die Zeit, Selbstvertrauen und Motivation haben, Vorträge zu halten oder Beiträge zu schreiben, und diese melden sich sowohl unaufgefordert als auch auf Calls for Papers. Aber wir haben uns wirklich gezielt auf die Suche nach Referentinnen gemacht und waren schließlich auch erfolgreich. Das kann ich allen Redaktionen und Organisator*innen von Konferenzen nur empfehlen! Das Gleiche gilt für die Themen – und der interessante Nebeneffekt eines Programms mit 50 % FLINTA-Referent*innen und vielen Frauenthemen war bei unserer Konferenz, dass das Publikum in dem Jahr zu mindestens 50 % aus FLINTA bestand.

Für alle emanzipatorischen Historiker*innen und Redaktionen finde ich wichtig, den bisherigen Blickwinkel auch mal zu verlassen. Frauengeschichte ist nicht einfach eine Addition eines Frauenkapitels zu einer Forschung mit herkömmlichem Blickwinkel, sondern ein Umdenken und Neudenken. Ein Beispiel aus dem Spanischen Bürgerkrieg zur Illustration: Bis vor zehn Jahren wurde davon ausgegangen, dass nur ein kleiner Prozentsatz Frauen mit der Waffe gekämpft hat, vor allem, da bereits nach drei Monaten Bürgerkrieg die republikanische Regierung den weiteren Kampfeinsatz von Frauen verbot. Tatsächlich war es aber aus damaliger Sicht so, dass natürlich niemand vorhersehen konnte, wo als nächstes der Frontverlauf sein würde, so dass in den Dörfern und Städten Zivilist*innen als Reservekämpfer*innen geschult wurden. Darunter waren in sehr großer Zahl Frauen, die dann nicht tatsächlich in den Kampf zogen, weil die Front anders verlief, aber durchaus als geschulte Frontkämpferinnen gezählt werden können.

Du gehörst zur jüngeren Generation von Historikerinnen, die sich mit der Geschichte der sozialen Bewegungen und der Frauengeschichte befassen. Wir sind sehr interessiert an Deinen Antworten auf die Frage, was sich inhaltlich und methodisch am wissenschaftlichen Forschen und Publizieren zur Geschichte des Anarchismus aus Deiner Sicht weiterentwickelt hat. Wo also sollten wir genauer hinsehen? Wo liegen Defizite bzw. Desiderate?

Ich bin sehr froh, dass immer mehr Historiker*innen ihre Aufgabe darin sehen, Sozialgeschichte oder Alltagsgeschichte oder Geschichte von unten zu erforschen. Auf diese Art und Weise können wir sowohl die Geschichte besser begreifen als auch unsere Zukunft mit verändern. Es gibt noch so viele soziale Bewegungen zu entdecken und erforschen, die den heutigen Menschen Mut durch ihre Ideen und Aktionen machen können.

Defizite sehe ich durch die immer noch bestehende Segmentierung der Erforschung der Arbeiter*innenbewegung. Wenn ich auf Konferenzen gehe, muss ich mich immer entscheiden, ob ich „die andere" bin, die auf einer Konferenz zur Arbeiter*innenbewegung etwas Besonderes untersucht, nämlich nicht den männlichen Arbeiter, sondern Frauen, oder ob ich auf Konferenzen zur Frauenbewegung „die andere" bin, die sich nicht mit der bürgerlichen, sondern der proletarischen Frauenbewegung beschäftigt.

Ich plädiere für eine Zusammenführung der verschiedenen Unterdrückungskategorien – zum Beispiel Unterdrückung als Arbeiter*in in einer kapitalistischen Gesellschaft, Unterdrückung als Frau in einer patriarchalen Gesellschaft, Unterdrückung als Schwarze in einer von Weißen dominierten Gesellschaft –, um so gegen das Teile und Herrsche zu kämpfen. Die Solidarität zwischen Angehörigen verschiedener unterdrückter Gruppen sehe ich am besten in einem intersektionalen Blickwinkel unterstützt – vor knapp 40 Jahren prägte die Juristin Kimberlé Crenshaw den Begriff der Intersektionalität, um zu benennen, dass eine Schwarze Frau weder wie andere Frauen noch wie andere Schwarze diskriminiert wird, sondern es Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Unterdrückungen gibt. Das Verständnis dieser Mechanismen führt dazu, dass wir uns mit Menschen solidarisieren und gemeinsam kämpfen, die in einem anderen Gebiet als wir selbst unterdrückt werden. Wenn sich diese Einsicht auch in der emanzipatorischen Geschichtswissenschaft etabliert, werden auch die Geschichte der Frauenbewegungen und des Anarchismus stärker untersucht werden.

Als Zeitschrift sind wir stets auf der Suche nach Archiven, Bibliotheken und Erinnerungsstätten der sozialen Bewegungen. Könntest Du uns einige dieser Einrichtungen nennen bzw. empfehlen, gerade auch solche, die Deinen Forschungsbereichen verbunden sind?

Für Anarchismus-Forscher*innen ist es praktisch, dass sich in den 1970ern mit der Freien Arbeiter*innen-Union (FAU) wieder eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaft in Deutschland gegründet hat. Wie die Vorläuferorganisationen zu Beginn des 20. Jahrhunderts verstehen sich viele Ortsgruppen zum einen als Interessengemeinschaft, d. h. gewerkschaftlicher Kampf, und zum anderen als eine Ideengemeinschaft, d. h. Bildung und Austausch. Daher haben viele Orte

eine libertäre Bibliothek, die allen Interessierten offensteht. Ich persönlich kenne die Libertären Bibliotheken in Hamburg und Wien. Legendär ist das Centre international de recherches sur l'anarchisme (CIRA; Internationales Zentrum für Anarchismus-Forschung) in Lausanne; in Marseille hat es einen kleineren Ableger. Als Erinnerungsstätte finde ich die Bakuninhütte in Meiningen sehr spannend – sie wurde in den 1920ern von anarchistischen Arbeiter*innen erbaut, die dort aus finanzieller Not Lebensmittel anbauten, die spärliche Freizeit mit ihren Kindern verbrachten und politisch diskutierten. Alle Interessierten können Mitglied im Wanderverein Bakuninhütte e. V. werden und zu Führungen und Forschungswochenenden kommen. Auch zum Tag des Offenen Denkmals kann die Bakuninhütte kennengelernt werden – dieser findet dieses Jahr am 10. September statt und um 11 Uhr gibt es eine Veranstaltung auf der Bakuninhütte.

Wir bedanken uns für den anregenden Austausch!

Das Interview führten Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze

Zum Inhaltsverzeichnis

Besondere Zeitdokumente

Europa in vollem Risiko?

Das Vieraugengespräch von Erich Honecker und Franz Josef Strauß im September 1987

Am 11. September 1987 fand in München ein Vieraugengespräch zwischen Erich Honecker und Franz Josef Strauß statt. Seit beide im Zusammenhang mit dem Milliardenkredit 1983 für die DDR miteinander im Gespräch waren, gab es manche Kontroverse. Dass sie sich 1987 in einer Frage völlig einigten, ist nur so zu erklären, dass sie beide sich von den Lebensinteressen des deutschen Volkes leiten ließen. Strauß und Honecker einigten sich auf einen gemeinsamen Nenner hinsichtlich der Positionen von Bundesrepublik und DDR in der heißen Phase der Raketenstationierung auf deutschem Boden durch die NATO und den Warschauer Vertrag. Der gemeinsame Nenner lautete:

„In den USA werde aber diskutiert, was geschehen solle, ergebe sich doch ein neuer Krieg. In der Militärgeografie werde dafür eine Verkürzung auf den deutschen Raum, beiderseits der Grenze, vorgesehen. Dies bedeute: *‚die USA in voller Sicherheit, Westeuropa in hoher Sicherheit, wir in vollem Risiko'* ". (siehe Dokument)

Bei dem folgenden Dokument handelt es sich um einen von Frank-Joachim Herrmann verfassten Gesprächsvermerk. Er wird in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv im Bestand Zentralkomitee der SED/Büro Erich Honecker im ZK der SED DY 30 1957-1989, Akte Staatsbesuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland (7. - 11. September 1987), aufbewahrt.

Frank-Joachim Herrmann hatte die Gelegenheit, die Begegnungen Erich Honeckers mit Franz-Josef Strauß ganz aus der Nähe zu beobachten. Er äußerte nach der Wende: „Im Gegensatz zu Wehner, da konnte man aus der Geschichte manches erklären, war dieses Verhältnis ein absolutes Phänomen, weil Strauß sich nun jahrelang nicht gerade als ein Freund der DDR produziert hatte. Aber gerade mit Strauß sind dann viele Impulse, wenn nicht sogar Schritte erörtert und eingeleitet worden, die für die Gestaltung der Beziehungen der beiden Staaten damals wichtig waren. Der Milliardenkredit für die DDR zum Beispiel 1983. Ich glaube, sie schätzten sich gegenseitig aus einem ganz nüchternen Grund: als Pragmatiker, die im Sinne der Entspannung für beide Seiten bekömmliche Lösungen suchten. Es war beiderseits Verlaß auf das gegebene Wort."[1]

Markus Wolf benannte die sicherheitspolitische Konstellation in den 80er-

1 Frank-Joachim Herrmann: Der Sekretär des Generalsekretärs. Berlin 1996, S. 103 f.

Jahren mit den Worten: „Im Grunde haben wir Deutschen als Statisten an den Kriegsspielen der Supermächte teilgenommen. Ob es Pläne gab, einem vorausgesagten Angriff des Gegners mit einem Erstschlag zuvorzukommen, habe ich nie erfahren. Die Kreml-Führung hätte uns wohl auch nicht in solche Pläne eingeweiht. Die Nuklearstrategen auf beiden Seiten wussten natürlich, dass von Deutschland auch bei einem begrenzten atomaren Krieg nur ein radioaktives verseuchtes Trümmerfeld übrigbleiben würde."[2]

Die Lage, die mit dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine entstanden ist, ist mit der während der Raketenstationierung in beiden deutschen Staaten vergleichbar. Heute jedoch wächst allerdings mit jedem Tag „die Gefahr der Ausweitung der Kampfhandlungen"[3]. Heute liegt der Schatten des Atomkrieges über Europa. Die deutsche Politik sollte auf einen schnellen Waffenstillstand hinwirken. Legte man die Maßstäbe von Honecker und Strauß heute an, würde der gemeinsame Nenner möglicherweise lauten: *„die USA in voller Sicherheit, Rußland in hoher Sicherheit, Europa in vollem Risiko"*.

Eine europäische Sicherheitsordnung wird in der Gegenwart vom russischen Chauvinismus des Putin-Regimes und vom US-amerikanischen Weltmachtstreben blockiert. Eine europäische Friedensordnung wird künftig nur mit einem friedliebenden Russland möglich sein. Das setzt aber auch voraus, dass die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands, wie sie schon Winston Churchill in seiner Unterhausrede vom 11. Mai 1953 benannte[4], anerkannt werden. Zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsordnung gibt es keine Alternative.

Siegfried Prokop

2 Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. München 1998, S. 332 f.

3 Reiner Hoffmann, Peter Brandt, Wolfgang Thierse, Günter Verheugen: Aufruf zu einer Friedensinitiative für die Ukraine, in: *Berliner Zeitung*, 1. April 2023.

4 Vgl. KEESA, CD 1999, Nr. 03992.

Das Dokument

Anlage 20

Gespräch unter vier Augen
zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am 11. September 1987 in München

Einleitend, so sagte F.J. Strauß, wolle er sich zur Abrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik äußern, in der die Problematik der Pershing Ia so kolportiert und in der Presse falsch dargestellt worde, daß nur wenige sie verstünden. Damals habe er sich mit E. Honecker über die SS 20 und die Pershing II unterhalten, und man habe übereingestimmt, beides loswerden zu wollen. Die Sowjetunion habe inzwischen ein dichtes Netz mobiler Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite bis 450 km nachgeschoben. Wenn die doppelte Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen komme, dann verblieben der Bundesrepublik nur die Pershing Ia. Die USA verfügten über 88 Systeme mit einer Reichweite bis 450 km, darunter die Lance-Raketen. Dem stünden nach Schätzungen der NATO 1300 Systeme auf der anderen Seite gegenüber. Hier liege der Haken der Null-Lösung.

Nun gebe es verschiedene Denkschulen. Nach dem zweiten Weltkrieg sei es in Europa zu keinem Krieg mehr gekommen. 2500 Jahre lang seien Kriege geführt worden, einmal müsse Schluß damit sein. In den USA werde aber diskutiert, was geschehen solle, ergebe sich doch noch ein neuer Krieg. In der Militärgeografie werde dafür eine Verkürzung auf den deutschen Raum, beiderseits der Grenze, vorgesehen. Dies bedeute: "die USA in voller Sicherheit, Westeuropa in hoher Sicherheit, wir in vollem Risiko". 80 bis 90 % der militärischen Ziele in einem neuen Krieg lägen nur auf deutschem Boden - sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Bei der heutigen Treffgenauigkeit der Waffen sei jeder Punkt in der Bundesrepublik und der DDR erreichbar.

F.J. Strauß betonte, er sei ein leidenschaftlicher Anhänger der Forderung "nie wieder Krieg", alles müsse getan werden, um Krieg nie wieder denkbar, kalkulierbar und führbar zu machen. Deshalb sei er dafür, die Rüstungsstärken unter 500 km Reichweite anzugreifen, und zwar lieber von oben nach unten als von unten nach oben. Er bat E. Honecker, mit M. Gorbatschow darüber zu sprechen.

H. Kohl habe seine Erklärung, auf die Pershing 1a zu verzichten, u. a. damit begründet, daß er dem USA-Präsidenten einen Gefallen tun wolle. Auf keinen Fall sei F.J. Strauß für eine Politik, die Krieg wieder als denkbar erscheinen läßt.

E. Honecker stimmte mit F.J. Strauß in dessen Erklärung über die Nichtführbarkeit eines Krieges zu Lasten der DDR und der Bundesrepublik überein. Er verwies darauf, daß der Berliner Gipfel des Warschauer Vertrages die Auflösung des Verhandlungspakets, die Herausnahme der atomaren Mittelstreckenwaffen begrüßt und zugleich vorgeschlagen habe, in Verbindung mit der Beseitigung dieser Waffen auch zur Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen auf konventionellem Gebiet vom Atlantik bis zum Ural zu kommen. Asymmetrien sollten nicht durch Aufrüstung sondern durch Abrüstung ausgeglichen werden. Auch was die operativ-taktischen Raketen, die Reichweiten bis 500 km betreffe, sollten Maßnahmen zur Abrüstung vereinbart werden. Die strategischen Offensivwaffen sollten um 50 % reduziert werden. Uns liege an der Beseitigung der gesamten Atomwaffen und jeder Bedrohung. Das hänge vor allem von einer Einigung zwischen der Sowjetunion und den USA ab.

E. Honecker hob die Bedeutung des Einstiegs in die reale Abrüstung hervor, den das Abkommen über die Mittelstreckenwaffen bringe und dem alles andere folgen müsse. Die Nichtführbarkeit eines Atomkrieges sei bereits auf dem Genfer Treffen zwischen M. Gorbatschow und R. Reagan festgestellt worden. F.J. Strauß: Die Erde wäre schon nach den ersten Atomschlägen fast nicht mehr bewohnbar. Seit Tschernobyl, fuhr E. Honecker fort, habe sich vieles verändert. Wie M. Gorbatschow denke, werde an seinem Eintreten für die Abrüstung deutlich, daran, daß die Sowjetunion bestrebt ist, den Aufwand für die Rüstungen zu senken und die sozialen Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern.

Die auf dem Berliner Gipfel angenommene Militärdoktrin des Warschauer Vertrages sei auf Verteidigung orientiert. In Richtung der Nichtangriffsfähigkeit müsse auf beiden Seiten umgedacht werden. Es gelte, auf Jahrzehnte hinaus zu gewährleisten, daß es zu keinem neuen Krieg kommt. Hier verwies E. Honecker auch auf die

Vorschläge W. Jaruzelskis zur beiderseitigen Verdünnung der Truppen. Wir seien für ein atomwaffenfreies Europa, seien für vertrauensbildende Maßnahmen, wovon jetzt auch die Teilnahme zweier Offiziere der NVA an Übungen der Bundeswehr zeuge. Die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen sei der Anfang, alles weitere müsse noch bewerkstelligt werden, wahrscheinlich mit einem anderen USA-Präsidenten. Solange die strategischen Offensivwaffen nicht reduziert würden, bestehe die Gefahr der Vernichtung weiter.

F.J. Strauß dankte für die Darlegungen E. Honeckers, die, wie er sagte, mit seinen langjährigen Überlegungen übereinstimmten. Alle Möglichkeiten, von außen einzudringen, müßten beseitigt werden.

Zu bilateralen Fragen übergehend, stellte F.J. Strauß fest, in den vergangenen Monaten hätten zwischen beiden Seiten hochrangige Gespräche in sehr guter Atmosphäre stattgefunden. Seit seinem Treffen mit E. Honecker von 1983 sei ein spürbarer Wandel eingetreten. Die Signale der DDR für guten Willen, so die großzügigen Reisegenehmigungen, die Amnestie für Straftäter, die Abschaffung der Todesstrafe, zu der sich noch nicht einmal Frankreich habe entschließen können, seien verstanden worden. Die Grenzlage sei weiterhin ruhig, die Grenzabfertigung korrekt und zügig, auch die Grenzsperranlagen seien verändert worden. E. Honecker habe Wort gehalten. Die Grenzanlagen zwischen der DDR und der Bundesrepublik könnten nicht so sein wie zwischen Bayern und Österreich, aber offenbar strebe E. Honecker als langfristige Zielsetzung eine ähnliche Situation an.

Als erfreulich bezeichnete F.J. Strauß die Entwicklung des Reiseverkehrs, insbesondere unterhalb des Rentenalters. Er verstehe dabei die Devisensituation der DDR.

Im Zusammenhang mit dem Kulturabkommen sei der erste Arbeitsplan aufgestellt und ein Gastspiel der Bayerischen Staatsoper in Berlin (Ost) vereinbart worden, was E. Diepgen ihm, F.J. Strauß, gegenüber zu der Frage veranlaßt habe: Warum denn in Berlin (Ost)? Auf umweltpolitischem Gebiet seien zwei wichtige bayerische Probleme gelöst worden - das Hochwasser-Rückhalte-Becken im Rödental und die Kläranlage in Sonneberg.

Der Handel sei zurückgegangen, zur Zeit importiere Bayern viel mehr als es exportiere.

F.J. Strauß würdigte die Zusammenarbeit mit der DDR auf dem Gebiet der AIDS-Forschung. Die bayerischen Mediziner sprächen von einem guten Erfahrungsaustausch und seien überrascht von der hohen Qualität, die sie dabei auf DDR-Seite angetroffen hätten.

Sodann unterbreitete F.J. Strauß einige Wünsche an die DDR. Hinsichtlich der Familienzusammenführung werde erbeten, die Ausreise- und Übersiedlungserlaubnisse wenigstens im bisherigen Umfang fortzusetzen. Wegen angeblicher Schikanen gegen Antragsteller erhalte er viele Briefe. Als schwierigen Punkt bezeichnete F.J. Strauß das Einreiseverbot für DDR-Bewohner, welche die DDR legal verlassen haben. Dabei wolle er ausdrücklich feststellen, daß die Kontaktverbote entsprechend der Zusage E. Honeckers abgebaut worden seien.

F.J. Strauß setzte sich dafür ein, die Möglichkeiten für den Reiseverkehr von Bürgern der DDR unterhalb des Rentenalters zu erweitern. z. B. durch Garantie von Westreisen einmal im Jahr, sowie großzügige Genehmigungen für den Jugendaustausch zu erteilen. "Über den Zwangsumtausch rede ich nicht." Gelegen sei ihm auch am Bewohnerverkehr im Grenzsperrgebiet.

Als notwendig erachtet werde von byerischer Seite, die Probleme der Geruchsbelästigungen aus der Papierfabrik Blankenstein sowie der Schwefeldioxid-Demissionen aus Industriebetrieben im Süden der DDR durch Filteranlagen zu lösen.

Im Handel erwarte Bayern eine Erhöhung der Bezüge durch die DDR, der Umfang der Kompensationsgeschäfte sollte eingeschränkt werden. Gebeten werde um eine größere Ausstellungsfläche für Bayern auf den Leipziger Messen. Wünsche einzelner Firmen seien:

. Dyckerhoff und Wichmann AG-Hotelbau in Berlin,

. Kraftwerkunion AG für ein Strahlenüberwachungssystem am Kernkraftwerk in Greifswald,

250

- 5 -

. Linde AG für Luftzerlegungsanlage Eisenhüttenstadt, Erweiterung Chemische Werke Buna, Ammoniakfabrik Leuna,

. Deutsche Airbus GmbH - Vorstellung von Flugmaterial der DDR.

F.J. Strauß nannte weiter den Anschluß von Berlin (West) an das Intercity-Netz über Ludwigstadt-Probstzella und Hof-Gutenfürst. Er befürwortete die Öffnung der Grenzübergänge Rottenbach-Eisfeld und Eußenhausen-Meiningen auch für den gewerblichen Güterverkehr sowie die Schaffung eines neuen Grenzüberganges bei Ludwigstadt (Landkreis Kronach) im Zuge der B 85. Interessiert sei seine Seite auch am Bau der Autobahn Hof-Plauen. Zur Sprache brachte er ferner eine "nationale Flugverbindung" zwischen der Bundesrepublik und der DDR unter Beteiligung Münchens.

Sein Wunsch sei, daß die DDR ein Gastspiel des Leipziger Thomanerchores noch 1987 in München ermögliche, zu dem die Einladung von der Evangelischen Kirchengemeinde Erlöser-Kirche München-Schwabing auf Gemeindebasis ergehen würde.

An Städtepartnerschaften sei Bayern auch für Neustadt bei Coburg mit Sonneberg und für Neu-Ulm mit Meiningen interessiert. Gewünscht werde der Austausch von Feuerwehrleuten aus der DDR mit der Münchener Berufsfeuerwehr. Im Sportverkehr sollten Begegnungen des Breitensports stattfinden, etwa ein Leichtathletik-Vergleichskampf Bayern/thüringische Bezirke.

E. Honecker sagte die Prüfung dieser Wünsche und eine Information über die Entscheidungen zu. Was die Autobahn-Fragen (Hof-Plauen) angehe, so meine Bonn, daß der Eisenbahnverkehr Priorität haben solle.

Seit seiner Begegnung mit F.J. Strauß im Jahre 1983 sei eine Entwicklung eingeleitet worden, die ständig mehr Früchte trägt. F.J. Strauß trage dazu bei, indem er eine realistische, nicht eine illusionäre Politik bevorzuge.

Quelle: SAPMO-BArch DY30/2397.

Zum Inhaltsverzeichnis

Berichte

Bericht über die 33. Sitzung des Kuratoriums der SAPMO am 20. April im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde

Der Bericht der Direktorin Dr. Simone Walther-von Jena lag schriftlich vor und wurde von ihr noch mal zusammenfassend referiert. Als wichtigstes Ereignis wurde die Entscheidung der FDGB-Liquidatoren zur Übertragung des Archivguts des FGDB an das Bundesarchiv herausgehoben. Dies wurde im Bericht der SAPMO als Vertrauensbeweis gegenüber dem Bundesarchiv bezeichnet.

Von der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, die als Einbringerin des FDGB-Archivs fungiert und als solche auch Teil des Kuratoriums ist, war darüber unmittelbar nach Bekanntwerden Unverständnis geäußert worden. Sie wurde zu dieser Entscheidung nicht befragt und war nicht einmal informiert, musste darüber aus der Presse erfahren. Wenngleich es am Vortag der Kuratoriumssitzung eine Aussprache zwischen dem Vertreter der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Prof. Dr. Detlev Brunner, und dem Präsidenten des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann gegeben hatte, wurde diese Art der Übertragung des Archivguts von mehreren Mitgliedern des Kuratoriums, darunter die Vertreter*Innen der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Partei DIE LINKE, des Förderkreises und der FDJ kritisch hinterfragt. Die teils rechtlich uneindeutig festgelegten Eigentumsverhältnisse wurden thematisiert. Der Präsident des Bundesarchivs sprach von Kommunikationsproblemen und entschuldigte sich. Es wurde auf Initiative des Förderkreises, der FES, DIE LINKE und der Johannes-Sassenbach-Stiftung als Protokollnotiz festgelegt, dass in *jedem* Fall einer beabsichtigten Übertragung von Archivgut aus dem Kreis der im SAPMO-Kuratorium vertretenen Gruppen alle Mitglieder des Kuratoriums proaktiv informiert werden. Für die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft wurde festgestellt, dass ihre Mitgliedschaft im Kuratorium (mit allen Rechten) unberührt bleibt.

Der Bericht der Direktorin verwies ferner auf die digitale Ausstellung über 30 Jahre SAPMO hier: Bundesarchiv Internet – 30 Jahre SAPMO. Ferner wurden die Vortragsveranstaltungen der SAPMO wieder aufgenommen, weitere Veranstaltungen sind dem folgenden Link zu entnehmen: Bundesarchiv Internet – Vortragsreihe anlässlich des Jubiläums „30 Jahre SAPMO".

Die Benutzungspraxis hat sich in den vergangenen Jahren – beschleunigt durch die Pandemie – deutlich Richtung digitaler Nutzung geändert. Die Digitalisierung bleibt darum wichtigste Aufgabe. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Nutzer*innen sind internationale Beziehungen, wirtschaftliche Entwicklung und Kultur.

Der Präsident des Bundesarchivs berichtete über den Transformationsprozess, der mit dem Beschluss 2019 über die Zusammenführung von Bundesarchiv und BStU-Unterlagen-Archiv ausgelöst und im Juli 2021 vollzogen wurde. Inzwischen ist eine einheitliche Verwaltung geschaffen worden, am 10. August 2021 wurden die neuen Gebäude in Lichterfelde in Betrieb genommen. Derzeit wird mit Hochdruck daran gearbeitet, das Archivgut der Jahre 1933 bis zum Zweiten Weltkrieg zu digitalisieren, damit es mindestens fünf Jahre vor den 100. Jahrestagen der NS-Zeit zur Verfügung steht.

Weitgehend realisiert ist, dass die Bestände des Deutschen Reichs in Berlin liegen, die Bestände der Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung in Koblenz und diejenigen der DDR-Geschichte in Berlin. Darüber hinaus gibt es weitere Archiv-Standorte, deren Verbleib nicht immer geklärt ist, wie z. B. der des Archivs der Wehrmachtgeschichte (WASt), das derzeit sehr nachgefragt werde. In den Bundesländern werden die vorhandenen Standorte nach und nach den Aspekten der politischen Bildung entsprechend gestaltet.

Der in Lichtenberg geplante und auch bereits politisch beschlossene „Campus der Demokratie“ liegt noch in weiter Ferne. Derzeit steht noch nicht mal der nötige Grund und Boden zur Verfügung. Möglicherweise gibt es auch erhebliche Probleme mit dem Grundwasser und einer Hanglage. Die Kosten dürften sehr erheblich sein. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, könne man in die Planung gehen und rechne von da ab mit zehn bis zwölf Jahren bis zur Fertigstellung. Ein dringend nötiges Gebäude für die Verwaltung soll im Bereich der Finckensteinallee errichtet werden. Man wolle die Raumprobleme schrittweise („nach dem Zwiebelprinzip“) angehen, da die ganz große Baulösung derzeit noch im Ungewissen ist. Der Standort der SAPMO wird deshalb vorerst in Lichterfelde verbleiben. Der Zeithorizont bis zur Herstellung von Planungssicherheit, so die Antwort auf unsere Nachfrage, wird sich eher zeitlich nach hinten verschieben

Am 14. Juli 2023 wird der Präsident des Bundesarchivs dem Kulturausschuss des Bundestages seinen zweijährlichen Bericht vorlegen, der dann im August/September dem Bundestag vorgelegt wird.

Am Ende der Sitzung gab es noch einen Einblick in die Arbeit des Nachlassreferats der SAPMO. Derzeit werden 870 Nachlässe betreut. Während in den ersten Jahren die Sicherung der Nachlässe die Hauptaufgabe war, geht es heute um Erwerb, Digitalisierung und rechtliche Absicherung. Da immer wieder neue Nachlässe – auch Vorlässe von noch lebenden Personen – hinzukommen, ist die Zahl der unbearbeiteten Unterlagen konstant hoch. Für die Kuratoriumsmitglieder lagen einige Archivalien – u. a. von Werner Lamberz, August Bebel, Christa Luft – zur Ansicht aus.

Das Kuratorium wird sich regulär wieder im April oder Mai 2024 treffen. Frau Walther-von Jena wurde verabschiedet, weil sie gegen Jahresende in Pension geht.

Seitens vieler Mitglieder des Kuratoriums, auch unsererseits, wurde ihr der Dank für die jahrelange produktive Zusammenarbeit ausgesprochen.

Holger Czitrich-Stahl / Claudia Gohde

Zum Inhaltsverzeichnis

Ein Denkmal für Paul Löbe und die Pressefreiheit

Konferenz in der Europäischen Akademie Berlin e. V., Berlin-Grunewald am 17. Februar 2023

Der Bezirksstadtrat für Ordnung, Umwelt, Straßen und Grünflächen, Charlottenburg-Wilmersdorf, Oliver Schruoffeneger, hatte zu einer Konferenz zur Vorbereitung einer Ausschreibung für die künstlerische Gestaltung eines Denkmals geladen. Das Denkmal/Denkzeichen soll im öffentlichen Raum (Bismarckplatz) an die Person des Reichstagspräsidenten und *SPD*-Politikers Paul Löbe erinnern. Gleichzeitig soll es die Bedeutung von Presse- und Meinungsfreiheit herausstellen und die Notwendigkeit unterstreichen, diese Errungenschaft unserer demokratischen Verfassung gegen Angriffe verschiedenster Seiten zu verteidigen.

Die Veranstaltung war zweigeteilt: im ersten Teil stellten drei Referenten unterschiedliche Sichten auf die Person Paul Löbe vor; in einem zweiten Teil diskutierten unter Moderation von Stadtrat Schruoffeneger vier ‚Expertinnen/Experten' den Begriff Pressefreiheit.

I. Die Person Paul Löbe

Stefan Heinz, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, stellte die Entwicklung des gelernten Schriftsetzers Paul Löbe zum Journalisten und Kommunal-/Regionalpolitiker in seiner Heimat Schlesien dar. Von den vier Redakteuren der Breslauer *Volkswacht*, von denen einer Löbe war, saßen nicht selten gleich zwei wegen ‚Majestätsbeleidigung' oder ‚Aufreizung zum Klassenhass' in ‚öffentlichem Gewahrsam'. Daher stammte der Begriff ‚Sitzredakteur'. Wegen seiner zurückhaltenden, eher vermittelnden, wenig polarisierenden Natur gelang Löbe Mitte 1919 die Wahl in den Fraktionsvorstand der *SPD*. Im Juni 1919 wurde er zum Vizepräsidenten des Reichstages gewählt. Während der 1. Reichstagswahlperiode (1920-1924) war er Reichstagspräsident, ebenso von der 3. bis zur 5. Wahlperiode (1925-1932); im Anschluss von 1932-1933 Reichstagsvizepräsident.

Löbes Kampf galt der von links und von rechts angegriffenen Republik. Er verteidigte nicht nur die demokratisch verfasste Ordnung, sondern es ging ihm um die Sicherung der 1918/19 erkämpften neuen gesellschaftlichen und sozialen Errungenschaften, wozu die Meinungs- und Pressefreiheit und die Gleichberechtigung gehörten, aber auch der Acht-Stunden-Tag, ein Tarifvertragsrecht und neue Bildungsvorstellungen.

Wichtig in diesem Kampf war das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, eine 1,5 Millionen Mitglieder verschiedener republikanischer Parteien umfassende demokratische Organisation, in deren Reichsausschuss Löbe tätig war. Das *Reichsbanner* verschrieb sich ab 1924 dem Schutz der Republik und deren Farben, die seit 1848 für eine freiheitlich-demokratische Ordnung und republikanischen Patriotismus standen. Es wandte sich auch gegen Antisemitismus und Löbe positionierte sich hierbei prominent.

Nach eher ruhigen Jahren zwischen 1924 und 1928 standen das *Reichsbanner* und Paul Löbe vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Das System hatte durch Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit an Vertrauen eingebüßt. Die Nationalsozialisten und die Kommunisten machten das Werben für die Demokratie immer schwerer. 1932 verlor Löbe sein Reichstagspräsidentenamt an Hermann Göring. Aber Löbe ließ sich nicht entmutigen. Er war im Rahmen der *Eisernen Front* für die Demokratie aktiv. Bis zuletzt bemühte er sich um die Republik. Er stimmte sogar einer *„sogenannten ‚Friedensresolution' Hitlers"* zu. Im Juni 1933 wurde Löbe noch für wenige Tage Vorsitzender der Inlands-*SPD* und machte Konzessionen an die NS-Machthaber, was zu massiven Konflikten in der *SPD* bzw. mit deren Auslandsleitung führte. Die Nationalsozialisten setzten ihn schließlich fest. Nach seiner Haftentlassung fand er eine Stellung als Korrektor. Löbes Verbindungen zu den Umsturzversuchen vom 20. Juli 1944 blieben den Nazis verborgen. So erlebte er trotz erneuter Festnahme und KZ-Aufenthalt weitgehend unbeschädigt das Kriegsende.

Fazit: Paul Löbe war ein Mann des Ausgleichs. Willy Brandt charakterisierte ihn als einen politischen Strategen mit *„‚unschätzbaren Verdiensten' für die Demokratie"*. Es ist wichtig, Paul Löbe in Erinnerung zu behalten.

Als zweiter Referent sprach der Historiker und Politikwissenschaftler **Siegfried Heimann.** Er beschäftigte sich mit einem Konflikt zwischen dem *SPD*-Vorsitzenden Kurt Schumacher und Paul Löbe, der im Jahre 1947 stattgefunden hatte.

Ausgangspunkt war wohl ein Vorfall im Mai 1933: Paul Löbe stimmte, gegen den Widerstand einer Minderheit, zu der Kurt Schumacher gehörte, einer ‚Friedensresolution' Hitlers zu, was zu einem Konflikt mit der Vorstandsmehrheit im Exil führte. [Potthoff, Sozialdemokratie (1974), S. 127]. Löbe hatte nach einer Verhaftung im August 1944 das KZ überlebt und konnte im Juli 1945 nach Berlin zurückkehren. Er fand den Kontakt zur wiedergegründeten *SPD* und wurde Mitglied des Zentralausschusses mit Otto Grotewohl an der Spitze. Die Sowjets bemühten sich um Löbe, der Ende 1945 für die Vereinigung mit der *KPD* eintreten sollte. Das tat Löbe nicht, widersprach aber auch öffentlich nicht. Mitte April 1946 trat er aus dem Zentralausschuss aus. Am 01.05.1946 wurde er neben Arno Scholz und Annedore Leber Lizenzträger des *SPD*-nahen Berliner *Telegraf*, der, so Löbe, *„bald das wichtigste Bollwerk gegen die bolschewistische Überflutung von Berlin werden sollte".* Er störte sich an dem aggressiven Ton des Blattes und stand selbst eher für Mäßigung im Umgang mit der sowjetischen Besatzungsmacht, um mögliche gemeinsame Aktivitäten nicht unmöglich zu machen. Auch sorgte er sich um die in der sowjetischen Besatzungszone/SBZ verfolgten Sozialdemokraten. Daraus las die *SED* fälschlich eine Distanz zur Schumacher-*SPD* heraus und hoffte auf Spaltung.

Im Februar 1947 gab es Bemühungen, Politiker aller Parteien zu einer gemeinsamen Stellungnahme für den deutschen Einheitsstaat zu bewegen. Darüber informierte Paul Löbe Kurt Schumacher und erwähnte darin, dass u. a. auch mit Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck gesprochen worden sei. Die Aktion verlief zwar im Sande, aber bei Kurt Schumacher schrillten die Alarmglocken. Bei ihm und einer Mehrheit der Berliner *SPD* gab es Misstrauen gegenüber potenziellen Abweichlern. Im Herbst 1947 kam es erneut zu einer Situation, bei der der *CDU*-Bürgermeister Ferdinand Friedensburg versuchte, Politiker verschiedener Couleur zu einer Willensbekundung gegen das sich auseinanderentwickelnde Deutschland zu gewinnen. Der *SPD*-Parteivorstand ließ bei Paul Löbe anfragen, ob es zuträfe, dass ein Appell für die Einheit Deutschlands mit Beteiligung der *SED* geplant sei. Die Einheit Deutschlands sei wiederherzustellen, aber die Beteiligung der *SED* sei nicht akzeptabel. Das bedeute eine inakzeptable Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Zustände in der SBZ. Der von Schumacher angeschriebene Löbe, der unter der Hand immer wieder verdächtigt worden war, mit einer *SPD*-Gründung in der Ostzone in Verbindung zu stehen, wehrte sich. Er habe schon im Sommer die Ansicht vertreten, dass es dringend notwendig erscheine, möglichst durch eine gemeinsame Kundgebung aller deutscher Parteien den Willen zur deutschen Einheit demonstrativ zu bekunden. Dazu habe er auch im Berliner Auswärtigen Ausschuss der Landes-*SPD* Zustimmung erhalten. Wenn das wegen früherer Auseinandersetzungen mit der *SED* nicht möglich sei, solle der Appell

mindestens von der *SPD* allein ausgehen. Er, Löbe, habe Kenntnis, dass ähnliche Überlegungen in anderen Parteien angestellt würden. Er habe bereits Anfang 1947 zugesagt, sich gegebenenfalls mit einer Reihe von Persönlichkeiten aus allen Lagern einem öffentlichen Appell anzuschließen. Dabei wolle er selbstverständlich Schumachers Bedenken berücksichtigen und den Nutzen für das Schicksal Deutschlands beachten. Der Brief enthielt noch einen weiteren Passus, den Kurt Schumacher wohl nicht einfach wohlwollend zur Kenntnis genommen hat. Löbe hinterfragte kritisch dessen Art, die eine kameradschaftliche Aussprache nicht immer erleichtern würde. *„Das aber nun überhaupt keine andere Meinung in der Partei laut werden soll als die Deine, scheint mir etwas viel verlangt. Ich jedenfalls gedenke mich nicht so tief zu beugen …"* Darin sehe er Gefahren nicht nur für die Partei, sondern für das ganze Volk. Man solle doch solche Fragen nicht per Befehl und Verweis von oben regeln. Eine Woche nach diesem Brief ließ Schumacher den Ausschluss Paul Löbes aus dem Auswärtigen Ausschuss der *SPD* gegen lediglich zwei Stimmen exekutieren. Löbe blieb nur die resignative Hoffnung, dass in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstehe, dass *„Ketzergerichte in der SPD die Meinungsbildung unterdrückten"*.

Der Ausschluss Löbes fand nur relativ wenig öffentlichen Widerhall und ebenso die Art und Weise, wie mit Löbe verfahren worden war. Nur wenige hatten den Mut, Schumacher gegenüber dessen Haltung zu kritisieren. Die Form der Kritik an Löbe war nicht nur maßlos übersteigert und ungerecht Löbe gegenüber. Sie ließ und lässt Rückschlüsse über den Zustand der Partei zu, die bedenklich stimmen. Löbe versuchte weiterhin, seinen Frieden mit Schumacher zu machen. Mit der Schumacherschen Politik, vor allem mit der Form, wie sie publik wurde, war er weiterhin nicht einverstanden. Allerdings äußerte er seine Kritik nur in Briefen an Freunde. Die *SED* hat Löbe aber trotz aller Offenheit für Gespräche nicht für sich einnehmen können. Otto Buchwitz, einem *SED*-‚Genossen', verbat er ausdrücklich die Anrede Genosse: *„… das Verhalten der SED verfolgten sozialdemokratischen Genossen gegenüber und das Schweigen von Buchwitz dazu, verbiete jeden freundschaftlichen Kontakt"*. Den Konflikt mit Schumacher machte Löbe in seinen Erinnerungen von 1954 nicht öffentlich, obwohl er ihn beschäftigte, wie Briefe im Nachlass zeigen. *„Er blieb der große Vermittler, der lieber versöhnen, statt spalten wollte."*

Christian Walther, Politologe und Journalist, sprach für das *Team Verbandsgeschichte* des *DJV-Berlin/JVBB.* Er überschrieb seinen Vortrag: *„Redakteur, Chefredakteur, Herausgeber: Paul Löbe als Publizist."* Christian Walthers erste Erinnerung an Paul Löbe war eine Aktion der Kommune 1 um Dieter Kunzelmann, der sich anlässlich der Trauerfeier für Paul Löbe im August 1967 in einem Sarg über den John-F.-

Kennedy-Platz tragen ließ und im Totenhemd aus dem Sarg heraus Flugblätter verteilte. Ein weiteres Erinnerungsstück Walthers ist ein Plakat mit den Umrissen des Deutschen Reiches und der Aufschrift: *„3-geteilt-niemals"*. Es stammt aus der Zeit des Kalten Krieges und verweist darauf, dass Paul Löbe Vorsitzender des *Kuratoriums Unteilbares Deutschland* war. *„Paul Löbe war kontrovers – und er wäre es auch heute."*

Löbe musste schon als Elfjähriger als Zeitungsjunge zum Familienunterhalt beitragen. 1890 begann er eine Setzerlehre im heimischen Liegnitz. 1898 begann er bei der Breslauer *Volkswacht* als Setzer und konnte schon 1899 dort als Redakteur arbeiten. Wie es seinen Redakteurskollegen ebenfalls geschah, verurteilte man Löbe bereits am 11.07.1899 erstmals wegen *„Beleidigung durch die Presse"* zu einem Monat Gefängnis und den Kosten des Verfahrens. Bei einem längeren Gefängnisaufenthalt konnte er mit Hilfe einer kleinen Handbibliothek noch nicht erworbenes Wissen nacharbeiten.

Im Jahre 1895 war Löbe *SPD*-Parteimitglied geworden, 1899 wurde er an die Spitze der *SPD* in Breslau berufen; 1904 erfolgte dort die Wahl zum Stadtverordneten und 1915 zum Mitglied im schlesischen Provinzial-Landtag. 1919 durfte Paul Löbe als Vizepräsident der Nationalversammlung vorsitzen. Höhepunkt seiner politischen Karriere war seine langjährige Tätigkeit als Reichstagspräsident von 1920-1932; von 1932 bis 1933 amtierte er als Reichstagsvizepräsident.

Gemeinsam mit dem Zentrumspolitiker Joseph Wirth und dem Liberalen Ludwig Haas gab Löbe ab 1927 die Wochenschrift *Deutsche Republik* heraus. Das Blatt verlor rasch an Einfluss und Löbe und Haas zogen sich zurück. Löbe sah sich zeitlebens als Journalist und war Mitglied in der *Vereinigung Republikanische Presse*. Offenkundig überschnitten sich die Interessen der Mitglieder der *Republikanischen Presse* mit denen des *Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold*. Die Börsenzeitung sah eine *„neue Kampforganisation der Linken"*, die die Achtung vor der Republik und deren Farben fördern wolle. Zur *Vereinigung Republikanische Presse* gehörten etwa 500 Mitglieder. Paul Löbe war eines der Vorstandsmitglieder.

Christian Walther zeichnete den Weg Löbes im Dritten Reich nach, in dem jüdische und marxistische Mitglieder des mittlerweile gleichgeschalten *Reichsverbandes der deutschen Presse*, Vorläufer des *Journalistenverbandes*, aus dem Verband ausgeschlossen worden waren, was einem Berufsverbot gleichkam. Paul Löbe hatte das Glück, vom Verlag *Walter de Gruyter* jahrelang als Korrektor beschäftigt zu werden. Nach Kriegsende gelangte Löbe über verschiedene Stationen in Schlesien nach Berlin und konnte dort für die sozialdemokratische Zeitung *Das*

Volk arbeiten. Das Drängen der Sowjets nach Vereinigung von *KPD* und *SPD* lehnte Löbe, wie die übergroße Mehrzahl der *SPD*-Mitglieder im Westen, ab. Nach dem schlechten Abschneiden der *SED* in den ersten Wahlen wurden *SPD* und *KPD* zwangsverschmolzen und *Das Volk* und die kommunistische *Deutsche Volkszeitung* gingen im *Neuen Deutschland* auf.

In West-Berlin gestatteten die Briten die *SPD*-nahe Zeitung *Telegraf* und Paul Löbe und Annedore Leber wurden dem bisherigen Alleinherausgeber Arno Scholz an die Seite gestellt. Löbe arbeitete journalistisch beim *Telegraf*, wandte sich gegen die Zwangsvereinigung und gegen das, was Löbe *„die dunklen Mächte des Ostens"* nannte, *„die sowjetische Besatzungsbehörde und ihre Werkzeuge in Ost-Berlin"*. In Berlin begann die Spaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Bei den Delegiertenwahlen des *Verbandes der Deutschen Presse/VDP* erhielt Paul Löbe zwar die höchste Stimmenzahl zur Hauptversammlung der Gewerkschaft *Kunst und Schrifttum*, konnte aber die schrittweise Übernahme durch die Kommunisten nicht verhindern. Im Jahre 1948 kam es dann zum Bruch: Paul Löbe und viele bekannte Journalisten und Publizisten schufen im Oktober 1948 den *Presseverband Berlin/PVB*. Löbe war kurzzeitig Vorsitzender dieser Vereinigung, der auch ein junger norwegischer Journalist namens Willy Brandt angehörte. Neben seiner journalistischen Tätigkeit war Paul Löbe stets Politiker und wurde 1948 Mitglied des Parlamentarischen Rates und anschließend Mitglied des Bundestages. Sein Engagement beim *Telegraf* gab er aber nicht auf. Er *„rangelte"* mit Arno Scholz um Einfluss in ‚seiner' Zeitung und blieb auch, als Annedore Leber das Blatt 1950 im Streit verließ.

Löbe arbeitete publizistisch gegen das polnische Vertreibungsregime in Schlesien und wirkte als Anwalt der Vertriebenen. Bis zu seinem Tod war er Vorsitzender des *Kuratoriums Unteilbares Deutschland.* Paul Löbe erhielt auf dem Waldfriedhof in Zehlendorf ein Ehrengrab der Stadt.

Zwischenzeitlich stellte **Jürgen Karwelat** (*Berliner Geschichtswerkstatt*) eine Aktion zur Erinnerung an Paul Löbe in Liegnitz/Legnica, Polen, vor. Dort konnten 2018 zwei Gedenk-Tafeln (deutsch/polnisch) an Löbes Geburtshaus angebracht werden. Einen Großteil der Finanzierung hatten der Vorstand der *SPD* und der damalige Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble übernommen. Hinzu kamen Spenden aus Liegnitz sowie von Privatpersonen.

II. Diskussion

„Pressefreiheit – ein Ideal, reflektiert in nationaler wie internationaler Perspektive."

Teilnehmer: **Anna Litvinenko** (*FU Berlin*); **Gemma Pörzgen** (*Reporter ohne Grenzen);* **Frank Überall** (Bundesvorsitzender des *Deutschen Journalisten-Verbandes/DJV)* und **Shimon Stein,** ehemaliger Botschafter Israels. Moderation: **Oliver Schruoffeneger.**

Die Diskussion drehte sich um den Stand der Presse- und Meinungsfreiheit. Die Pressefreiheit sei auch in Deutschland Bedrohungen ausgesetzt und müsse daher immer wieder als eine der wichtigsten Errungenschaften demokratischer Gesellschaften verteidigt und gegen verschiedenartige Bedrohungen geschützt werden. Die Diskussion über die Pressefreiheit finde auch und gerade in den sozialen Netzwerken, auch wegen deren teilweise inakzeptablen Nutzung statt. Shimon Stein wurde wesentlich grundsätzlicher: Er fragte, wie der Zustand der liberalen Demokratie sei, warum diese in einer breiteren Öffentlichkeit scheinbar unattraktiv erscheine, er warnte vor ‚backsliding', d. h. ‚zurückrutschen' in einen Stand vor bestimmten Reformen oder schon erreichten Zuständen/Errungenschaften, sah eine Bedrohung durch die neuen Formen der Kommunikation in den sozialen Netzwerken und forderte eine neue, angepasste Definition des Begriffes der Pressefreiheit vor dem Hintergrund des Aufkommens von Social Media. Anna Litvinenko forderte eine Abgrenzung z. B. gegenüber Hassrede, eine angemessene Partizipation bereits im Kindergarten und eine frühe Auseinandersetzung mit dem Begriff Pressefreiheit. Gemma Pörzgen sprach von Informationsfreiheit statt Pressefreiheit, sah Probleme der Behandlung der Presse während der Corona-Pandemie und durch soziale Medien und äußerte, dass die Diskussion über Pressefreiheit und die Bedrohung derselben auch in Deutschland zugenommen habe. Frank Überall betonte die Bedeutung der Ausbildung von Journalisten und deren Bindung an ethische und fachliche Grundsätze. Nicht jeder, der etwas in Social Media äußere, sei bereits Journalist. Er machte einen konkreten Vorschlag für ein Löbe-Denkmal oder Denkzeichen: Q.R.-Codes an dem Denkmalort, in denen die Diskussion über die Pressefreiheit aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden könne und deren Inhalte regelmäßig erneuert werden sollten. Der Moderator fasste zusammen: Es sei noch viel Arbeit zu tun. Diese sollte zunächst in kleinen Gruppen fortgesetzt werden, die hier anwesenden Interessenten würden informiert. Eine Jury solle frei über die konkrete Ausgestaltung des Denkmals/Denkzeichens entscheiden: 2023 seien Wettbewerbsbedingungen zu formulieren, 2024 sei die Zeit für die Künstler und 2025 könne eventuell mit der Ausführung und Errichtung/Herstellung begonnen werden.

Klaus Leesch

Zum Stand der Stalinismus-Forschung – Ein Podiumsgespräch

Am 17. April 2023 luden Berliner Debatte Initial, „Helle Panke“ und die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einem Podiumsgespräch über den Stand der Stalinismus-Forschung vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges ein. Moderator Wladislaw Hedeler konstatierte anlässlich der Feierlichkeiten zu Stalins 70. Todestag in Moskau, dass dieser in Russland allgegenwärtig sei, egal wo man hinblickt. Inwieweit die derzeitige russische Regierung hierzu beiträgt, war ein Aspekt des Gespräches, an dem Dr. Irina Scherbakowa (vom „liquidierten“ und mit dem Friedensnobelpreis geehrten Verein Memorial), Prof. Dr. Susanne Schattenberg (Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen) und Dr. Katja Makhotina (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichte Osteuropas der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn) teilnahmen.

Hedeler wies eingangs darauf hin, dass bereits in den 1990er-Jahren unter Boris Jelzin die Namen der Täter des GULAG per Gesetz verschwiegen wurden. Im Russischen würden sie im Übrigen als „Henker“ bezeichnet, also verharmlosend zu bloßen Ausführenden eines systemischen Unrechts gemacht. In Putins Amtszeit 2008-2012 falle dann das Ende der „Archivrevolution“. Seither werde der ohnehin schon beschränkte Zugang zu den Akten schrittweise mittels bürokratischer Hürden eingeschränkt. Seit dem 24. Februar 2022 ist der Zugang zu den Archiven kaum mehr möglich.

Irina Scherbakowa berichtete über die Enteignung und Liquidierung von Memorial. Sie selbst hat Russland nach dem Kriegsausbruch verlassen. In den Jahrzehnten davor war sie führend an der Arbeit von Memorial beteiligt, wozu der Aufbau eines großen Archivs zu GULAG und Terror gehörte. Ihre Organisation hat für Gedenkbücher und Opferlisten recherchiert, um die Opfer des Stalinismus zu benennen. Einige Memorial-Historiker sind nach Kriegsbeginn in Russland geblieben und bestrebt, noch irgendwie mit den Archiven zu arbeiten. Jene Mitarbeiter, die das Land verlassen haben, versuchen von außerhalb der Landesgrenzen ein digitales Archiv aufzubauen.

Susanne Schattenberg, die auch Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ist, berichtete von der Hoffnung ihrer Mitarbeiter, nach Corona endlich wieder in die russischen Archive reisen zu können. Die Situation kippte aber Anfang 2022 in Resignation um. Es brachen wissenschaftliche und private Kontakte ab. Forschungsreisen sind nicht mehr möglich. In der Folge änderten sich rasch die Forschungsthemen: Positive Forschungsfragen zu Russland sind aktuell nicht bearbeitbar. Arbeiten, die sich auf Archivforschungen stützen, können nicht fortgeführt werden. Es betrifft das gesamte Selbstverständnis der Osteuropaforschung.

Katja Makhotina sagte, dass Geschichtsforschung im aktuellen Russland stark

politisiert sei, was eine sachliche Stalinismus-Aufarbeitung nahezu unmöglich mache und Historiker der Gefahr strafrechtlicher und politischer Verfolgung aussetze. Der Umgang mit Stalin sei ambivalent, Teile seiner Politik würden verurteilt, es gebe Mahnmale für die Opfer. Anderes werde verklärt, manches beschönigt oder normalisiert – je nach politischem und subjektivem Bedarf. Die russische Gesellschaft sei im Hinblick auf Stalin gespalten: Ein Drittel der Bevölkerung sei unentschieden, ein Drittel pro Stalin, ein Drittel antistalinistisch. Positiv würden mit Stalin der Sieg über Nazideutschland und die weltpolitische Stärke Russlands assoziiert, wobei die stalinistischen Verbrechen in den Hintergrund rückten. Aufarbeitung sei hier nicht erwünscht. Eine staatliche Aufarbeitung gebe es kaum. Die Initiative hierzu müsse von den Einzelnen selbst kommen, sich ihrer Familiengeschichte zu stellen. Das sei teils traumatisch. In vielen Familien gebe es Opfer und Täter innerhalb einer Familie zugleich. Das erschwere die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte massiv. Memorial z. B. habe hier die Forschungsmöglichkeiten mit seinem Archiv der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Den Willen und das Bewusstsein, dieses Material auszuwerten, müsse jedoch die Bevölkerung selbst entwickeln.

Putin versuche schon seit Beginn seiner Amtszeit, die Erzählung eines starken Russlands zu etablieren. Kritik am Stalinismus werde hier schnell als antipatriotische Kritik am Staat ausgelegt und sei nicht erwünscht, so Scherbakowa. Auch heute gebe es noch Aufarbeitungsarbeit einzelner Akteure, aber ihre Arbeit werde immer schwieriger. Putin habe kein Interesse an freier, ergebnisoffener Geschichtsforschung. Doch nicht nur er, sondern viele seiner Anhänger hätten kein Interesse an faktenbasierter Wissenschaft. Geschichte werde zum Zweck politischer Propaganda instrumentalisiert, statt Wissenschaft wünsche Putin Geschichtsmythen und Verfälschungen, die ihm politisch nützen. Ein Grund liege auch im Bedeutungsverlust des Imperiums in den 1990er-Jahren. Putin sei es gelungen, zum Zwecke seiner eigenen Machtlegitimation die Erzählung der russischen Größe propagandistisch zu reaktivieren.

Noch ein Wort zu Wladislaw Hedeler: Er moderierte nicht bloß das Gespräch, sondern konnte dabei als einer der renommiertesten Stalinismus-Forscher, die es hierzulande gibt, auf seine eigenen Erfahrungen in Russland und in russischen Archiven zurückgreifen. Er verwies darauf, dass der russische Buchmarkt mit Massenauflagen preiswerter, mythologisierender und inhaltlich schwacher Geschichtsbücher überschwemmt werde, während die Publikationen von z. B. Memorial kleine Auflagen hätten und kaum zu finden seien. Die russischen Medien würden den Rest erledigen, um die Geschichte zu verfälschen.

Seine abschließende Frage lautete, ob in der Kommunismus-Forschung nun der Blick auf den stalinistischen Terror in den Hintergrund treten werde – zugunsten der Frage nach der russisch-sowjetischen Imperialismus-Geschichte in Bezug

auf die Teilrepubliken und den ehemaligen Ostblock. Susanne Schattenberg verortete die große Zeit der Terroraufarbeitung auf die 1990er-Jahre. Danach sei die Forschung inhaltlich und chronologisch weitergezogen. Sie habe sich nun schwerpunktmäßig den Jahren von Chruschtschow und später Breschnew zugewandt. Zuletzt sei die Wissenschaft bei der Aufarbeitung von Glasnost und Perestroika angekommen. Durch den Krieg habe sich die Lage gravierend geändert. Statt Forschungskooperationen mit Moskau aufzubauen, dürfte sich der Fokus zukünftig auf die Aufarbeitung der Geschichte in den ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken richten, etwa nach Tiflis oder Almaty. Die FU Berlin habe z. B. ihr Kooperationsbüro schon von Moskau nach Tiflis verlegt. Weitere Institutionen werden folgen. Damit verlagere sich die Forschung auf die ehemaligen Sowjetrepubliken. Schattenberg warnte vor diesem Hintergrund davor, SU-Geschichte nur noch als Kolonialgeschichte zu deuten. Es sei sehr gefährlich, diese Vergangenheit etwa mit der Kolonialgeschichte Afrikas gleichzusetzen.

Doch nicht nur im Westen sei geschichtspolitische Aufmerksamkeit nötig. Scherbakowa prognostizierte, dass die russischen Schulbücher fortan die Ukraine nicht mehr (faktenbasiert) thematisieren würden. Auch die Geschichte des GULAG werde daraus verschwinden. Putin führe gleichfalls Krieg gegen die Geschichte und die Historiker. Sich dagegen zu wehren, werde ein sehr schwieriger Weg sein.

Das ganze Gespräch ist in der Mediathek der Hellen Panke als Videomitschnitt zu finden: https://www.helle-panke.de/de/topic/100.mediathek.html

Alexander Amberger

Zum Inhaltsverzeichnis

Vom Felsenkeller nach Falkenstein und zurück.

Einige Bemerkungen zur gegenwärtigen Pflege des Erbes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Sachsen[1]

In der Bundesrepublik wurde der 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 2021 auf unterschiedliche Weise begangen. Als gebürtiger Leipziger, der in der Berliner (genauer Pankower) Diaspora aufwuchs, freue ich mich, über die einschlägigen Aktivitäten im Freistaat Sachsen zu berichten:

Zu einem Kristallisationspunkt der erinnerungspolitischen Aktivitäten, die weit über Sachsen ausstrahlen, entwickelte sich der Felsenkeller – eine rekonstruierte und revitalisierte einstige Versammlungs- und Vergnügungsstätte der Leipziger Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung. Einiges daraus wirkt in unsere Gegenwart und manches gewiss auch in die nächste Zukunft weiter. Darauf will ich in meinen folgenden Darlegungen ebenso einen Blick werfen wie auf ein kühnes editorisches Projekt: eine historisch-kritische Faksimile-Ausgabe der Breslauer Gefängnismanuskripte von Rosa Luxemburg.

Aber der Reihe nach. An das Wirken des gebürtigen Leipzigers Karl Liebknecht und seiner Kampfgefährtin Rosa Luxemburg wird in unserer Stadt auf vielfältige Weise erinnert. An zwei städtischen Erinnerungsorten geschieht dies in besonderer Weise: Da ist zunächst das Geburtshaus von Karl Liebknecht in der Braustraße 15 zu nennen. Heute ist es als Sitz der Leipziger LINKEN stadtbekannt. Die Wohnung im Erdgeschoss des Liebknecht-Hauses galt einst als Aktionszentrum und politischer Brennpunkt der „Bebel-Liebknecht´schen Parteirichtung". Heute befindet sich dort eine kleine, aber feine Stätte der Erinnerung an Vater Wilhelm und Sohn Karl Liebknecht.

Beim bereits erwähnten Felsenkeller im Leipziger Westen handelt es sich hingegen um ein ehemaliges Ballhaus und eine der traditionsreichsten Versammlungsstätten der proletarischen Emanzipationsbewegung in der Buch- und Messestadt. An zwei bedeutsame Auftritte Rosa Luxemburgs in den Jahren 1911 und 1913 wird im Felsenkeller seit dem 5. März 2021 – ihrem 150. Geburtstag – nicht nur mit einem Denkzeichen erinnert. Ihre Präsenz an mehreren Orten in der Stadt – im öffentlichen Raum gibt es noch eine Büste von ihr in der Gustav-Freytag-Straße – hat gewiss mehrere Gründe. Der wohl wichtigste Grund dürfte die enge, mitunter aber auch nicht unproblematische Beziehung sein, die Rosa Luxemburg mit der aufstrebenden sächsischen Handelsmetropole an der Pleiße verband. Bei Duncker & Humblot in Leipzig erschien 1898 Luxemburgs Zürcher Disserta-

1 Öffentlicher Vortrag, gehalten am 6. Mai 2023 anlässlich der 32. Jahresversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.

tionsschrift „Die industrielle Entwicklung Polens“. Von 1898 bis 1913 war sie die berühmteste Autorin und zugleich Abonnentin der „Leipziger Volkszeitung“. In diesem Zeitraum wurden in mehr als 171 Ausgaben des Blattes Beiträge aus ihrer Feder veröffentlicht. Mit ihrer politischen Haltung und dem glänzenden Stil trug sie dazu bei, dass die „Leipziger Volkszeitung“ teilweise bis zu 100 neue Abonnenten pro Woche hinzugewann. Als ihr 1902 nach dem Tod von Bruno Schoenlank die Chefredaktion des Blattes angetragen wurde, schlug sie das Angebot aber aus. Es gab in der Folgezeit dann gewisse Spannungen und verletzte Eitelkeiten zwischen ihr und dem neuen Chefredakteur Franz Mehring, die aber 1904 zwischen beiden ausgeräumt werden konnten.

Rosa Luxemburg besuchte die Messestadt nachweislich 14-mal. In Leipzig hielt sie sieben Reden; der letzte Auftritt am 6. Juli 1916 – eine illegale Verrammlung in Kasslers Festsälen in Volkmarsdorf – trug ihr eine Verurteilung zu sechs Wochen Gefängnishaft ein. Sie sprach in den traditionsreichen Versammlungsstätten der Leipziger Arbeiterinnen und Arbeiter wie dem Volkshaus, dem leider nicht mehr erhaltenen Pantheon in der Dresdner Straße oder, wie bereits erwähnt, dem Felsenkeller. Als charismatische Rednerin erreichte Rosa Luxemburg ein großes Publikum, zuweilen mehrere Tausend Menschen, die jeweils unmittelbar vor Ort waren, direkt. Durch die Verbreitung der Reden in der „Leipziger Volkszeitung“ wurde diese Zahl potenziert.

Nach der Lektüre der temperamentvollen Reden mit teils frappierenden Aktualitätsbezügen stellt sich immer wieder Erstaunen ein: Welche Strapazen hat diese zierliche junge Frau während so einer Agitationstour auf sich nehmen müssen, wohlgemerkt ohne moderne Logistik, Lautsprecher und Reisekomfort.

Das war auch der Fall, als sie am 27. Mai 1913 ihre berühmte Rede „Die weltpolitische Lage“ im Felsenkeller hielt.

Vielleicht sind an dieser Stelle ein paar Anmerkungen zum Genius Loci sinnvoll: Bei dem bereits mehrfach erwähnten Felsenkeller handelt es sich um ein ehemaliges Ballhaus im Leipziger Ortsteil Lindenau. Es befindet sich auf dem Eckgrundstück Karl-Heine-Straße 32 / Zschochersche Straße 14. Das Gebäude, dessen augenscheinlichstes Merkmal der von einer barocken Kuppel gekrönte Eckturm ist, wurde im Jahr 1890 von den Leipziger Architekten August Hermann Schmidt und Arthur Johlige für die 1828 gegründete Brauerei C. W. Naumann im neobarocken Stil errichtet. Es erhielt seinen Namen nach dem seit 1844 etwas weiter nördlich gelegenen Alten Felsenkeller, der als Bierlager diente. Über dem Keller wurde seinerzeit ein „Etablissement“ errichtet, von dessen Terrasse sich ein schöner Ausblick auf die Elsteraue und die Stadtsilhouette Leipzigs bot.

Der bis heute vielfältig genutzte große Festsaal diente, wie bereits angedeutet, über viele Jahre der Leipziger Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung als Versamm-

lungslokal. Hier hatte Karl Liebknecht am 12. Februar 1905 die russischen Revolution gewürdigt. Am 14. Mai 1920 redete Clara Zetkin über die bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen. Ernst Thälmann war am 25. Oktober 1926 und am 19. Juni 1930 aus dem gleichen Anlass Gastredner im Hause. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb der Felsenkeller ein Ort der gesellschaftlichen Kommunikation. Am 23. März 1946 konstituierte sich dort die Leipziger Stadtorganisation der Freien Deutschen Jugend. Vom 29. bis 31. März 1946 trat im großen Saal der Bezirksparteitag der Leipziger SPD zusammen, dessen 537 Delegierte am 30. März 1946 die sofortige Vereinigung mit der Leipziger KPD zur SED beschlossen.

Während der DDR-Jahre war das Haus ein beliebtes kulturelles Zentrum, Versammlungssaal und Gaststätte. Es wurde für Konferenzen und Betriebsveranstaltungen, aber auch Jugendweihe, Tanzschulbälle und Abiturfeiern genutzt. Auf diese Weise prägte der Felsenkeller die lokale Identität mehrerer Generationen.

Nach einer teilweisen Rekonstruktion in den 1980er-Jahren wurde der Gebäudekomplex in den 1990er-Jahren als Möbelhaus genutzt, bevor er dann einige Jahre leer stand. Seit 2005 durch den engagierten Eigentümer aufwendig saniert, erstrahlt der Felsenkeller heute in neuem Glanz und ist fester Bestandteil des soziokulturellen Lebens der Stadt.

Anlässlich des 150. Geburtstages von Rosa Luxemburg konnten wir der Öffentlichkeit am 5. März 2021 vor dem Hauptportal ein Denkzeichen zur Erinnerung an die berühmte Rede vom 27. Mai 1913 übergeben. Wie Sie sicher wissen, hatte sich Rosa Luxemburg in dieser Rede leidenschaftlich mit der imperialistischen Kriegspolitik und dem internationalen Wettrüsten auseinandergesetzt und vor Illusionen gewarnt: „Solange das Kapital herrscht“, so ihr Hauptargument, „werden Rüstungen und Krieg nicht aufhören“. Rosa Luxemburgs friedenspolitisches Credo hat bis heute nichts von seiner Aktualität verloren. Deshalb steht genau dieser Satz in metallenen Lettern auf den Granitplatten, die in das Pflaster des Gehweges eingelassen sind. Damit gleicht das Denkzeichen einem riesigen Stolperstein im öffentlichen Raum. Die Namen der weit über 100 Spenderinnen und Spender des Denkzeichens sind auf einer Tafel im Foyer dokumentiert.

Das Andenken an Rosa Luxemburg im Felsenkeller wird außerdem mit einer großen Fotocollage im Foyer sowie in „Rosas Salon“ gepflegt: das nach ihr benannte Lesezimmer in Naumanns Restaurant beherbergt eine stattliche Büchersammlung, eingeschlossen ihre gesammelten Werke und Briefe. Als Blickfang erfreut sich ein popartiges Luxemburg-Porträt inmitten der Regalwand wegen seiner dem Betrachter zuzwinkernden Augäpfel der besonderen Gunst des Publikums. Mit seinem unverwechselbaren Ambiente ist „Rosas Salon“ inzwischen nicht nur ein gastronomischer Anziehungspunkt, sondern längst auch ein beliebter Veranstaltungsort für interessante Debatten.

Mit Hilfe der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung erhielt unser authentischer

Erinnerungsort im Oktober 2022 eine weitere Attraktion, nämlich Ingeborg Hunzingers vieldeutige Terracottastelen für Mathilde Jacob und Karl Liebknecht. Für die großzügige Schenkung möchte ich auch hier und heute nochmals der Bundesstiftung und dem Parteivorstand der LINKEN herzlich danken.

Die 1999 vollendeten Reliefstelen aus rotem Terracotta standen ursprünglich auf dem Franz-Mehring-Platz in Berlin-Friedrichshain und bildeten dort den Hintergrund für das Rosa-Luxemburg-Denkmal von Rolf Biebl. Sie hatten sicher Gelegenheit, die Kunstwerke dort aus der Nähe zu betrachten: Vor der Kulisse der zertrümmerten Stadt Berlin erblicken wir auf der rechten Stele Rosa Luxemburgs Vertraute Mathilde. Schräg darunter begegnen wir ihr erneut, nunmehr aber in der gekrümmten Gestalt einer nach Theresienstadt deportierten Jüdin.

Die linke Stele besitzt einen gekuppelten und gerundeten Abschluss. Er gemahnt an einen traditionellen jüdischen Doppelgrabstein. Darunter befindet sich die halbfigurige Gestalt Karl Liebknechts. Weiter unten stürzen zwei Menschen kopfüber ins Nichts, Liebknecht und Luxemburg nach ihrer Ermordung. In der unteren rechten Ecke des linken Reliefs erblicken wir schließlich eine hockende, zusammengekrümmte menschliche Gestalt, den entsetzten, aber hilflosen Zeitgenossen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einen besonderen Aspekt des neuen Gedenkortes hervorheben. Der Felsenkeller befindet sich an keiner „normalen“ Leipziger Kreuzung, sondern an einem erlebbaren Kreuzweg der Geschichte.

Was geschieht, wenn statt der Vernunft Imperialismus und Reaktion die Oberhand gewinnen, zeitigte bereits ein Jahr nach Rosa Luxemburgs vielzitierter Rede der Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Eine Generation später brachen die Kräfte, die am 15. Januar 1919 die brutale Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht veranlasst hatten, einen zweiten Weltenbrand vom Zaume, der auch Leipzig große Not und viel Elend bereitete.

Am 18. April 1945, dem Tag der Befreiung Leipzigs von der faschistischen Herrschaft, wurde auf der Kreuzung vor dem Felsenkeller ein Panzer der amerikanischen Befreier abgeschossen. Fünf junge amerikanische Soldaten verloren dabei ihr Leben. Robert Capa hat dieses Geschehen in einem berühmten Foto dokumentiert. Das Bild zeigt hunderte Leipziger, die gleichermaßen neugierig und erschrocken auf den ausgebrannten Panzer schauen. War einer von ihnen 32 Jahre zuvor bei Rosas Rede im Felsenkeller? Wir wissen es nicht. Im September 2020 wurde zum Gedenken an das dramatische Geschehen vom 18. April 1945 ein anrührendes Denkzeichen auf der anderen Seite der Kreuzung enthüllt. Beide Orte – der Felsenkeller auf der einen und das Mahnmal auf der anderen Straßenseite – korrespondieren miteinander und mahnen gemeinsam zum Frieden.

Während die verschiedenen Facetten der Erinnerungskultur im und um den

Felsenkeller ihr Zustandekommen maßgeblich dem Freundeskreis „Rosas Salon“ und dem Förderverein Felsenkeller e. V. verdanken, setzte der Stadtverband der LINKEN mit eigenen Aktivitäten Akzente in der Luxemburg-Ehrung. So wurde am 15. Januar 2022 anlässlich des jährlichen Gedenkens an den Tag ihrer Ermordung im Geburtshaus von Karl Liebknecht in der Braustraße eine neue Ausstellung unter dem Titel „In Rosas Schatten“ eröffnet. Das Projekt entstand im Zusammenwirken mit dem Warschauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Förderverein Felsenkeller e. V.

Die Ausstellung besteht aus elf großformatigen Tafeln und ist Rosa Luxemburgs Geschwistern gewidmet. Mikołaj, Anna, Maxymilian und Józef kamen allesamt wie sie selbst in Zamość zur Welt. Ein aufmerksamer Blick in die überlieferten Briefe Rosa Luxemburgs verrät schnell, wie eng sie den älteren Brüdern und der Schwester zeitlebens verbunden war. Der Blick auf Rosa Luxemburgs Geschwister ist in den Kontext geschichtlicher Ereignisse eingebettet, ohne die eine Familiengeschichte gar nicht mehr zu begreifen ist. Die Ausstellung dokumentiert auf berührende Weise, wie sehr Rosa Luxemburgs Familie mit dem Schicksal der polnischen Juden im 20. Jahrhundert verknüpft ist. Dabei werden auch viele Umstände erhellt, die lange im Dunkeln geblieben waren.

Die Ausstellung wurde vom Juli bis Dezember 2021 zunächst in der Synagoge der Geburtsstadt Zamość gezeigt. Den Erfolg bezeugen 15.000 Besucherinnen und Besucher. Von ihnen seien, so Kurator Holger Politt, viele „erstmals mit Rosa Luxemburg in Berührung gekommen“. Zusammen mit seinem polnischen Kollegen Krystof Pilawski hatte Politt das Material für die Ausstellung zusammengetragen. Ausgangspunkt ihrer Recherchen war der skandalöse Umstand, dass seit 2018 in Zamość nichts mehr an die berühmteste Tochter der Stadt und ihre Angehörigen erinnert. Bekanntlich hatte die polnische Regierung in ihrem antikommunistischen Furor eine im Jahre 1979 angebrachte Gedenktafel entfernen lassen. Unser Freund Holger Politt versuchte leider vergebens, das wertvolle Erinnerungsstück für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu erwerben.

Die regierungsoffizielle Auslöschung der sichtbaren Erinnerung an Rosa Luxemburg in ihrer Geburtsstadt veranlasste Politt und Pilawski, sich intensiv mit der Familiengeschichte zu beschäftigen. Das vorläufige Ergebnis ihrer Recherchen in Polen und anderen Ländern dokumentiert das 2020 vom Hamburger VSA-Verlag verlegte Buch „Rosa Luxemburg: Spurensuche“. Es gelingt den Autoren auf eindringliche Weise, vieles von dem, was in Archiven schlummerte und im öffentlichen Raum an Rosa Luxemburgs Herkunftsfamilie erinnert, erstmals in zusammenhängender Form sichtbar zu machen.

Dieses Buch und die korrespondierende Ausstellung im Leipziger Liebknecht-Haus, die inzwischen auch in Heidelberg und Neubrandenburg ihr Publikum fand, rücken die bisher unterbelichtete „polnische Seite“ Rosa Luxemburgs in den

Fokus der Aufmerksamkeit. Sie liefern erstaunliche Einblicke in eine Familie, in der die fünf Kinder eine umfassende Bildung erhielten; in der Polnisch die erste Sprache war, mit der Mutter indes auch Deutsch gesprochen wurde, Russisch den Schulalltag prägte, Französisch unter den Geschwistern gepflegt und Hebräisch gelesen wurde.

Politt und Pilawski dokumentieren, wie eng die Geschwister zeitlebens miteinander verkehrten; mutmaßlich nahmen alle drei Brüder und Schwester Anna am 13. Juni 1919 an der Trauerfeier für Rosa Luxemburg in Berlin teil. Wie die Autoren zeigen, prägte das „Jahrhundert der Extreme" auch das spätere Schicksal weiterer Familienmitglieder: Ich möchte dafür wenigstens ein Beispiel anführen. Auf einem Ausstellungsfoto sind Nichten und Neffen Rosa Luxemburgs abgebildet. Zwei Neffen endeten tragisch: Einer wurde als polnischer Offizier im Frühjahr 1940 im Wald von Katyn ermordet, während der andere als Widerstandskämpfer von den deutschen Besatzern im KZ Maidanek hingerichtet wurde. Bernhard Borde, ein Enkel von Józef Luxemburg, hatte hingegen Glück und konnte sich noch im hohen Alter an der Spurensuche nach seiner berühmten Verwandten beteiligen.

Nach diesen Anmerkungen zum tragischen Schicksal von Rosa Luxemburgs Verwandten möchte ich mich nun Karl Liebknecht zuwenden: Vielleicht erlauben Sie zunächst ein wenig Lokalkolorit: Als geborener Leipziger war Karl Liebknecht ein waschechter Sachse. Und so wird es keine allzu große Verwunderung auslösen, dass sein 150. Geburtstag 2021 in der Heimatstadt auf vielfältige und würdige Weise begangen wurde. Eine besonders wichtige – weil städtisch-offizielle Aktivität – war zweifellos die Studioausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum, auch wenn der provokative Titel „Held oder Hassfigur. Der Leipziger Liebknecht" nicht jedermanns Sache war. In der Ausstellung wurde erstmals Liebknechts Brille präsentiert. Enkeltochter Maja-Karlena Liebknecht hatte das Artefakt, das auf meine Anregung anschließend dem Museum übergeben wurde, in einer Moskauer Wohnung wiederentdeckt. Mit seltenem Sprachwitz überschrieb das allgegenwärtige Boulevard-Blatt in Anlehnung an eine populäre Optikerwerbung ihre Ausstellungsnotiz mit „Brille: Liebknecht". Zu den Prunkstücken der Ausstellung gehörte das Porträt, das Sohn Robert Ende der 1920er-Jahre in zwei Fassungen gemalt hatte. Glücklicher Weise konnte das Museum das Gemälde inzwischen von Liebknechts Enkelin Marianne erwerben. Seit dem 1. September 2022 besitzt es in der Dauerausstellung zur Geschichte Leipzigs im Alten Rathaus einen exponierten Platz.

Anlässlich des 150. Geburtstages wurde Karl Liebknecht auch noch mit einer zweiten Ausstellung – und wie könnte es anders sein, natürlich in seinem Geburtshaus in der Braustraße 15 – geehrt. Am 12. August 2021, dem Vorabend des Geburtsjubiläums, wurde im Beisein der Vorsitzenden der Bundestagsfrak-

tion der LINKEN Amira Mohamed Ali die von Sandra Schröpfer und Tobias Bank kuratierte Ausstellung „Karl Liebknecht in Zeit und Bild“ eröffnet. 30 Tafeln veranschaulichten in moderner Bild- und Textsynthese den Lebensweg des charismatischen Rechtsanwalts und Politikers. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand dessen Wirken als Reichstagsabgeordneter des sogenannten Kaiserwahlkreises Potsdam-Osthavelland-Spandau, den Liebknecht 1912 auf sensationelle Weise gewonnenen hatte.

Topgrafisch ist es von dort nur ein Katzensprung nach Hennigsdorf, wo Liebknechts Enkeltochter Maja-Karlena wohnt, Cousine Marianne ist in Wien beheimatet.

Vielleicht sind an dieser Stelle ein paar persönliche Bemerkungen über die beiden Damen, mit denen ich seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden bin, erlaubt. Obwohl inzwischen 91 und 82 Jahre alt, sind sie nach wie vor gerne in der Geburtsstadt ihres Großvaters zu Gast, auch um dazu beizutragen, dass sein Andenken dort lebendig bleibt. Zuletzt waren beide am vorjährigen Weltfriedenstag gemeinsam in Leipzig. Sie ließen es sich nicht nehmen, einen anstrengenden Besuchstag im Felsenkeller zu beschließen. Sie genossen es dort, in dem Saal zu stehen, in dem ihr Großvater am 12. Februar 1905 zweieinhalbtausend Arbeiterinnen und Arbeitern begeistert hatte.

Besonders gern erinnere ich mich an eine Veranstaltung mit beiden Enkeltöchtern am 1. Dezember 2018. An diesem Tag präsentierten wir in ihrem Beisein im Liebknecht-Haus eine Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen aus der Feder von Annelies Laschitza: *„Karl Liebknecht. Advokat und Parlamentarier mit Charisma“* (Rosa-Luxemburg-Forschungshefte 15). Der Verkaufserfolg war beträchtlich: Enthusiasmierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Buchpräsentation erwarben mehr als 60 von Maja und Marianne Liebknecht signierte Exemplare. Als ich der Autorin davon berichten wollte, ging sie leider nicht mehr ans Telefon, sie verstarb wenige Tage später.

Es ist hier nicht der Ort, all das zu würdigen, was die gebürtige Leipzigerin für die Liebknecht-Biografik geleistet hat; ich habe mich bereits an anderer Stelle darum bemüht. Dessen ungeachtet, sei ein Hinweis auf die anrührende Anthologie mit Karl Liebknechts Briefen an seine Kinder erlaubt, die unsere Freundin Annelies 1992 unter dem Titel „Lebt wohl, Ihr lieben Kerlchen!“ herausgab. Das Büchlein enthält auch Zeichnungen von Robert Liebknecht und eine Abbildung von dessen bereits erwähntem Gemäldeportrait des Vaters. Die Herausgeberin vermittelte mir dankenswerter Weise den persönlichen Kontakt zu dem in Paris lebenden Maler, der damals bereits auf das 90. Lebensjahr zuschritt. Die Erinnerung an das Interview, das Karl Liebknechts Enkel Robert Holger Becker und mir als „Zeuge der Zeitgeschichte“ für die sozialistische Tageszeitung „Neues Deutschland“ gewährte, erfüllt mich noch heute mit Freude und Genugtuung.

Das Gespräch wurde am 19. Februar 1992 in der Zeitung dokumentiert und später auch in einem Buch mit erhellenden Auskünften anderer Jahrhundertzeugen veröffentlicht.

In ihrer letzten Schaffensphase, dies sollte nicht unerwähnt bleiben, verdross es Annelies Laschitza, dass Karl Liebknecht in den Hintergrund des öffentlichen Interesses geriet und auch der Erinnerungskultur der Linken zusehends entschwand: „Da werde ich wohl noch einmal mit einer kleineren Arbeit über den ungestümen Kämpfer voller Leidenschaft prononciert vorstoßen müssen", heißt es dazu in der Bilanz ihres Forscherinnenlebens „Sich treu bleiben und heiter sein …" Dieser Selbstverpflichtung hat sich unsere Freundin nochmals mit unglaublicher Kraft gewidmet. Niemand konnte allerdings ahnen, dass Heft 15 der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte ihre letzte Publikation und damit ihr wissenschaftliches Vermächtnis werden sollte. Anknüpfend an eigene und die Forschungen des Leipziger Historikers Matthias John werden in dieser komprimierten biografischen Darstellung zwei Tätigkeitsfelder beleuchtet, auf denen Karl Liebknecht besonders nachhaltig gewirkt hat: nämlich als Advokat, den seine politischen Gegner fürchteten, und als rebellischer Parlamentarier. Die Autorin schildert pointiert, mit welcher Leidenschaft Liebknecht für Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden stritt. „Sein Vermächtnis" so ihr Credo, „weist reichlich ungeahnte Anregungen von aktuellem Wert auf, die möglichst in vielfältiger Art wahrgenommen und beachtet werden sollte".

Nachdem ich ihn schon kurz erwähnte, ist es an der Zeit, einen Leipziger Autor zu würdigen, der sich seit Jahr und Tag in besonderer Weise um das Werk und Wirken Karl Liebknechts verdient macht, nämlich meinen geschätzten Kollegen Dr. Matthias John. Vielleicht hatte der eine oder andere von Ihnen bereits dessen subtile Rekonstruktion des Bildungsganges seines Helden in den Händen. Mathias John ist ein archivalischer Schatzgräber, bewunderungswürdiger Spürsinn und der lange Atem des Editors gehören zu seinen Markenzeichen. Er hat sich seit Längerem einem ehrgeizigen Vorhaben verschrieben. Es handelt sich, man höre und staune, um eine mehrbändige Dokumentation aller Prozesse, an denen Karl Liebknecht beteiligt war, im Spiegel der zeitgenössischen Presse. 2022 sind bereits zwei Bände erschienen. Der erste Teil des zweiten Bandes ist dem spektakulärsten Fall in Liebknechts Anwaltskarriere, dem Königsberger Hochverrats- und Geheimprozess aus dem Jahre 1904 gewidmet.

Von Matthias John erfahren wir, dass Liebknecht – der bekanntlich mit seinem Bruder Theodor eine gemeinsame Kanzlei betrieb – zwischen 1900 und 1914 an mindestens 218 Prozessen als Klagevertreter, Verteidiger, Angeklagter, Sachverständiger oder Zeuge beteiligt war. Folgt man John, so war Liebknecht eher ein politischer als ein Armenanwalt, wenngleich er auch Dienstmädchen, Heimarbeiterinnen, Hausfrauen, Wirtinnen und einen wegen vermeintlichen Betrugs

angeklagten Bettler vor Gericht vertrat. 1904 verteidigte er sogar zwei minderjährige Schulmädchen die der räuberischen Erpressung von fünf Pfennigen geziehen wurden.

Er übernahm aber auch bei Eigentumsdelikten, Beleidigung, Hausfriedensbruch, ruhestörendem Lärm, Unterschlagung, Urkundenfälschung, fahrlässigem Umgang mit Schusswaffen, Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz, Körperverletzung, Meineid oder Kindesentziehung Mandate. Diese Aufzählung bezeugt enorme juristische Fachkompetenz, die es ermöglichte, Anklagen zu Fall zu bringen. Neben Kurt Rosenfeld, Wolfgang Heine, Hugo Heinemann und Hugo Haase zählte Karl Liebknecht deshalb zu den herausragenden Anwälten der deutschen Sozialdemokratie.

Die schwierigen Bedingungen unter denen sie ihre Mandanten vertraten, die politischen Zumutungen, denen der Wilhelminische Anwaltsstand seinerzeit ausgesetzt war, erhellt folgende Episode: Als Liebknecht zu Beginn des Jahres 1905, wie der „Vorwärts" berichtete, in der Meininger Gaststätte „Omnibus" mit mehreren Berufskollegen „in vergnügter Tafelrunde gutes Bier trank und vortrefflichen Rettich verzehrte", nahm das ein anwesender Assessor und Leutnant der Reserve zum Anlass, um zwei seiner Strafkammerkollegen und weitere Juristen, die als Offiziere ebenfalls diesem Stand angehörten, wegen des einmaligen Verkehrs „mit dem sozialistischen Rechtsanwalt Liebknecht aus Berlin" beim dortigen Ehrengericht des Reserve-Offizierskorps anzuzeigen. Daraufhin ereilte alle Justizbeamte, die mit Liebknecht getafelt hatten, die Zwangsversetzung, während der Denunziant mit der Beförderung zum Landrichter belohnt wurde.

Matthias Johns bisher vorgelegte Bände erweisen sich als Fundgrube für die weitere Erforschung von Karl Liebknechts Leben und Werk. Darüber hinaus eröffnen sie neue Einblicke in die Sozialgeschichte des deutschen Kaiserreiches. Wünschen wir diesem emsigen Forscher und der trafo Verlagsgruppe Fortune und die notwendigen finanziellen Ressourcen, um das bemerkenswerte Projekt erfolgreich vollenden zu können.

Auch wenn es mein Thema nur indirekt berührt, möchte ich an dieser Stelle noch aus einer unlängst erschienenen Publikation zitieren, die ebenfalls mehrere Bände umfasst, aber einer anderen wichtigen Gestalt der deutschen Arbeiterbewegung gewidmet ist, die im Unterschied zu Karl Liebknecht leider fast völlig aus dem öffentlichen Bewusstsein entschwunden war. Die Rede ist von Paul Levi. Unter dem programmatischen Titel „Ohne einen Tropfen Lakaienblut" hat unser Berliner Freund und Kollege Jörn Schütrumpf in den vergangenen Jahren sieben imposante Bände mit den Schriften, Reden und Briefen von Levi im Karl Dietz Verlag als Herausgeber ediert und kommentiert. Das ist eine Pioniertat, die nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Levi ist einer der wenigen Überlebenden des engeren Führungszirkels der Spartakusgruppe. Nach der Ermordung Leo Jo-

giches am 10. März 1919 war er, wie Sie wissen, zwei Jahre lang Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands. Bis zu seinem frühen Tod im Jahre 1930 verteidigte er wie nur wenige die Luxemburgische Denktradition.

Seine Trauerrede vom 2. Februar 1919 sollte neben Paul Celans Todesfuge und Rosa Luxemburgs „Büffelbrief" in den deutschen Schullesebüchern stehen. Erlauben Sie bitte, dass ich daraus die Textpassage über die Ablehnung der Kriegskredite am 2. Dezember 1914 zitiere: „Wenn ich ein Maler wäre, so würde ich Karl Liebknecht malen, wie er an diesem Tage stand: Mutterseelenallein in einem kleinen Kahn auf hoher See und um ihn her die tosenden Gewitter, das Heulen des Sturmes und die brechenden Wogen – und in all der Wüste und all dem Lärm und Geheul ein Mann, der sich nicht fürchtet und sagt: Nein! Wo ward je in der Geschichte solche Stärke des Glaubens, solche Unerschrockenheit und solche Unbeugsamkeit des Willens gesehen, wie an jenem Tage, da Karl Liebknecht dies eine Wort sprach! Es war eine Tat, ungeheuer an Mut und ungeheuer an Wirkung. Er hat mit diesem Worte eine Welt neu geschaffen."

Liebe Freundinnen und Freunde, obwohl die Gefahr groß ist, dass ich Ihre Geduld über Gebühr strapaziere, möchte ich zum Abschluss meines Vortrages, noch einen Rückblick auf die für uns alle schwierigen Jahre nach 1989 wagen. Wie der eine oder andere von Ihnen unschwer bemerken wird, werde ich dabei auch einige Überlegungen und Formulierungen meines Freundes Manfred Neuhaus verwenden.

Obwohl die berühmte Metapher „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden" in aller Munde war, gehörte nach den Wendewirren der frühen Neunzigerjahre Mut und Gottvertrauen dazu, Rosa Luxemburg zur Namenspatronin zu erwählen. Im März 1991 war ich mit dabei, als Juliane Krummsdorf, Walter Markov und Helmut Seidel in Leipzig dazu einluden, einen Verein zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung zu gründen. Rosa Luxemburgs Freiheitsmetapher hat uns seither begleitet. Sie inspirierte Helmut Seidel zum programmatischen Selbstverständnis und den leider vor zwei Wochen verstorbenen Hans Rossmanit zu einem markanten Umschlag für die ersten Veröffentlichungen des Vereins.

Vor drei Jahrzehnten, am 17. Dezember 1992, war die Freiheitsmetapher Gegenstand eines ersten Rosa-Luxemburg-Kolloquiums, das Manfred Neuhaus und Klaus Kinner gemeinsam mit dem Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg" ausrichteten. Die Brandenburger Freunde zählten damals zu den wenigen, die sich, uns gleich, von Anfang an auch im Vereinsnamen zu Rosa Luxemburg bekannten. Das Kolloquium trug den bezeichnenden Titel „Das Paradoxon von der ‚Freiheit der Andersdenkenden' als editionsphilologische Aufgabe". Frank Andert, Sylva Fiedler, Carolyn Kühne und Peter Möbius hatten die Breslauer Gefängnismanuskripte neu entziffert, diplomatisch transkribiert und als Probestück im Nebenfachstudiengang Editionswissenschaft eine textkritische

Ausgabe der Breslauer Gefängnismanuskripte vorgelegt. Darin adaptierten die damals jugendlichen Enthusiasten textologische Innovationen der Marx-Engels-Gesamtausgabe, um die komplizierte innerhandschriftliche Textentwicklung ähnlich einer Partitur und im Vergleich zu bisherigen Ausgaben plausibler und moderner darzustellen. Es war ein Segen, dass Annelies Laschitza das Projekt kritisch begleiten konnte. Was unsere verstorbene Freundin, Günter Radczun und Feliks Tych geleistet haben, um das literarische Erbe Rosa Luxemburgs für künftige Generationen zu bewahren, lassen Sie mich das wenigstens erwähnen, war bewunderungswürdig. Für alle drei galt der kategorische Imperativ des Historikers. Er umfasst nur zwei Worte, die seit Erasmus und Melanchthon für die Rückbesinnung auf die Originaltexte stehen: ad fontes – zu den Quellen. Die Beherzigung dieses Grundsatzes mag Annelies Laschitza stets wie ein innerer Kompass davor bewahrt haben, auf dem schmalen Grat zwischen erwarteter Loyalität und intellektueller Selbstbehauptung die Balance zu verlieren. Ihre penible Rekonstruktion der Debatten, Gemeinsamkeiten und gravierenden Differenzen zwischen Luxemburg und Lenin lieferte die Argumente, um das Vollständigkeitspostulat der Editionsphilologie gegen die Zensur zu behaupten und das von Stalin, aber nicht nur von ihm verteufelte Manuskript „Zur russischen Revolution" 1974 im vierten Band der „Gesammelten Schriften" zu veröffentlichen. Unsere textkritische Ausgabe baut darauf auf, geht aber darüber hinaus: Sie liefert einige nicht unerhebliche inhaltliche Präzisierungen. Im Unterschied zum erwähnten Band 4 der Werkausgabe, Seite 359, ist die Freiheitsmetapher nun endlich integraler Textbestandteil und nicht mehr Fußnote. Diese hermeneutische Pointe hat bislang niemand so treffend kommentiert, wie unser früh verstorbener Philosophenfreund Volker Caysa. Auch deshalb sei er nun hier zitiert: „Betont sei hier", so argumentiert er auf Seite 23 seiner Luxemburg-Essays, „dass es Rosa Luxemburg nicht einfach um die ‚Freiheit der Andersdenkenden' geht, sondern um die ‚Freiheit der Andersdenkenden, sich zu äussern'. Wer meint, diese Anfügung ‚sich zu äussern' laufe auf eine Einschränkung des Luxemburgschen Freiheitsbegriffs hinaus oder es handle sich hier sogar um eine möglicherweise verfälschende Quisquilie, verfehlt Rosa Luxemburgs Freiheitsauffassung. Denn hier geht es nicht ‚nur' um Meinungsfreiheit, sondern um öffentliche Freiheit, also um einen semantischen Unterschied ersten Grades. Es gibt keine Handlungsfreiheit ohne öffentliche Freiheit – item: öffentliche Freiheit ist Bedingung der Möglichkeit von Handlungsfreiheit überhaupt. Mit der Freiheit der Parrhesia beginnt erst die Befreiung und die Freiheit. Ohne die Möglichkeit sich frei in der Öffentlichkeit per Presse, Vereins- und Versammlungsleben zu äußern, ohne ‚die Schule des öffentlichen Lebens', hat die Idee der Freiheit keine Wirklichkeit für die Volksmassen."

Manfred Neuhaus hat mehrmals darauf verwiesen, dass zwei nicht einflusslose Kritiker der Linken, der Chemnitzer Politologe Eckhard Jesse, und Sven Felix

Kellerhoff, Haushistoriker der „Welt“, seit Jahr und Tag die Auffassung vertreten, Liebknecht und Luxemburg seien als Leitbilder und Figuren der positiven Erinnerung ungeeignet. Selbst das berühmte Zitat rechtfertige keinerlei heutiges Lob. Denn was aus dem Zusammenhang gerissen wie ein Bekenntnis zum Pluralismus, der Grundlage jeder Demokratie klinge, habe sich nur auf abweichende Spielarten der Linken in Russland bezogen. Sie sei daher ebenso wenig wie Karl Liebknecht ein politisches Vorbild.

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 24. Februar des vergangenen Jahres verstieg sich ein ukrainischer Publizist sogar zu der bizarren Meinungsäußerung, Putin habe seine verrückte Idee, die Ukraine sei eine Erfindung Lenins, fast wörtlich von Rosa Luxemburg übernommen. Als schlagender Beweis soll das aus dem ideengeschichtlichen Kontext gerissene Diktum über den ukrainischen Nationalismus aus den Breslauer Manuskripten herhalten. „Diese unlängst von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unkommentiert wiederaufgelegte Hetzschrift“, so Nikolai Klimeniouk wörtlich, „liest sich besonders schräg in der Zeit, in der man alle historischen Figuren mit Hinblick auf ihre kolonialen oder rassistischen Ansichten in Frage stellt“. Wer solche Absurditäten für unmöglich hält, sollte sich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 24. Februar 2022, Seite 9, eines Besseren belehren lassen. „Die polnische Jüdin, von deutschen Rechten ermordet, soll nun den ukrainischen National-Propagandisten nicht im Wege stehen“, kommentierte Erhard Crome am 28. März 2022 im „Blättchen“.

Es gibt also triftige Gründe für eine bearbeitete und erweiterte Neuausgabe unserer bisherigen editorischen Bemühungen. Nach der unerwarteten Resonanz, die Rosa Luxemburgs Herbarium beim Publikum fand, dürfte die an Franz Kafka gemahnende Handschrift der Breslauer Gefängnismanuskripte als modern edierte und kontextualisierte Faksimileausgabe allemal Interesse finden.

Wir sollten aber nicht die Augen davor verschließen, dass der Weg zu einer solchen Ausgabe langwierig, mühsam und entbehrungsreich ist. Um in der Stille zu gedeihen, bedarf solcherart Editionsarbeit selbstloser Förderung. Dann kann sie dafür bürgen, dass bedeutende Texte nicht dem vorzeitigen Vergessen anheimfallen, sondern ihre Sagekraft über Generationen entfalten. Neben der Dignität der Textdarbietung wird dies in hohem Maße durch eine wissenschaftliche Kommentierung verbürgt, die für den Leser statt ideologisch aufgeladener Interpretationsraster plausible Erklärungen bereitstellt und, soweit es überhaupt möglich und erwünscht ist, auch Einblick in das Gedankenlaboratorium der Textschöpferin gewährt. Ich will versuchen, dies am Beispiel der Freiheitsmetapher zu illustrieren, wofür Jörn Schütrumpf wiederum wichtige Argumente beisteuert. Bevor sich die Breslauer Gefängnistore für Rosa Luxemburg öffneten, gelangte eines der hunderttausend Exemplare der „Süddeutschen Monatshefte“, die während des Krieges Monat für Monat verkauft wurden, in ihre Zelle. Es handelte sich um das

Oktoberheft mit Maxim Gorkis Essays „Ein Jahr Russische Revolution". Unter dem Titel „Die neuen Herren" hatte Gorki darin bereits im November 1917 öffentlich die polemische Frage gestellt: „Steckt denn die Leninsche Regierung alle Andersdenkenden nicht ebenso ins Gefängnis, wie es die Romanowsche Regierung machte?" (S. 21/22.) Der hier nur angedeutete Entstehungskontext erlaubt die Hypothese, dass es sich bei der am linken Manuskriptrand offenbar noch vor der Haftentlassung notierten Freiheitsmetapher um nicht mehr aber auch nicht weniger als die Antwort Rosa Luxemburgs auf Gorkis berechtigte Frage handelt. Die von ihr paraphrasierte Quelle, dies sei den zitierten Luxemburg-Kritikern ins Stammbuch geschrieben, lässt keinen Zweifel daran, dass als Diskurskontext das politische System als Ganzes und nicht lediglich abweichende Spielarten der Linken verhandelt wurden.

An Rosa Luxemburg, der tragischen Jahrhundertfigur, sei nichts mehr zu entdecken, sinnierte einst einer der letzten großen Intellektuellen der SPD, nämlich Peter Glotz: „Der berühmte Satz aus ihrem hellsichtigen, erst posthum veröffentlichten Pamphlet über die russische Revolution […] wird inzwischen sogar von den Nachfahren ihrer Feinde respektvoll daher geplappert; [...] Ein Teil der Linken spricht schon nur noch per Vorname von ihr, wie reiche Leute von ihren Dienstmädchen. Noch Fragen?"

Von wegen nichts mehr zu entdecken? Weilte Peter Glotz noch unter uns, würde er über die neuesten Bände der „Gesammelten Werke" sicher ebenso staunen wie über die neue große Biografie aus der Feder von Ernst Pieper und das unlängst erschienene Heft 19 unserer Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Holger Politt dokumentiert darin Rosa Luxemburgs erste Auseinandersetzung mit dem Programm der russischen Sozialdemokratie und ihre Tätigkeit in der „Gazeta Ludowa". Holger übertrug 55 Beiträge von Luxemburg erstmals aus dem Polnischen ins Deutsche und versah sie mit mehr als 150 Fußnotenkommentaren, in denen viel eigene Forschungsarbeit steckt – alles in allem eine editorische Leistung, die Anerkennung verdient.

Das als Anhang beigegebene inhaltsanalytische Verzeichnis der bisher erschienenen Hefte liest sich wie ein Vademekum der modernen Luxemburg-Edition und -Forschung. Besondere Resonanz fanden und finden die Forschungsbeiträge von Volker Caysa, Klaus Gietinger, Erhard Hexelschneider, Harald Koth, Annelies Laschitza und Ottokar Luban.

Wie bedeutsam die Veröffentlichung in einem Forschungsbulletin wie dem unseren sein kann, erhellt eine wahrlich traurige Episode, die ich Ihnen nicht vorenthalten, mit der ich dann aber schließen möchte: Als ich am 6. Oktober 2016 die „Leipziger Volkszeitung" in die Hand nahm, fuhr mir ein Schreck in die Glieder, denn dort stand es schwarz auf weiß: „Schock für die Leipziger Rosa-Luxemburg-Stiftung: Bei einem Einbruch in ihre Geschäftsräume am Rande

der Innenstadt haben bislang unbekannte Diebe einen kleinen Tresor mit einem Papier von großer Bedeutung mitgehen lassen. Wie die Polizeidirektion Leipzig gestern mitteilte, lag in dem Safe ein handschriftliches Originaldokument von Rosa Luxemburg. In dem Brief, verfasst am 27. September 1902 in Friedenau, wendet sich die Arbeiterführerin an die damalige ‚Pressekommission der Leipziger Volkszeitung' – und beklagt darin den Umstand, dass ein Beitrag von ihr ‚zusammengestrichen und verstümmelt' wurde. Die Konsequenz, die sie daraus zieht: Gleich im ersten Satz quittiert die seinerzeit 31-jährige Politikerin zu ihrem ‚tiefsten Bedauern' die ‚Mitarbeiterschaft' für das sozialdemokratische Blatt. Die Polizei hofft nun, dass die Täter den Brief Antiquariaten in und um Leipzig zum Kauf anbieten. […] Hinweise nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 0341-96646666 entgegen."

Wenn wir den höchst aufschlussreichen, aus privater Hand erworbenen und bis zu diesem Zeitpunkt unbekannten Brief nicht im Heft 8 unseren Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte ediert und faksimiliert hätten, wäre er vielleicht unwiederbringlich verloren. Von Ernst Bloch wissen wir jedoch, dass die Hoffnung zuletzt stirbt. Deshalb bauen wir auch weiter auf den bislang leider ausgebliebenen Ermittlungserfolg der sächsischen Polizei.

So viel Luxemburg, liebe Freundinnen und Freunde, war noch nie.

Volker Külow

Zum Inhaltsverzeichnis

Informationen

Internationale Rosa - Luxemburg - Gesellschaft (IRLG)
Gegründet 1980 von Prof. Narihiko Ito † (Chuo Universität Tokio)

Die nächste internationale Tagung wird vom 20. - 22. Juni 2024 in Wien stattfinden. Organisatoren sind:

- Institut für Historische Sozialforschung (Wien)
- Nord-Universitet (Bodø, Norwegen)
- Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft

Ein Call for Papers wird in nächster Zeit verschickt.
Interessierte werden gebeten, sich den Termin schon vorzumerken.
Zur letzten englischsprachigen Konferenz im März 2023 gibt es jetzt eine Video-Aufzeichnung der Konferenzbeiträge unter https://www.dropbox.com/scl/fo/11gf9p8k8j0urbg03ey6n/h?dl=0&rlkey=wociisigyy929q00mpizf7exq

Ottokar Luban
(Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat)

Rotes Erbe – Eine Spurensuche

Veranstaltung am Donnerstag, 26. Oktober, 15 Uhr,
Helle Panke e. V., Kopenhagener Str. 9

Richard Schmincke hat sich als Abgeordneter und als Medizinalrat im roten Berliner Stadtbezirk Neukölln für die Arbeiter und Arbeitslosen, Verfolgten und Entrechteten eingesetzt, stritt gegen den Strafparagrafen 218 und für eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung des werktätigen Volkes sowie Zugang zu höherer Schulbildung auch für Kinder aus unteren Schichten und wäre beinahe Leibarzt des chinesischen Revolutionärs Sun Yat-sen geworden. Der Repression in Nazideutschland entzog er sich durch Freitod. Seine Tochter Ricarda Bethke hat sein Leben rekonstruiert.

Lesung: *Ricarda Bethke*

Moderation: *Karlen Vesper*

Zum Inhaltsverzeichnis

Aus dem Inhalt der BzG 2/2023 (Juni)

Ronald Friedmann: Von der I. Internationale 1864 in London bis zur Karl-Marx-Konferenz 1983 in Berlin
Matthias John: Karl Liebknechts bedeutendster Prozess – der Königsberger Prozess (Teil VII)
Wolfgang Beutin: Furmanows Roman aus dem russischen Bürgerkrieg: „Tschapajew“ (1923)
Michael Klein: „Rüstzeug im Kampf gegen die Feinde der Demokratie“: Wie das Institut für politische Erziehung von Margarete Buber-Neumann scheiterte
Mario Keßler: Max Shachtman – Trotzkist, Linkssozialist, Sozialdemokrat (1904–1972)
Siegfried Prokop: Scheibchenweiser Verkauf der DDR? – Außenminister Eduard Schewardnadses Blitzbesuch am 9. Juni 1989 in Berlin
Diskussion: Georg Fülberth zum Buch von Siegfried Prokop über die Ära Ulbricht der DDR von 1950 bis 1970
Karl Heinz Roth: Wer die Wahrheit sucht, wird immer wieder anecken. Nachruf auf Werner Röhr (1941–2022)

Die BzG (ISSN: 0942-3060) erscheint viermal jährlich (März, Juni, September und Dezember) im trafo Wissenschaftsverlag, Dr. Wolfgang Weist. Der Einzelheftpreis der Printausgabe Inland ist 16 Euro, der entsprechende Jahresbezugspreis ist 56 Euro, zzgl. Porto. Der Einzelheftpreis der Printausgabe Ausland ist 22 Euro, der entsprechende Jahresbezugspreis ist 72 Euro, stets zzgl. Porto. Bestellungen direkt beim Verlag:
Finkenstr. 8, 12621 Berlin: Tel.: (030) 612299418: E-Mail: info@trafoberlin.de – und bei jeder Buchhandlung.

Miszelle

Die Bibliothekarin Marie Nörenberg (1872-1962)

Bibliothekarinnen haben das geistige und kulturelle Leben in Deutschland über Jahrhunderte mitgeprägt. Hauptsächlich Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung gründeten um 1900 eigene Bibliotheken, um Literatur zur Frauenfrage allgemein zugänglich zu machen und damit den Zugang zu Bildung und zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Nicht alle aber die meisten standen zunächst lediglich den „Damen der besitzenden Klasse“ zur Verfügung. Bibliotheken oder Lesehallen sind vor allem der Volksbücherei-Bewegung zu verdanken. Volksbüchereien entstanden im 19. Jahrhundert zunächst in Berlin und dann in weiteren Städten und auch in Landgemeinden. Sie sollten auch den Arbeitern und Arbeiterinnen zur Verfügung stehen, und allen anderen, die wenig Geld hatten und sich Bücher nicht einfach kaufen konnten. Sie alle konnten kostenlos oder gegen einen geringen Beitrag Bücher ausleihen. Der Beruf der Bibliothekarin wurde um die Wende zum 20. Jahrhundert ein beliebter Ausbildungsberuf für Frauen.

Marie Nörenberg, die am 29. April 1872 auf Gut Proßnitz bei Gustow auf der Insel Rügen als Tochter eines Gutsbesitzers und dessen Frau das Licht der Welt erblickte und später in Stettin und Berlin aufwuchs, war der Beruf nicht in die Wiege gelegt. Sie hatte unter dem Pseudonym Marie Proßnitz bereits zwei Romane veröffentlicht, als sie nach dem Tod ihres Vaters in finanzielle Schwierigkeiten geriet.1 Im Alter von 34 Jahren begann sie 1906 in der Volksbücherei in Berlin-Charlottenburg zu arbeiten. Die Städtische Volksbibliothek und Lesehalle Charlottenburg in Berlin-Charlottenburg war die erste öffentliche Leihbibliothek in Deutschland. Sie entstand 1898 im Alten Schulhaus in der jetzigen Giekezeile 39. 1901 zog sie in das neugebaute Haus der Kunstgewerbeschule in der Wilmersdorfer Straße (heute Eosanderstraße 1) um. Sie galt als die modernste Bücher- und Lesehalle ihrer Zeit und sollte den Bedürfnissen aller Schichten der Bevölkerung dienen.

Von der einfachen Bibliothekstätigkeit zur Stadtbibliotheksrätin

Nachdem Marie Nörenberg keine Ausbildung vorweisen konnte, durfte sie zunächst nur einfache Tätigkeiten verrichten und wurde erst 1910 Bibliotheksas-

1 Jank, Dagmar: Die ersten Bibliothekarinnen in leitenden Positionen. Biographische Anmerkungen zu Bennata Otten und Maire Nörenberg, in: Helga Lüdtke (Hg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin 1992, S. 151-171.

sistentin. Nun studierte sie einige Semester Nationalökonomie, was dazu verhalf, dass sie 1920 als erste Frau in Deutschland wissenschaftliche Bibliothekarin werden konnte.[2] 1926 konnte Marie Nörenberg die hauptamtliche Leitung der Bibliothek übernehmen. Offensichtlich war ihr bald klar geworden, dass sich nicht nur „höhere Töchter" für gute Bücher interessieren, deren Bedarf durch die Bibliotheken der bürgerlichen Frauenbewegung gedeckt werden konnten, sondern dass auch Menschen aus den „unteren Bevölkerungsschichten" durch das Ausleihen von Büchern aus den Volksbüchereien profitierten. Sie gründete eine Jugendwanderbücherei für erwerbslose männliche Jugendliche und das erste Blindenlesezimmer. Offenbar hatte sie damit Erfolg, denn 1927 wurde Marie Nörenberg zur Stadtbibliotheksrätin ernannt. Nun richtete sie eine Lesehalle für Kinder ein, sowie eine Leihbücherei für Jugendliche.

Die Begeisterung, die sie für ihren Beruf aufbrachte, litt nach der Machtübergabe an die Nazi-Faschisten erheblich. Da ihre Arbeit nicht mehr so durchzuführen war, wie sie es für notwendig hielt, schied sie „aus politischen Gründen freiwillig aus ihrem Amt aus", jedenfalls geht es so aus einer Kurzbiografie, die über sie im „Lexikon der 1000 Frauen" steht, hervor.[3]

Von der Volksbildung zur Volk-Bildung

Dass Nörenberg nicht wirklich freiwillig aus ihrem Amt ausschied, wird deutlich, wenn man erfährt, dass die bekannte und beliebte Bibliothekarin 1933 Aufsehen erregte, weil sie sich weigerte, ihre Mitarbeiter nach den von den Nazis verlangten Vorgaben zu beurteilen und im Zuge ihrer Zwangsverbeamtung den Diensteid auf den Reichskanzler und Führer Adolf Hitler zu leisten. Durch die Beantragung ihres „Ruhestands", den sie am ersten Oktober 1933 antrat, kam sie der Entlassung aus ihrer Arbeit zuvor.[4] Viele Bibliotheken und auch das Bibliothekspersonal wurden damals „gleichgeschaltet". Die kommunalen Büchereien büßten ihre Autonomie ein. Nicht alle VolksbibliothekarInnen reagierten wie Marie Nörenberg. Viele halfen bei der „Säuberung" der Bestände oder gar bei der Bücherverbrennung. Sie stimmten den Nazi-Versprechungen zu, unterstützten die Gleichschaltung durch Selbstgleichschaltung in Form von Schwarzen Listen, die durch die BibliothekarInnen freiwillig erstellt wurden und erfüllten die ideologischen Prüfungen der haupt- und nebenamtlichen Kräfte. Viele LeserInnen zogen sich zurück.[5] Volksbildung wurde zur Volk-Bildung.

2 Die erste leitende Bibliothekarin war 1895 Bona Peiser, ebenfalls in Berlin.

3 Köhler-Lutterbeck, Ursula/Monika Siedentopf: Lexikon der 1000 Frauen, Bonn 2000, S. 262 f.

4 Jank, die ersten Bibliothekarinnen.

5 Vgl. Langewiesche, Dieter: „Volksbildung" und „Leserlenkung" in Deutschland von der wilhelminischen Ära bis zur nationalsozialistischen Diktatur. IASL online Online Archiv: iasl.uni-muenchen.de/register/langewie.html (Zugriff: 15.7.2023).

Die leidenschaftliche und beherzte Bibliothekarin Marie Nörenberg machte das alles nicht mit. Um sie wurde es ruhig, ihre Spuren verloren sich. Sie lebte noch bis 1962, mehr wissen wir nicht von ihr. Sie ist eine der vielen zu Unrecht vergessenen Frauen.

Gisela Notz

Zum Inhaltsverzeichnis

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 32. Jahresversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 06.05.2023

Im Nachbarschaftszentrum „RuDi“, Modersohnstr. 55, 10245 Berlin

Tagesordnung:
1. Regularien
1.1. Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
1.2. Wahl einer Versammlungsleitung
1.3. Bestätigung des Protokolls der 31. Jahresmitgliederversammlung
2. Berichte
2.1. Erläuterung zum Geschäftsbericht 2022
2.2. Kassenbericht
2.3. Bericht der Kassenprüfer
3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte
4. Wahlen
4.1. Wahlen des Vorsitzenden und des Vorstandes
4.2. Wahl der Kassenprüfer
5. Informationen
- Zur Entwicklung der SAPMO
- des Wissenschaftlichen Beirats der *Mitteilungen*
Anschließendes Gespräch und Diskussion
Schlusswort

Anwesend: 17 Mitglieder (14 entschuldigt)

1. Regularien

1.1. Der Vorsitzende Holger Czitrich-Stahl eröffnet die Sitzung. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.
1.2. Als Versammlungsleiterin wird Elke Reuter und als Wahlkommission Heinz Sommer und Michael Klein einstimmig gewählt.
1.3. Das Protokoll der 31. Jahresmitgliederversammlung, das alle Mitglieder mit Heft 63 der *Mitteilungen* erhalten haben, wird einstimmig bestätigt.

2. Berichte

2.1. Geschäftsbericht 2022
Holger Czitrich-Stahl erläutert und ergänzt den Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2022, das in Heft 63 der *Mitteilungen* (März 2023) abgedruckt ist. Insgesamt konnte der Förderkreis erneut auf eine überwiegend erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen, die *Mitteilungen* haben sich auf einem hohen Qualitätsstandard behauptet. Erste Veranstaltungen des Förderkreises konnten seit dem Mai 2022 endlich realisiert werden. Die Arbeit des Vereins musste sich deshalb 2022 nicht mehr vorwiegend auf die wissenschaftliche und kulturelle Arbeit im Rahmen der Publizistik und in der Begleitung der Entwicklungen im Kontext der Debatte um die Zukunft der BStU-Unterlagen und der SAPMO konzentrieren, sondern konnte wieder auf die Öffentlichkeit ausgerichtet werden.
2.2. Kassenbericht
Die Kassenwartin Elisabeth Ittershagen gibt einen detaillierten Bericht über die Einnahmen und Ausgaben sowie über den Mitgliederstand des Förderkreises im Jahr 2022:
Die Gesamteinnahme aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Verkauf der *Mitteilungen* betrug 2.632,80 € (Gesamtsumme der Einnahmen). Dem stehen Ausgaben in Höhe von 2.409,10 € gegenüber. Der Kontostand betrug am 31.12.2022 2.201,82 €, der Kassen-Barbestand 749,01 €.
Zu Beginn des Jahres 2022 gehörten dem Förderkreis 101 Mitglieder an. Am 31.12. zählte der Förderkreis 99 Mitglieder. Der detaillierte Kassenbericht liegt dem Protokoll bei.
2.3. Bericht der Kassenprüferin 2022
Die Kassenprüfung wird in Vertretung von Bärbel Kontny durch Dagmar Goldbeck vorgenommen und erstattet den Bericht über die Kassenprüfung. Es besteht keine Beanstandung: die Unterlagen waren vollständig, wurden geprüft und für korrekt befunden.

3. Diskussionen und Abstimmung über die Berichte

Die vorgelegten Berichte werden einstimmig bestätigt. Der Vorstand wird für die vergangene Wahlperiode entlastet.

4. Wahlen

4.1. Wahlen des Vorsitzenden und des Vorstandes:
Dr. Holger Czitrich-Stahl wird zum **Vorsitzenden** gewählt.
Zur **Stellvertretenden Vorsitzenden** wird Dr. Elke Reuter gewählt.

Außerdem wurden gewählt:
Kassenwart: Elisabeth Ittershagen.
Schriftführer: Uwe Michel, Julia Pietsch (stv. Schriftführerin).
Beisitzer/innen: Dr. Alexander Amberger, Dr. Stefan Heinz, Dr. Rainer Holze, Ottokar Luban.

5. Informationen

5.1. Zur Entwicklung der SAPMO
Die Arbeit des Kuratoriums der SAPMO unterlag auch 2022 noch teilweise den Bedingungen der Coronapandemie. So fanden die beiden Kuratoriumssitzungen am 11. Januar 2022 und am 4. Mai 2022 als Telefonkonferenz (31.) bzw. als Videokonferenz (32.) statt. Über beide Sitzungen wurde im Vorstand gesprochen, die Berichte erschienen in den *Mitteilungen*. In Sachen Zukunft des Areals in Lichtenberg berichtete Prof. Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, dass es in Bezug auf Baufragen keine neuen Entwicklungen hinsichtlich des Standorts Berlin-Lichtenberg gebe. Der Förderkreis wird weiterhin die aktuellen Entwicklungen aufmerksam verfolgen und bewerten sowie im Interesse der von ihm vertretenen Einbringer möglichst im Verein mit anderen Betroffenenvertretungen tätig werden, wo es sich gebietet.
5.2. Bericht des Wissenschaftlichen Beirates zur Entwicklung der *Mitteilungen*
Gesprächsgrundlage war die Vorlage von Professor Gerhard Engel. Zahlreiche Mitglieder des „Wissenschaftlichen Beirats" haben die in Vorbereitung der 31. Jahresversammlung am 10. September 2022 angeregten Vorschläge zur Qualitätsentwicklung der *Mitteilungen* ausgetauscht und auf Basis eines Fragebogens an Vorstand und Redaktion weitergegeben. Unter anderem wurde hervorgehoben, dass das Augenmerk auf Archive, Bibliotheken und Erinnerungsstätten der „Markenkern" bleiben solle.

6. Schlusswort

Der Vorsitzende dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Uwe Michel
Berlin, 06.05.2023
(Schriftführer)

Zum Inhaltsverzeichnis

Nachruf für Barbara Kontny (1. März 1943 - 19. Mai 2023)

Am 19. Mai 2023 starb kurz nach Vollendung ihres 80. Lebensjahres Barbara Kontny, Mitglied unseres Förderkreises seit seiner Gründung und viele Jahre Kassenprüferin in unserem Verein.

Bärbel studierte nach dem Abitur Bibliothekswissenschaft – Nebenfach Kulturwissenschaften – an der Humboldtuniversität in Berlin und bestand im Juli 1967 erfolgreich das Staatsexamen. Im gleichen Jahr begann ihre Tätigkeit als wissenschaftliche Bibliothekarin in der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus, zunächst als Referentin für Sacherschließung. Später wechselte sie ihr Arbeitsfeld und entwickelte sich zur Spezialistin für die Periodika der deutschen Arbeiterbewegung. Sie wurde Stellvertreterin und 1983 Leiterin des Sektors Zeitungen und Zeitschriften. Ihr besonderes Interesse galt den Problemen des kulturellen Erbes der Arbeiterklasse. Ab 1980 beschäftigte sie sich vorrangig mit der Rekonstruktion und Erfassung aller in Bibliotheken und Archiven vorhandenen Bestände des Zentralorgans der KPD „Rote Fahne“ (1918 bis 1933) sowie deren Sicherung und Mikroverfilmung.

Seit der Errichtung der Stiftung Archive und Bibliotheken der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv 1993 war Bärbel bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand 2006 als Leiterin des Referats Erschließung in der dortigen Bibliothek tätig.

Mit Bärbel Kontny verlieren wir eine kluge und sehr zuverlässige Kollegin, die die Arbeit des Vorstandes unseres Vereins stets nach Kräften aktiv unterstützte.

Dagmar Goldbeck

Nachruf für Dr. Jürgen Stroech

Am 31. Juli 2023 verstarb nach langem, schwerem Leiden Dr. Jürgen Stroech. Er war Gründungsmitglied des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und blieb unserem Verein stets eng verbunden, auch wenn seine Erkrankung in den letzten Jahren ein aktives Mitwirken nicht mehr gestattete.

Jürgen Stroech wurde am 2. November 1930 in Swinemünde (dem heutigen Swinouisce) geboren. In den ersten Nachkriegsjahren kam er nach Halberstadt, wo er auch sein Abitur ablegte. Nach zwei Jahren an der Pädagogischen Hochschule und einem Sonderlehrgang am Zentralinstitut für Bibliothekswesen studierte er im Fernstudium Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin und erreichte 1961 den Abschluss als Diplomhistoriker. 1974 promovierte er über das Thema

„Die illegale Presse – eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus".

Bereits 1950 wurde Jürgen Stroech Mitarbeiter in der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und Stellvertreter von Professor Bruno Kaiser. Nach dessen Ausscheiden übernahm er 1972 die Leitung der Bibliothek. Er setzte die von Bruno Kaiser begonnene Sammlung von Literatur zum Marxismus-Leninismus und zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung erfolgreich fort, so dass im Laufe der Jahrzehnte eine wissenschaftliche Spezialbibliothek entstand, die im deutschsprachigen Raum keine Vergleiche scheuen musste. Weit über die Institutsbibliothek hinaus nahm er Einfluss auf das Bibliothekswesen der DDR. Unter anderem war er Mitglied des Präsidiums des Bibliotheksverbandes. Seine Leistungen wurden durch die Verleihung des Titels Bibliotheksrat im Jahr 1972 und des Oberbibliotheksrates im Jahr 1988 gewürdigt. Er erwies sich als umsichtiger Bibliotheksleiter und in seiner wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit als exzellenter Kenner seines Spezialgebietes, der illegalen antifaschistischen Presse. In den Jahren nach 1990 kämpfte Dr. Stroech gemeinsam mit namhaften Mitstreitern um den Erhalt der Bibliothek, die schließlich gemeinsam mit dem Archiv Teil der Stiftung Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bundesarchiv wurde.

Dagmar Goldbeck

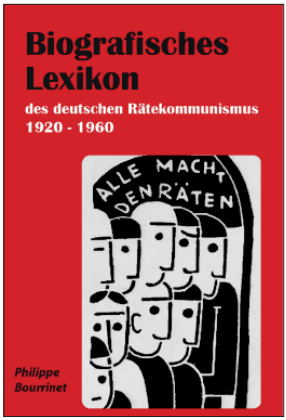
Herzlichen Glückwunsch

Am 24.Juni 2023 konnte **Heinz Sommer** seinen 90. Geburtstag feiern. Seit dem Gründungsjahr Mitglied unseres Förderkreises hat Heinz die Arbeit des Vorstandes in vielfältiger Weise aktiv unterstützt; so redigierte er in den ersten Jahren gemeinsam mit Henryk Skrzypczak die *Mitteilungen*, war dann lange Zeit Schriftführer und wurde mehrfach zum Wahlleiter gewählt.

Wir gratulieren herzlich und wünschen ihm weiterhin alles nur erdenklich Gute!

Zum Inhaltsverzeichnis

Neuerscheinungen in der Buchmacherei:



Biografisches Lexikon
des deutschen Rätekommunismus 1920-1960

Philippe Bourrinet:
299 Seiten
ISBN 978-3-9825440-0-7

18,00 €

Das Lexikon umfasst 618 Eintragungen. Die hier zusammengetragenen biografischen Daten und Einblicke in das Denken der Akteur:innen leisten einen wichtigen Beitrag, diese einst bedeutende Strömung der deutschen Arbeiterbewegung besser zu begreifen. Sie können erklären, warum Menschen zu dieser Strömung stießen, was sie zusammenhielt, aber auch, warum es für viele nur eine biografische Station gebelieben ist , in deren Folge ganz unterschiedliche Umorientierungen erfolgten.

Erscheint im September 2023

Skizzen –
Arbeiterwiderstand in Südbayern

Max Brym
84 Seiten
ISBN 978-3-9823317-8-2

6,50 €

Arbeiterwiderstand in Südbayern – im Umland der „Hauptstadt der Bewegung“ und der„Reichsparteitage“ der Nazis? Ja, den gab es und er verdient eine eingehende Betrachtung. Dies jedenfalls kann man den Dokumenten entnehmen, die Max Brym eingesehen hat. Bryms kleine Geschichtsexkursion ist ein anerkennendes Gedenken an Mut und Standfestigkeit jener Aktivisten der sozialistischen Arbeiterbewegung, die gestützt auf große Teile ihrer Klasse den erbittertsten Widerstand gegen die Machtübertragung an den deutschen Faschismus geleistet haben.

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Perry Anderson: Über den westlichen Marxismus, Mit einem Nachwort von Stephan Lessenich. Dietz Berlin, 2023, 176 Seiten.

Reflexionen zum Marxismus nach Marx. Der Terminus „westlicher Marxismus" lässt sich u. a. zurückführen auf den französischen Philosophen Maurice Merleau-Ponty. In seiner Monografie „Les aventures de la dialectique" (Paris 1955, Die Abenteuer der Dialektik, Frankfurt am Main, 1968) bezeichnet Merleau-Ponty damit die Orientierung von Georg Lukács und Karl Korsch an der Dialektik und Philosophie Hegels (Merleau-Ponty, S. 81-99). Der britische Historiker Perry Anderson verwendet einen erweiterten Begriff eines „westlichen Marxismus" (Anderson S. 78 f.). Während er dem „klassischen Marxismus" eine nicht weiter hinterfragte und auch nicht ausführlich dargelegte Einheit von Theorie und Praxis bescheinigt, kritisiert er am „westlichen Marxismus" eine Vernachlässigung der Praxis und eine zu starke, wenn nicht gar einzige Schwerpunktsetzung auf philosophische Fragestellungen – und damit auf die Theorie (Anderson, S. 78 f.). Diese Tendenz fasst er in drei Punkten zusammen: erstens einen Fokus auf Erkenntnistheorie und Methodenfragen, zweitens die starke Betonung des Überbaus und drittens eine – nach den Niederlagen der Arbeiterbewegung in den 1920er- und 1930er-Jahren sowie der Etablierung faschistischer Regierungen in Italien, Deutschland und Spanien – starke pessimistische Grundstimmung (Anderson, S. 79). Da ist es kein Wunder, dass in der illustren Galerie des „westlichen Marxismus", den Anderson von Beginn der 1920er- bis Ende der 1960er-Jahre ansiedelt, Ernst Bloch mit seinem ab 1954 in mehreren Bänden erschienenen Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung" fehlt; er erwähnt Bloch kurz in Fußnote 42 auf S. 74.

Bei seiner Argumentation zur Erläuterung der Rückschläge der Arbeiterbewegung und einer Dominanz des „westlichen Marxismus" entwickelt Anderson eine Periodisierung marxistischer Ideengeschichte. Den Ausgangspunkt bildet der „klassische Marxismus" mit Marx, Engels, Labriola, Mehring, Kautsky, Plechanow, Lenin, Luxemburg, Hilferding, Trotzki, Bauer, Preobraschenski und Bucharin (S. 19, geordnet nach deren Geburtsdaten). Die unmittelbar auf Marx und Engels folgenden Theoretiker hätten sich darauf konzentriert, deren Schriften zu systematisieren und Lücken zu schließen (S. 18). Die nächste Generation, beginnend mit Lenin, machte sich die Weiterentwicklung der Grundlagen und eine erstmalige Ausarbeitung einer marxistischen politische Theorie sowie einer dazugehörigen Strategie und Taktik zur Aufgabe (S. 22). Gerade der Praxisbezug und detaillierte Analysen historisch-konkreter Situationen dienen Anderson als Abgrenzungsmerkmale zu der Richtung, die er als „westlichen Marxismus" bezeichnet.

Nach dem Tod Lenins haben sich ab Mitte der 1920er-Jahre laut Anderson zwei Entwicklungen überlagert (S. 36 ff.): erstens ein deutlicher Rückgang klassischer ökono-

mischer Analysen und zweitens die gleichzeitige Zunahme philosophischer Beiträge und damit die Entstehung einer „strukturellen Trennung von der politischen Praxis“ (S. 39). Wobei Anderson den ersten Trend primär in der stalinistischen Sowjetunion erkennen will, indem er behauptet, politische Ökonomie sei durch die Komintern unerwünscht gewesen (S. 70 f.). Eine bedeutende Schrift wie Nikolai Bucharins „Imperialismus und Weltwirtschaft“, die erstmals 1917 erschien und großen Einfluss auf Lenins' Imperialismustheorie hatte, bleibt unbeachtet. Das gleiche gilt für Eugen Varga, bekannt für seine empirisch fundierten Konjunktur- und Wirtschaftsprognosen in den 1920er-Jahren und eine treffsichere Vorhersage der Weltwirtschaftskrise 1929. Hier zeigen sich deutliche Schwächen und Unstimmigkeiten in Andersons Argumentation.

Beim Wandel von einer revolutionären Theorie zur Philosophie über einen Zeitraum von mehr als vier Jahrzehnten unterscheidet Anderson beim „westlichen Marxismus“ zwei Generationen: Die erste zeichnet sich aus durch Alltagserfahrungen im Ersten Weltkrieg sowie den Auswirkungen der Russischen Revolution und umfasst Lukács, Korsch, Gramsci, Benjamin, Horkheimer, Della Volpe und Marcuse. In die zweite Generation ordnet er Lefebvre, Adorno, Sartre, Goldmann, Althusser und Colletti ein (S. 37). Um die „Abtrennung von den Volksmassen“ zu verdeutlichen, bescheinigt Anderson einem Großteil der Theoretiker beider Generationen „eine seltsame Esoterik“: (Diese) „nahm vielfältige Formen an: bei Lukács eine klotzige, dunkle, mit Akademismen überfrachtete Diktion; bei Gramsci eine durch die Haft auferlegte schmerzhafte, rätselvolle Zerstückelung; bei Benjamin eine gnostische Kürze, etwas sich Entziehendes; bei Della Volpe eine undurchdringliche Syntax und zirkuläre Selbstbezüge; bei Sartre ein hermetisches, unerbittliches Labyrinth von Neologismen; bei Althusser eine sibyllinische Rhetorik des Ausweichens“ (S. 62 f.).

Ob der Marxismus von Mitte der 1920er-Jahre bis zum Ende der 1960er-Jahre (die Zeit der Studentenbewegung in der BRD sowie in vielen anderen westlichen Ländern und dem Maiaufstand in Frankreich 1968) Sartre zufolge zum Stillstand kam (Marxismus und Existentialismus, Reinbek, 1964, S. 21) sei dahingestellt. Es gibt gute Argumente hier zu widersprechen. Ergänzend zu dem eingangs erwähnten begrifflichen Konstrukt bezeichnet Anderson den „westlichen Marxismus“ als „Resultat einer Niederlage … Dass es der sozialistischen Revolution nicht gelang, außerhalb Russlands Fuß zu fassen … ist der Hintergrund, vor dem die gesamte theoretische Tradition dieser Periode gesehen werden muss“ (S. 52). Auch hier kommt Andersons deterministische Sicht geschichtlicher Abläufe zum Ausdruck. Er verkennt die Vielzahl von Widersprüchen – und die dabei einwirkenden nationalen und internationalen politischen Akteure und Klassenkräfte –, innerhalb derer sich Geschichte vollzieht.

Darüber hinaus ist auch in vielen Passagen der Vorwurf der Praxisferne des „westlichen Marxismus“ etwas befremdlich. Um einen erkenntnistheoretischen Fokus zu belegen, nennt Anderson „Marxismus und Philosophie“ von Karl Korsch als Kronzeugen (S. 68). Korsch war Teilnehmer und

Mitorganisator der ersten „Marxistischen Arbeitswoche“ des Frankfurter Instituts für Sozialforschung im Mai 1923 (siehe: https://www.rosalux.de/news/id/50392/100-jahre-erste-marxistische-arbeitswoche). Im weiteren Verlauf dieses Jahres wurde er an der Uni Jena zum Professor für Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Arbeits-, Prozess- und Zivilrecht ernannt. Mit seiner Einleitung zur „Allgemeinen Rechtslehre und Marxismus“ von Eugen Paschukanis, die 1930 erstmals in Deutsch erschien, hat sich Korsch bleibende Verdienste erworben. Der Text von Paschukanis spielt bis heute eine zentrale Rolle in allen Diskussionen und Kontroversen zur Rechtsform- und Staatsformanalyse im Kapitalismus.

Mitte der 1970er-Jahre – damals entstand die Studie zum „westlichen Marxismus“, die der Berliner Karl Dietz Verlag 2023 lobenswerterweise neu veröffentlichte – sah Anderson wenige Jahre nach den Aufständen in Frankreich und vor dem Hintergrund einer aufziehenden Wirtschafts- und Energiekrise sowie dem Ende des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse die Zeit gekommen für eine revolutionäre Bewegung. Er meint damit die „Theorie und das Erbe Trotzkis“ und präsentiert diese als (einziges) Gegenstück zum „westlichen Marxismus“. Andere Ansätze wie die neomarxistischen Theorien, die seit dem Ende der 1960er-Jahre nicht nur in der BRD, sondern auch in vielen anderen Ländern entstanden, nimmt er nicht zur Kenntnis. Diese Kritik greift auch Stefan Lessenich in seinem Nachwort auf.

Nach all den skeptischen Einwänden den Ausführungen des Autors stellt sich die entscheidende Frage: Warum lohnt sich dennoch die Lektüre? Eine Antwort darauf liefert erstaunlicherweise Anderson selbst, der seine Studie mit einem Epilog ausklingen lässt, in dem er paradoxerweise viele seiner Argumente relativiert. Am Ende des Textes allerdings formuliert er zentrale Fragen, die sich beim Lesen der Klassiker des Marxismus stellen, wie „Worin besteht der grundlegende Charakter der bürgerlichen Demokratie? Worin besteht die Funktion des Nationalstaats? Und wie sieht seine Zukunft aus? … Wie kann man aus dem Internationalismus eine authentische Praxis machen, die mehr ist als ein frommes Ideal? … Wie würde die Struktur einer authentischen sozialistischen Demokratie beschaffen sein?“ (S. 124). Antworten auf diese und viele andere Fragen zu finden, Lösungsstrategien für deren Umsetzung in der Praxis zu entwickeln, die gleichzeitig durch eine Weiterentwicklung der Theorie reflektiert werden, gehören zu den zentralen Aufgaben, die sich heute stellen.

Jürgen Wasem-Gutensohn

Rosa Luxemburgs erste Auseinandersetzung mit dem Programm der russischen Sozialdemokratie und ihre Tätigkeit in der „Gazeta Ludowa“ (1902 und 1904). Paralipomena zu Leben und Werk Rosa Luxemburgs, bearbeitet von Holger Politt. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2022 (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 19), im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, hrsg. von Manfred Neuhaus in Verbindung mit Klaus Kinner, Volker Külow und Holger Politt. Gefördert durch das Regionalbüro Ostmitteleuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau, 106 Seiten.

Zum Inhaltsverzeichnis

In den Forschungsheften 5, 9, 10 und 12 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., im „ND“, in der Zeitschrift „Z“, in einer Extraausgabe die Schrift „Nationalitätenfrage und Autonomie“ und zwei Textsammlungen „Nach dem Pogrom. Texte zum Antisemitismus“ und „Arbeiterrevolution 1905/06“ hatte Holger Politt (Leiter des RLS-Regionalbüros Ostmitteleuropa in Warschau) polnisches Schriftgut von Rosa Luxemburg veröffentlicht. Nunmehr präsentiert er in Heft 19 der Forschungshefte erstens die Stellungnahme und Auseinandersetzung von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches zum ersten Programm der russischen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1902. Diesen Aufsatz sieht er als gemeinsame Arbeit von Leo Jogiches und Rosa Luxemburg. Politt begründet die gemeinsame Autorschaft beider Protagonisten mit stichhaltigen inhaltlichen Argumenten. Seit den Gründungstagen der Sozialdemokratie des Königsreichs Polen (SDKP, später SDKPiL) im Sommer 1893 stand die Frage der Beziehungen zur russischen Arbeiterbewegung an vorderster Stelle der politischen Aufgaben. 1898 war eine Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAPR) ins Leben gerufen worden, die im Sommer 1902 einen Programmentwurf vorlegte. Den Artikel „Einige Bemerkungen zur Frage des Programms der russischen Sozialdemokratie“ aus der Doppelnummer 4-5/1902 der Zeitschrift „Przeglad Socjademokratyczny“ [Sozialdemokratische Rundschau] wertet Politt als erste nachweisbare ausführliche Reaktion von polnischer Seite auf die 1902 in der russischen Bewegung einsetzende Programmdiskussion. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches setzten darauf, dass sich bei der kommenden politischen Revolution im Zarenreich die polnische und russische Arbeiterbewegung vereinigen und die demokratische Republik durchsetzen könnten. Die SDKPiL stellte jedoch die Bedingung, dass ihre organisatorische Autonomie gewahrt bleibt. Der Konflikt um das Recht auf nationale Selbstbestimmung, der schwelte und 1911 ausbrach, deutete sich am Ende der Stellungnahme bereits an. Ein zweiter Schwerpunkt ist die publizistische Tätigkeit Rosa Luxemburgs in der von ihr gegründeten und geführten „Gazeta Ludowa“ in den Provinzen Posen und Oberschlesien, die von Jahren 1902 bis 1904 erschien. Für diesen Forschungsbericht hat er 55 Beiträge in der „Gazeta Ludowa“ aus dem Polnischen ins Deutsche übersetzt und mittels zahlreicher Anmerkungen historisch eingeordnet. Deutlich wird die Verzahnung der Wirkungsgeschichte von Rosa Luxemburg in der deutschen und polnischen Arbeiterbewegung, die bisher in der Forschung wenig Beachtung gefunden hätte. Lediglich Feliks Tych wäre diesem Problemkreis nachgegangen. Die Themenvielfalt, wie Religionskritik, Kolonialpolitik, Gleichberechtigung der Frau, Soldatenmisshandlung, Streikbewegungen, Wahlrechtsbewegungen im Ausland, die Judenpogrome in Russland und Entwicklungen der sozialistischen Parteien, die Rosa Luxemburg als Chefredakteurin der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ und später von Oktober bis Dezember 1905 am „Vorwärts“ auszeichnete, beeindruckt. Eine Übersicht der bisher erschienen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte mit Inhaltsverzeichnissen findet sich am Ende der verdienstvollen Publikation. Der

Rezensent ist sehr auf den achten Band der Werkausausgabe mit polnischem Schriftgut von Rosa Luxemburg gespannt, der im Herbstprogramm 2023 des Karl Dietz Verlages Berlin angekündigt ist.

Eckhard Müller

Karl Marx, Friedrich Engels. Werke, Band 21 (Mai 1883 bis Dezember 1889). Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 9. aktualisierte und überarbeitete Auflage. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023, 760 Seiten, 24,90 €. ISBN 978-3-320-02400-0.

Ende März 2023 erschien die 9. aktualisierte und überarbeitete Auflage des Bandes 21 der mittlerweile auf 44 Bände angewachsenen Marx-Engels-Werke (MEW). Die ersten acht Auflagen erschienen seit 1962 in unveränderter Form, bearbeitet von Bruno Retzlaff-Kresse und Charlotte Fischer unter Mitarbeit von Anna Krüger, Waldtraut Opitz, Therese Winkelmann und Heinz-Dieter Müller, die verantwortliche Redaktion übernahmen Walter Schulz und Richard Sperl. Die 8. Auflage stammt aus dem Jahr 1984. All diese Informationen sind dem Vorwort der 9. Auflage zu entnehmen unter „Editorische Hinweise". Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zeichnete verantwortlich für die Werkausgabe und die Vorworte.

Zwischenzeitlich hat sich die Welt gravierend verändert. Das Lager des Realsozialismus ging nach seiner Niederlage in der Systemauseinandersetzung mit dem Kapitalismus unwiederbringlich unter. Mit dieser Niederlage war es nun nicht mehr möglich, den realen Sozialismus und den sowjetisch definierten Kommunismus als den Fixpunkt der Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels zu definieren, was seit 1962 überwiegend Praxis war: „Die Vorworte der einzelnen Ausgaben wurden bis 1990 immer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee (ZK) der SED gezeichnet. Sie hatten eine ideologisch-politische Funktion, die darin bestand, Marx und Engels staatsoffiziell auszulegen", wie Ingo Stützle, der seit 2019 die Werkausgabe beim Karl Dietz Verlag Berlin betreut, im Interview mit dem „Neuen Deutschland" vom 21.4.2023 darlegte.[1] Diese Inbesitznahme der Arbeiten der beiden Vordenker des modernen Sozialismus durch die im Staatssozialismus regierenden Parteien wie die SED oder die KPdSU fand allerdings nicht an den Texten statt, sondern vor allem in den Vorworten und in den Anmerkungen. Stützle an gleicher Stelle dazu: „So fehlen etwa vollständige Angaben zur Textgeschichte, was der vom ZK angestrebten Enthistorisierung der Schriften entgegenkam. Die Texte sollten aktuell und allgemeingültig zugleich wirken – Klassiker, die die SED-Herrschaft legitimieren." So stellte sich den Bearbeitern der Neuausgabe eine nicht einfache editorische Aufgabe: Ein neues Vorwort musste verfasst werden, das auf der Höhe der Zeit der Marx-Engels-Forschung, der Editionsphilologie und der historisch-politischen Erkenntnisse anzusiedeln ist. Gleichzeitig

1 Marx-Engels-Werke: Keine unschuldige Lektüre. Im Interview spricht Ingo Stützle vom Karl Dietz Verlag Berlin über Mühen und Erkenntnisgewinn der Überarbeitung der Marx-Engels-Werke; Neues Deutschland vom 21.4.2023.

Zum Inhaltsverzeichnis

war jede einzelne Anmerkung bzw. Erläuterung daraufhin zu überprüfen, ob sie einen werkimmanenten Bezug aufweist oder vorwiegend politisch wertet. Drittens mussten die Quellen natürlich auf ihre Validität überprüft werden, alles in allem ein Geduldsspiel und eine Detektivarbeit gleichermaßen.

Der Vergleich des Vorworts der 1. bis 8. Auflage mit dem Vorwort der 9. Auflage ist also ein entscheidender Zugriff für die Vorstellung des Bandes. Tatsächlich liegen hierin große Unterschiede zwischen den genannten Auflagen. Ist der erste Satz noch wenigstens inhaltsgleich und bezieht sich vor allem auf die Zeitspanne der einbezogenen Arbeiten, so zeigen die jeweiligen Folgesätze die unterschiedlichen Ansätze der Editoren auf. Die historische Einordnung der Periode zwischen Mai 1883 und Dezember 1889 erfolgte vormalig mithilfe eines Lenin-Zitates und beschrieb sie als relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus, „die Periode des beginnenden Übergangs vom vormonopolistischen zum monopolistischen Kapitalismus, die Periode der Sammlung der Kräfte des Proletariats für die künftigen revolutionären Schlachten". (MEW 21, 1962, S. V) Bei der Neuausgabe schauen die Editoren nun Friedrich Engels bei der Arbeit zu und benennen die methodischen Fragen, die sich Engels seinerzeit gestellt haben dürften, als er Marx' Nachlass zu bearbeiten begann. Im Grunde lag den Vorgängerauflagen die Perspektive Lenins zugrunde, wenn Friedrich Engels die Aufgaben zugeordnet wurden, durch seine eigenen Texte und Kommentare die konkurrierenden Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung zu bekämpfen, gegen Reformismus und Opportunismus vorzugehen und quasi den Boden für die Positionsbestimmungen zu bereiten, die über Lenins Wirken zur Herausbildung der kommunistischen Strömung und ihrer ehernen und als allgemeingültig formulierten Positionen führten. Engels steht hier im Dienste einer „höheren Aufgabe". Im Unterschied dazu vermittelt dieser erste Teil des Vorworts der Neuausgabe viele neue Gesichtspunkte, z. B. die Einbeziehung von Eduard Bernstein und Karl Kautsky als Austauschpartner, die Entstehung des „Marxismus" als ursprüngliche Rezeption des Lebens und Werkes des 1883 verstorbenen Karl Marx und nicht als teleologische Notwendigkeit der Weltgeschichte. Engels selbst wird historisch eingeordnet „vor dem Hintergrund einer erstarkenden internationalen sozialistischen Bewegung und einem sich konsolidierenden deutschen Staat, in dem der parlamentarische Betrieb an politischer Bedeutung gewann, was die Anforderungen an sozialistische Politik grundlegend veränderte." (MEW 21, 2023, S. VI) Zu dieser Parlamentarisierung der sozialistischen Politik, die natürlich auch die Gefahr einer Integration der Arbeiterpartei in das politische System bei Verzicht auf die klassischen Mittel des Klassenkampfes bedeutete, fand das ursprüngliche Vorwort stets nur zwei Vorwürfe: Reformismus oder Opportunismus. Es waren also politisch-ideologische Werturteile, keine Sachurteile. Die editorischen Bemerkungen der Auflagen unter der Ägide des IML nach Vorgaben von KPdSU und SED blieben bei diesem Ansatz, Engels Arbeiten und ihre Wirkung nicht nur darzustellen, sondern immer auch zu bewerten.

Damit hält sich die Neuausgabe vornehm zurück. Wo zitiert wird, bleiben die Quellen möglichst nah an Engels selbst, ziehen Briefe zu Rate usw. Wo erörtert wird, wird zugleich abgewogen, aber nicht unbedingt entschieden, sondern auf neuere Debatten oder Veröffentlichungen verwiesen. Es erfolgt danach eine Kontextualisierung der Zeitumstände: Sozialistengesetz, Bismarcks Sozialimperialismus, Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Es folgt eine Rezeption der großen Arbeiten von Engels in jenen Jahren unter der Perspektive ihrer Bedeutung für den entstehenden Marxismus, darunter die Edition des 2. und 3. Bandes des „Kapitals".[2] Zudem weist das Vorwort auf den Internationalismus hin, also auf die zunehmende neue Vernetzung der Arbeiterparteien zwischen 1876 und 1889, dem Jahr der Gründung der II. Internationale, und versucht, den sich bildenden Kern des entstehenden Marxismus in Engels Arbeiten näher zu bestimmen. Editorische Hinweise schließen das Vorwort ab. Die Textauswahl blieb seit 1962 unverändert. Im Anhang finden sich weitere kleine Änderungen, z. B. einzelne chronologische Konkretisierungen etc.

Insbesondere der Vergleich der beiden Vorworte lohnt sich. Er zeigt uns mit den Worten des großen Musikers und Nobel-Preisträgers Bob Dylan: „For the times, they are a-changin'." Marx und Engels müssen aus zweierlei Perspektive gelesen werden: Was wollten sie mit ihrer Arbeit erreichen? Was können wir von ihnen lernen, ohne sie zu idealisieren? Das zu ermöglichen ist den Editoren gelungen, ganz auch im Sinne der Nachfolgerin des IML, des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung.

Holger Czitrich-Stahl

Gisela Notz (Hrsg.): August Bebel oder Der revolutionäre Sozialdemokrat. Karl Dietz Verlag, Berlin 2023, 192 Seiten, Broschur mit 4 Abbildungen, 12,00 €; Reihe: Biografische Miniaturen. ISBN 978-3-320-02404-8.

In der Reihe ‚Biografische Miniaturen' des Karl Dietz Verlages Berlin ist ein weiterer Band erschienen. Er beschäftigt sich mit dem Leben und Werk von August Bebel. Die Herausgeberin Gisela Notz hat umfangreich zur Frauen- und Arbeiterbewegung gearbeitet. Und im Falle August Bebel ist ein weiblicher Blick sehr angebracht, denn Bebel hat mit seinem überaus erfolgreichen Titel *„Die Frau und der Sozialismus"* (Erstausgabe 1883 *„Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft")* und vielfältigen weiteren Aktivitäten die Gleichberechtigung der Frauen in der Sozialdemokratie und überhaupt in der deutschen Gesellschaft weit vorangebracht. So darf sich die Sozialdemokratie zurechnen, dass im Erfurter Programm 1891 das allgemeine, gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe ausdrücklich für *„Reichsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts"* gefordert wurde, was für viele deutsche Männer und auch viele sozialdemokratische doch noch ‚starker Tobak'

2 Weitere „Referenzwerke des entstehenden Marxismus" im Vorwort sind „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" und „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie", siehe Vorwort 2023, S. XII-XX VI.

Zum Inhaltsverzeichnis

war. Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen trat am 30.11.1918 in Kraft und bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19.01.1919 standen erstmals auch Frauen in Deutschland republikweit zur Wahl und konnten wählen. Auf Länder-Ebene geschah das bereits am 05.01. in Baden und am 12.01. in Württemberg.

Auf 64 Seiten gibt Notz einen chronologischen und sachsysthematischen Abriss des Lebens des wohl neben Willy Brandt heute noch bekanntesten Vorsitzenden der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Zusätzlich zu August Bebel lenkt die Autorin den Blick auf dessen Frau Julie und überhaupt sehr nachhaltig auf weitere sozialdemokratische Frauen und deren Bemühungen für den Sozialismus, die Demokratie und die Gleichberechtigung. Der biografische Teil des Bandes stellt die wichtigsten Stationen August Bebels vor, dessen Kindheit eher ärmlich war. Seine Mutter musste zweimal heiraten, da ihr der Staat als Witwe eines Unteroffiziers keine Rente zahlte. Sie starb bereits, als August gerade dreizehn Jahre alt war. Notz beschreibt den evangelischen Drechselgesellen, der sich während seiner Wanderjahre katholischen Gesellenvereinen anschloss, in denen er Gemeinschaft und Weiterbildung fand. Am Ende der Wanderung ließ August Bebel sich in Leipzig nieder, wo er als Drechslermeister einen eigenen Betrieb führte und sich zeitgleich politisch betätigte. Zunächst kleinbürgerlich liberal, aber mit zunehmender Kenntnis und Lebenserfahrung immer stärker sozialistisch orientiert, wobei er sich nicht dem lassalleschen ADAV anschloss, sondern Mitglied des konkurrierenden *Vereinstages Deutscher Arbeitervereine*, später *Verband Deutscher Arbeitervereine/VDAV* wurde. Schnell stieg er in deren Hierarchie auf. 1865 begegnete er Wilhelm Liebknecht, mit dem er 1866 die radikaldemokratische Sächsische Volkspartei gründete, die gegen Ende des Jahres der *Internationalen Arbeiterassoziation/IAA* beitrat. Schon im Jahre 1867 begann Bebels parlamentarische Laufbahn, die im Reichstag des Norddeutschen Bundes ihren Anfang nahm und ihn bis 1913 als wichtigsten sozialdemokratischen Parlamentarier in den Reichstag des 1871 gegründeten Deutschen Reiches führte.

Der Drechslermeister Bebel las Lassalles Schriften und 1864 die „Inauguraladresse" der IAA und kam so nach eigenem Verständnis „über Lassalle zu Marx". 1869 gründeten Bebel und Liebknecht die marxistisch orientierte *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands* (SDAP), die Sozialdemokratie Eisenacher Programms. Ihre Parteitätigkeit war dem Staat gar nicht recht, er sah seine Ordnung gestört und fürchtete eine Revolution, so dass beide Protagonisten eine nicht geringe Zeit in Gefängnissen und auf Festungen interniert zubringen mussten. Bebel nutzte diese Zeit zur Weiterbildung. So las er 1869 den ersten Band des marxschen „Kapitals". Anfang der 1870er-Jahre führten ADAV und SDAP einen *„Bruderkampf"*, zwei sozialistische Parteien mit unterschiedlichen Vorstellungen, einerseits den lassalleschen Ideen verhaftet, anderseits dem, was zu der Zeit als ‚marxistisch' verstanden wurde. Moderate Kräfte beider Seiten erkannten die Notwendigkeit, sich zu einer sozialdemokratischen Partei zu vereinigen. Das geschah 1875 in Gotha. In der Zeit des Sozialistengesetzes hat August Bebel sich mit Hilfe seiner Frau und vie-

len weiteren Genossinnen und Genossen, insbesondere der sozialdemokratischen Parlamentarier, erfolgreich bemüht, die formal nicht mehr existente Partei zusammenzuhalten. Danach führte er ab 1892 die Partei nach außen hin doch sehr nach seinen eigenen Vorstellungen; er bildete mit Kautsky und anderen das marxistische Zentrum. Die Revisionisten und später auch die linksrevolutionären Parteigänger wurden von ihm relativ konstant eingehegt. Einige Sachbereiche führt Gisela Notz gesondert auf: Kolonialpolitik, Revisionismus und die Massenstreikdebatte. Besondere Erwähnung findet Bebel als erfolgreicher Buchautor von *„Die Frau und der Sozialismus"* und schließlich wird dessen Haltung zu Fragen des Militärs diskutiert. Der erklärte Antimilitarist und Kriegsgegner Bebel, so die sozialdemokratische Parteiräson, war allerdings kein Pazifist; Bebel rühmte sich auf dem Parteitag 1907 in Essen, im Falle eines Falles *„die Flinte auf den Buckel zu nehmen und in den Krieg [hier gegen Russland]"* zu ziehen. Die Landesverteidigung war für Sozialdemokraten eine Pflicht.[3] Auch die Aussagen zu Bebels Antikolonialismus bedürfen einer kleinen Ergänzung. In seiner großen Rede im Dezember 1906 im Reichstag, die sich um den Nachtragshaushalt für die Kolonien drehte, äußerte der SPD-Vorsitzende *„Meine Herren, daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt darauf an, wie Kolonialpolitik getrieben wird."*[4]

Im zweiten Teil des vorliegenden Bandes finden sich verschiedene Texte Bebels aus der großen Menge von Reden, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie Briefen, die er als verantwortlicher SPD-Führer, Ehemann und Freund geschrieben hat, und einige Texte über August Bebel, die dessen außergewöhnliche Redebegabung und die Fähigkeit, Massen zu begeistern und in seinen Bann zu ziehen, beschreiben.

Insbesondere einige Zuschreibungen Eduard Bernsteins in diesem Band bedürfen allerdings einer Kommentierung und/oder Korrektur. Auf der Seite 35/36 wird von Bernstein neben der Tatsache, dass er in den 1890er-Jahren eine Revision der marxschen Grundlagen der SPD gefordert habe, worauf hier nicht eingegangen werden soll, gesagt, dass er 1899 seiner Partei geraten habe, sich von der Pariser Kommune zu distanzieren. Das ist nicht korrekt: ausdrücklich formuliert er im Nachtrag zu *„Die Französische Revolution 1848"* von 1898 auf S. 645, dass die Pariser Kommune von 1871 der modernen Arbeiterbewegung einen großen Anstoß gegeben habe. Allerdings bewertet er die Wirkung der Februarrevolution von 1848 in Frankreich höher als die der Pariser Kommune. Und in den *„Voraussetzungen des Sozialismus …"* von 1899 wird die Kommune lediglich als moderneres Beispiel eines revolutionären Prozesses gegenüber der Sichtweise gezeigt, die sich im *„Kommunistischen Manifest"* von 1848 findet. Auf der Seite 37 des

3 Bernstein, Eduard: Das Manifest der Parteikonferenz zur Friedensfrage. In: Die Neue Zeit, Nr. 2 vom 13.10.1916, Jg. 35.1, S. 35.

4 Bebel, August: Rede über die Kolonialpolitik. Verhandlungen des Reichstags. 131. Sitzung vom 01.12.1906. Band 218, S. 4051-4071, hier S. 4057.

vorliegenden Bandes wird durch ein Zitat Bernsteins Hochachtung vor Bebels demokratischer Haltung *„im Fühlen wie im Denken"* ausgedrückt. Das ist sehr wahr. Aber Bebel war überhaupt nicht, wie Gisela Notz schreibt, mit Bernstein *„zeitlebens zerstritten"*. Ganz im Gegenteil, die Distanz zu Bernstein begann frühestens erst gegen Ende der *„Probleme des Sozialismus"* 1898 und führte dann durch die *„Voraussetzungen des Sozialismus"* 1899 und später zu einem gewissen ‚revisionistischen' Höhepunkt. August Bebel und Eduard Bernstein waren Duz-Freunde, seit sie Ende 1880 beide gemeinsam auf dem ‚Kanossagang' Marx und Engels in London besucht hatten. August Bebel inthronisierte Bernstein quasi als ‚Chefredakteur' von *„Der Sozialdemokrat"* in Zürich und war mit dessen Leistung hoch zufrieden. Und trotz der großen Auseinandersetzungen im Revisionismusstreit hielt Bebel – mit einigen Bedenken – letztendlich zu dem Miterben des Vermächtnisses Friedrich Engels' Eduard Bernstein. Nach Bebels Tod am 13. August 1913 war Bernstein Engels' Alleinerbe für die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands.* Bebel und Bernstein waren 1913 gemeinsam Herausgeber des Briefwechsels zwischen Friedrich Engels und Karl Marx. Ein weiterer Punkt: in dem grundsätzlich sehr lobenswerten ausführlichen Personenregister zu diesem Band findet sich ein Satz, der nicht unkommentiert bleiben kann: *„Bernstein, Eduard (1850-1932), Schüler von Friedrich Engels …"* Bernstein war kein Schüler von Friedrich Engels. Engels war für Bernstein selbstverständlich eine große Autorität, aber alle Ratschläge, die ihm Friedrich Engels gab, erfolgten stets ex post und in den Jahren, bis sich beide ab 1888 auch persönlich sehen konnten, weil Bernstein von London aus arbeitete, war der Kontakt nur brieflicher Natur. Beide waren Freunde und, jedenfalls ‚in the long run', auf Augenhöhe, und es gab nie ein schülerähnliches Verhältnis. Gegen diese Ansicht, die schon Zeitgenossen verbreiteten, wehrte Bernstein sich nachhaltig, und, wie der Rezensent meint, zurecht. Problematisch scheint mir heute die Nutzung der Vokabeln *„Opportunismus und Revisionismus"* (S. 53 des Notz-Beitrags). Beide Begriffe waren und sind Kampfvokabeln der Gegner des sogenannten Revisionismus, aber die Revision der marxschen Lehren war notwendig und wichtig; Marx hätte sie ganz sicher ausdrücklich eingefordert. Der Begriff Opportunismus findet sich insbesondere in den Büchern, die sich in der DDR (unwillig und selten) mit Bernstein beschäftigten und natürlich in zeitgenössischen Quellen, beispielsweise bei Luxemburg und Parvus. Hier scheinen sich alte Vorurteile immer noch auszuwirken.[5] Zum Schluss dieser Randbemerkungen noch eine kleine Notiz zum Personenregister: Hugo Haase war ganz sicher ein Kritiker der Militärpolitik und Kriegsgegner, aber kein Pazifist.

Im Anhang des Notzschen Bandes finden sich biografische Daten Bebels, das schon angesprochene gute Personenregister und eine knappe Literaturauswahl von und

5 Wenn man sich die umfangreichen Erläuterungen der beiden Stichwörter „Revisionismus" und „Opportunismus" z. B. im Philosophischen Wörterbuch von Buhr/Klaus ansieht, ahnt man, wie vernichtend ein solches Urteil im Politikverständnis der DDR war. Buhr/Klaus Wörterbuch 2 (1975), S. 897-898 u. 1055-1060.

über August und Julie Bebel. Eine kurze Personalnotiz zur Herausgeberin rundet das Buch ab. Der Band beinhaltet neben dem Cover-Bildnis Bebels vier weitere Abbildungen. Auf Seite 73 findet sich die bekannte Fotografie, die Friedrich Engels anlässlich des Internationalen Arbeiterkongresses im August 1893 in einem Garten-Restaurant in Bendlikon nahe Zürich im Kreise seiner ‚Lieben', darunter Bebel, Zetkin und Bernstein, zeigt. Ein Junge ist darauf abgebildet, der zwischen August Bebel und Regina Bernstein sitzt. Dabei handelt es sich um den Sohn Regina Bernsteins Ernst, dessen Familienname Schattner lautet und nicht Schaffer, wie dort fälschlich notiert ist.

Insgesamt handelt es sich bei dem vorgestellten Titel um ein nützliches und anregendes Buch, um sich mit August Bebel erstmals zu befassen und einen Einstieg in das bebelsche Leben und in die Geschichte der frühen *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* zu erhalten. Eine Besonderheit ist die gute Einbindung der Beschreibung der Arbeit von und für Frauen in der SPD. Gisela Notz war darum bemüht, den Ton des biografischen Teils nicht hagiographisch anzulegen und hat diese Haltung, trotz erkennbarer Sympathie zu dem Protagonisten und dessen Wirken, gut umgesetzt.

Klaus Leesch

Harald Koth (Hrsg.): Karl Kautsky oder: Der „Kirchenvater" des Marxismus. Karl Dietz Verlag, Berlin 2022, 176 Seiten, 12 €, ISBN 978-3-320-02398-0.

In der Reihe „Biografische Minitaturen" stellt der Berliner Karl Dietz Verlag in regelmäßigen Abständen „bekannte und weniger bekannte ausgewählte Protagonisten der linken Bewegung, ihre Irrwege, Verbrechen oder Erfolge"[6] vor. Als eine der jüngsten Publikationen in dieser Reihe ist im Herbst des vergangenen Jahres von dem habilitierten Historiker Harald Koth der Band „Karl Kautsky oder: Der ‚Kirchenvater' des Marxismus" erschienen. Koth, der in der Vergangenheit besonders zur Geschichte der deutschen und internationalen Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts sowie insbesondere über Karl Kautsky publizierte, führt in dem Band – für die Reihe des Verlags charakteristisch – zunächst essayistisch und umfangreich in das Leben und Denken Kautskys ein, ehe der Band eine Auswahl an Texten von Kautsky präsentiert.

Der einführende Essay Koths arbeitet sich nach einem kurzen Überblick über die Person Kautsky weitestgehend chronologisch vertiefend an entscheidenden Lebensstationen Kautskys ab. Bereits zu Beginn wird hierbei die Bedeutung einer Auseinandersetzung mit diesem als wichtige Figur in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die für ein Vorbereiten bis die Revolution heranreift stand, deutlich. In der chronologischen Auseinandersetzung mit Kautsky nach dem Intro wird dann zunächst auf Kautskys Geburt in Wien als Sohn eines tschechischen Theatermalers und einer deutschen Schauspielerin und sein Aufwachsen in gediegenen Verhältnissen kurz eingegangen, ehe sich anschließend ausführlicher mit den für sein Wirken und

6 https://dietzberlin.de/reihe/ biografische-miniaturen/ – zuletzt aufgerufen am 1.8. 2023.

Zum Inhaltsverzeichnis

Denken wichtigen Stationen auseinandergesetzt wird. Koth kontextualisiert anhand von historischen Einordnungen und unter Einbeziehung wichtiger weiterer Persönlichkeiten seiner Zeit beispielsweise Kautskys Zeit als Mitarbeiter von Karl Höchberg, während der er Eduard Bernstein kennenlernte, seine Gründung der Zeitschrift Die *Neue Zeit*, seine Mitarbeit am Erfurter und am Heidelberger Programm, seine Position im Revisionismusstreit sowie seine Rolle bei der Gründung der USPD in Folge der von ihm abgelehnten aggressiven deutschen Kriegspolitik. Der Essay endet mit einem kritischen Resümee, in dem differenziert die These vertreten wird, dass Kautsky an sich selbst gescheitert sei. Nicht nur hat Kautsky in seinen letzten Lebensjahren ideell erheblich an Einfluss in der Sozialdemokratie verloren und musste den Untergang der Demokratie sowie die ersten Jahre Nazi-Deutschlands über Prag nach Amsterdam geflüchtet miterleben, auch bewertet Koth kritisch:

„Sein über philosophische bzw. historische Studien hinausgehendes Dauerthema fürs Alter fand Kautsky kurz nach der Übernahme der Macht durch die Bolschewiki in der Demokratie. Mit der Beschwörung eines sich ebenso ins Formelhafte verflüchtigenden wie inhaltlich völlig entleerenden Gegensatzes zwischen Diktatur und Demokratie fiel er dabei weit unter sein eigenes Niveau und brach mit dem von ihm selbst konstituierten Marxismus. Das allein als Ausdruck nachlassender intellektueller Kräfte werten zu wollen, wäre wohlfeil. Eher kam Kautsky zu Bewusstsein, welche Aktie er an der Diskreditierung von Sozialismus und Demokratie durch die Bolschewiki hatte." (S. 95)

Darüber hinaus betont Koth treffenderweise auch, dass Kautsky sich mit transformativen Fragen nie umfangreich auseinandergesetzt hat. Insgesamt gelingt es Koth in seinem Essay, sehr kenntnisreich, differenziert und umfassend in das Leben und Denken Kautskys einzuführen. Zwar muss man nicht jede Bewertung des Autors teilen, dem Essay lässt sich aber entnehmen, wo die streitbaren und kontroversen Stellen im Denken Kautskys zu finden sind.

Während der Essay also eine gelungene Rekonstruktion, in der Kautsky kritisch gewürdigt wird und die Leserinnen und Leser zum kritischen Weiterdenken angeregt werden, darstellt, überzeugt besonders auch die Textauswahl, in der die wesentlichen Denkfiguren und Sozialisationserfahrungen Kautskys ersichtlich werden. Besonders gelungen ist hierbei auch die Auswahl der Parteitagsrede über Bernsteins Revisionismus, die in Abgrenzung zu einem anderen wichtigen Theoretiker und Praktiker der Arbeiterbewegung das Denken Kautskys gut zur Geltung kommen lässt. Besonders anhand dieser Rede lässt sich dann aber auch die Frage stellen, ob Bernstein, wie auch von Carlo Schmid so interpretiert, nicht ideell gesiegt habe und Kautsky ein Stück weit, wie von Koth resümiert, an sich selbst gescheitert ist. Kurzum: Der Band kann auf der Grundlage einer gelungenen Vorstellung Kautskys und einer treffenden sowie spannenden Textauswahl allen empfohlen werden, die das Leben und Denken des marxistischen Theoretikers und Vordenkers der Sozialdemokratie im Wesentlichen vor Augen geführt bekommen möchten.

Hendrik Küpper

Zum Inhaltsverzeichnis

Horst Jäkel (Hrsg.): DDR – unser Erbe. Erlebnisse, Betrachtungen, Erkenntnisse, Dokumente. 1. Auflage 2020 im Auftrag der unabhängigen Autorengemeinschaft „Als Zeitzeugen erlebt". Redaktionskollektiv: Gerlind Jäkel, Horst Jäkel, Helga Bornstädt, Christa Kikels, Hans-Jürgen Westphal. Medienpunktpotsdam.

Die unabhängige Autorengemeinschaft legte von 1999 bis 2020 15 Bände vor. Das hier zu besprechende Buch ist das letzte in der Reihe „Als Zeitzeugen erlebt".

Ursula Münch unterbrach Mitte der 90er-Jahre ihre Altersruhe, um zusammen mit anderen Zeitzeugen eine Spurensicherung gegen die massive Geschichtsverfälschung vorzunehmen. Eine bei der PDS erbetene Unterstützung des Vorhabens blieb aus. Offene Ohren fanden die Zeitzeugen beim GNN-Verlag Schkeuditz unter Leitung von Herbert Stascheit, der das Projekt in sein Verlagsprogramm aufnahm.

Das 1999 erscheinende Buch über den 17. Juni 1953 war gleich ein Volltreffer. Die aus dem Nachlass von Arnold Eisensee (1926-1995) in den Band aufgenommene Studie „Funkstudio Stalinallee" fand besondere Aufmerksamkeit. Der Schriftsteller Arnold Eisensee, der 1962 aus bisher nicht bekannten Gründen aus der SED ausgeschlossen wurde, war in der DDR wenig bekannt. Erinnern konnten sich aber viele Leser noch an das von Chris Doerk gesungene Lied „Die Rose von Chile", dessen Text Eisensee verfasst hatte. Eisensee leitete auf der Baustelle Stalinallee das Funkstudio. Er wusste genau, was im Jahre 1953 stattfand. Seine Chronik, die durch spätere Studien ergänzt wurde, ist außerordentlich aufschlussreich für die historische Forschung. Nirgends wird so nachvollziehbar wie bei Eisensee das Aufschaukeln des Normenproblems sichtbar. Die Brigaden der Stalinallee, die sich überwiegend bis zum 1. Mai 1953 zu einer Normerhöhung von 10 % verpflichtet hatten, wurden Ende Mai damit konfrontiert, dass ihnen die Regierung eine weitere Normerhöhung von 10 % zumutete. Die Wut und Empörung der Arbeiter wird gerade durch die feinsinnige Darstellung Eisensees plastisch. Es rumorte auf den Baustellen. Interessante Details über die „Dampferkommission" werden berichtet, die am 13. Juni eine Fahrt zur Gaststätte „Rübezahl" vorbereitete. Wie es dann am 16. Juni zu dem überspringenden Funken kam, beschreibt Eisensee bis ins letzte Detail.

Hunderte Zeitzeugen waren bereit, Episoden aus ihrem Leben zu schildern. In der Reihe „Spurensuche" wurde ein breites Panorama „DDR-konkret" entfaltet. Den Autoren ging es nicht um die Geschichte der großen Politik, nicht um die Partei- und Staatsführung. Das eigene Erleben hatte Vorrang vor Konzepten und Ideologien. Berichtet wurde aus der Perspektive von unten und aus der Mitte. Unter den Berichten dominierten die von „Aufsteigern", die sich aus einer sozialen Situation hocharbeiteten, wozu die Generationen vor ihnen nie die Chance gehabt hatten; ein Aufstieg, den auch die westdeutsche Gesellschaft ihnen nicht ermöglicht hätte. Das erklärt den positiven Bezug zur DDR. In dieser Beziehung waren die Beiträge gewiss einseitig, jedoch nicht unkritisch geschrieben.

Ab dem siebenten Buch ging die Koordinierungsfunktion an Horst Jäkel über.

Auch bei dem vorliegenden Band spielt die große Politik eher am Rande eine Rolle. Im Mittelpunkt stehen

• die Arbeiter, die zum Beispiel die LKW W 50 und L 60 produzierten und in die Welt schickten,

• die Bauern, die dank Bodenreform, MAS und MTS und ganz viel Aus- und Weiterbildung Großes im Feldbau und bei der Tierzucht erwirtschafteten,

• die Studenten, für die ABF und Stipendium ebenso wenig Fremdworte waren wie Ernteeinsätze und NAW,

• die Pädagogen, die als liebevolle, stets einsatzbereite „Kinderkopf- und Herzbearbeiter" oft rührend gewürdigt werden und die

• Kunstschaffenden, die die DDR-Kulturschätze aufopferungsvoll vor der Bilderstürmerei bewahren.

Amüsant sind Geschichten, die der Schauspieler Ernst-Georg Schwill zum Besten gibt, so z. B., dass Eduard von Winterstein bei der Aufführung des Nathan kurz vor dem Heben des Vorhangs merkte, dass er die Zähne in der Garderobe vergessen hatte. Nachdenklich stimmt, was Peter Michel über die „Spur der Schande" zu berichten weiß. Auch Jahrzehnte nach dem Ende der DDR findet offizielle Geschichtsbetrachtung noch immer nach den starren Regeln der Totalitarismus-Doktrin statt. Hans-Jürgen Westphal schildert, wie langweilig es in seinem Dorf Groß-Polzin nach Herstellung der deutschen Einheit geworden ist: „Es gibt keinen Friseur, keine Arztstation mehr, keine Bibliothek, keine Gaststätte, kein Kino. Das Kulturhaus ist ja noch da, aber auf dem schlechten Weg, eine Ruine zu werden. Der KONSUM hat wohl 98 dicht gemacht." (S. 354 f.)

Helga Bornstädt, viele Jahre Volkskorrespondentin der „Märkischen Volksstimme", beschreibt anschaulich den sozialen Fortschritt in der DDR: „Die erste Schrippe zum Preis von 5 Pfennigen kam am 3. September 1954 in den Laden. Am 1. Juni 1958 gab es die erste Butter für 2,40 Mark und die erste Bockwurst für 85 Pfennige. Ab 1. Januar 1951 konnte Brot unrationiert gekauft werden. Der 8. April 1953 war der letzte Tag der Rationierung von Textilien und Schuhen. Mit dem 1. Juni 1958 wurden die Lebensmittelkarten ungültig." (S. 332 f.) Unter der Überschrift „Kleine Scheine – großer Wert" sind je zwei Fünf- und Zehnmarkscheine sowie ein Zwanzigmarkschein abgebildet. Darunter findet sich folgender Kommentar: „Dieses Geld (47,50 DDR-Mark) reichte von 1960 bis 1990 als Miete für eine Zweieinhalb-Zimmerwohnung. Heutiger Mietpreis für diese Wohnung: 482,32 Euro" (S. 334).

Eine Bereicherung für den Band sind die Fotos von Gerlind Jäkel und die Zeichnungen von Siegfried Spantig und Hans-Jürgen Westphal.

Siegfried Prokop

Stefan Bollinger: „1939. Wie der Krieg gemacht wurde ... und Deutschland die Welt in den Abgrund stürzen durfte." PappyRossa Verlag, Köln 2022, 247 Seiten, 16,90 €. ISBN 978-3-89438-693-1. Ders.: Die Russen kommen! Wie umgehen mit dem Ukrainekrieg? Über deutsche Hysterie und deren Ursachen. Verlag am Park, Berlin 2022, 240 Seiten, 16 €. ISBN 978-3-89793-347-7.

Zum Inhaltsverzeichnis

Wenige Tage nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 sprach Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) von einer „Zeitenwende". Die Rückkehr des Krieges nach Europa mache politische und finanzielle Entscheidungen nötig, derer es über viele Jahrzehnte, seit 1989/91, nicht mehr bedurft hätte. Doch Kriege fallen nicht vom Himmel, werden nur sehr selten unvorhergesehener Maßen vom Zaun gebrochen. Jeder Krieg hat Ursachen, die tief in der Vergangenheit wurzeln, schreibt Stefan Bollinger auf dem Klappentext seines Buches über das schwierige deutsch-russische Verhältnis. Und jede Kriegsführung basiert auf einer ökonomischen, politischen, logistischen und propagandistischen Vorbereitung und auf einer Feindbeschreibung, die im Zweifelsfall sowohl die Abwehr einer Bedrohung als auch den präventiven Angriff als Verhinderung von etwas Furchtbarerem legitimieren kann. Beide Bände Bollingers nehmen den Komplex Kriegsvorbereitung und Krieg deshalb von zwei Seiten unter die Lupe. Zum einen untersucht er den Weg in den Zweiten Weltkrieg und die konkreten Entscheidungen und Fehlentscheidungen etwa im Westen, in Polen und in der UdSSR, ihn zu verhindern. Zum anderen blickt er vom Ukrainekrieg aus zurück auf die prinzipiell heikle Beziehung zwischen Deutschland und Russland, deren Pendelschlag aktuell wieder von einem schroffen Gegensatz gekennzeichnet ist. Von daher ist eine Doppelrezension sinnvoll, zumal aus zeitlichem Abstand heraus, da beide Bände in einem Zeitumfeld entstanden, in dem der Ukrainekrieg am Horizont aufstieg bzw. schon begonnen war.

Der Band „1939. Wie der Krieg gemacht wurde" beginnt mit dem Kapitel „Kein Prolog: Es ist Krieg", Bollinger zitiert hier Carl von Ossietzky, der 1931 in der „Weltbühne" in einem Offenen Brief an Reichswehrminister (General) Wilhelm Groener schrieb: „Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat eh und je auf Krieg spekuliert." Und sehen wir nicht heute, dass eine Reaktion auf den Ukrainekrieg im Westen wie in Russland die Ankurbelung der Rüstungswirtschaft ist? Daneben wird stets die nationalistische Ideologieproduktion ebenfalls angekurbelt, wie Bollinger nicht nur am Beispiel NS-Deutschlands, sondern auch Polens nachweist, dessen nationalistische Illusionen zu einer schweren Unterschätzung der deutschen Gefahr führten. Und es wurde und wird mit Mythen operiert, also mit Bedrohungslügen oder mit nachträglichen Umdeutungen. Doch, wie der Autor zu Beginn dieses Bandes betont, sieht er es nicht als seine Aufgabe an, „in verstaubten Archiven gefundene außerordentliche Fundstücke zu präsentieren. Er will dem allgemein informierten, vor allem interessierten Leser einen Anhalt geben, was Politik, Geschichtsschreibung und mediales Geschichtsentertainment in den vergangenen Jahrzehnten erforscht, aufgeschrieben, verbreitet, interpretiert, oft genug ge- oder zumindest verfälscht haben." (1939, S. 19) Es geht Bollinger also nicht um die vermeintliche Enthüllung von Geheimnissen, sondern um das Aufzeigen von Wirkungen geschichtspolitischen und pro-

pagandistischen Agierens. Und dieses findet auf beiden Seiten eines Konflikts statt und funktioniert eben nicht so, wie wir es aus dem Kalten Krieg kennen. Diese Erkenntnis als Leserin und Leser nicht nur kopfnickend zur Kenntnis zu nehmen, sondern auf aktuelle Konflikte anwenden zu können, ist ein pädagogisches Vermittlungsziel, dem sich der Autor in beiden Bänden widmet. Dazu gehört auch, dass im Band „Die Russen kommen!“ nicht allein die westliche Weltsicht repetiert wird, sondern die beiderseitigen oder multilateralen Interessen aufgewiesen und abgewogen werden, getreu dem Hinweis des Historikers Stefan Creuzberger, der in seiner Studie über „Das deutsch-russische Jahrhundert“ dazu riet, die Interessen und Motive der russischen Seite gerade in der aktuellen Lage genau zu studieren, um sie zu verstehen und politisch angemessen reagieren zu können. Wie wir in mancher Talkshow oder Diskussionsrunde gegenwärtig erleben dürfen, ist Empathie (nicht Sympathie!) als Grundstock der Diplomatie derzeit wenig gefragt und trägt selbst anerkannt ausgewiesenen Russlandkenner*innen wie der Journalistin Gabriele Krone-Schmalz Ablehnung, den Vorwurf der Putin-Versteherei oder Veranstaltungsausladungen ein. Fast wünschte man sich von der Politik eine pragmatische Selbstzügelung wie die des Fürsten Bismarck herbei, dessen Devise es stets gewesen war, einen Krieg gegen Russland zu vermeiden. Das Völkerrechtswidrige des russischen Vorgehens gegen die Ukraine steht dabei für Bollinger außer Frage, andererseits erinnert er daran, dass diese böse Entwicklung eben nicht vom Himmel fiel, sondern durchaus absehbar war, somit auch hätte verhindert werden können. Was auf den aktuellen Teil folgt ist die Rekonstruktion der Grundsituationen des deutsch-russischen Verhältnisses seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Sowohl die furchtbaren Kriege des 20. Jahrhunderts mitsamt dem am 22. Juni 1941 begonnen Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion kommen zur Sprache, als auch die zwischenzeitlichen Annäherungen, unter denen der Vertrag von Rapallo 1922 eine zentrale Rolle spielt. Damals wurden die Beziehungen beider Staaten auf eine friedliche und vernünftige Grundlage gestellt. Willy Brandts Entspannungspolitik oder die Verständigungen im Zuge der Perestroika der Ära Gorbatschow gingen in die gleiche Richtung und trugen dazu bei, den Frieden sicherer zu machen. Von daher plädiert Bollinger für eine neue Politik der Bundesrepublik und des Westens im Geiste von Rapallo und der Tatsache eingedenk, dass wir uns gegenwärtig stets in der Nähe des atomaren Damoklesschwertes bewegen, wenn nur auf Zuspitzung durch Hochrüstung und Verhandlungsverzicht gesetzt wird. Die Folgen einer solchen verhängnisvollen Strategie und von leichtfertigen Fehleinschätzungen oder aggressiven Geschichtsmythen sind Gegenstand des vorgenannten „1939“ Bandes. Das schließt nicht nur die Lügen, Mythen und systematischen Kriegsvorbereitungen militärischer wie propagandistischer Art der Nazis ein, sondern auch die nationalistisch bedingten Fehl-einschätzungen etwa in Polen, die dazu führten, dass sich das Land nicht aktiver vor einem Angriff schützte. Die Erinnerungen des späteren polnischen Generals und Präsidenten Jaruzelski fassen diese Gemengelage

verhängnisvoller Fehler prägnant zusammen: „Doch damals wünschten wir uns diesen Krieg herbei. Wir konnten endlich zeigen, wozu wir fähig sind, wir würden Helden sein, wir gingen überall hin, wo wir gebraucht würden, um zu kämpfen, und wir würden diesen Deutschen zeigen, mit wem sie es zu tun hatten. Manchmal, wenn wir erfuhren, dass jemand eine neue Friedensinitiative gestartet hatte, oder wenn die Spannungen nachgelassen hatten, fragten wir uns: ‚Wozu soll das gut sein?'" (1939, S. 17) Im Gegensatz zu heute, das steht bei Bollinger im Hintergrund, gab es noch nicht die Bedrohung durch einen Atomkrieg, und dennoch führten der Wille zum unbedingten Krieg bei den Nazis und die mangelnde Fähigkeit seiner künftigen Gegner, ihn zu verhindern, zur zivilisatorischen Katastrophe in Europa. Man denkt bei der Lektüre dieser beiden Bücher Bollingers gewiss an Willy Brandts Ausspruch: „Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts." Darüber sollten die Staatenlenker*innen in Europa und der Welt einmal wieder gründlicher nachdenken.

Holger Czitrich-Stahl

Chiara Valentini: Der eigenartige Genosse Enrico Berlinguer. Kommunist und Demokrat im Nachkriegseuropa, J. H. W. Dietz, Bonn 2022, 480 Seiten.

Die Kommunistische Partei Italiens (KPI) wird bis heute in der Linken verschiedener politischer Lager mit einer gewissen Faszination betrachtet. War sie doch die größte kommunistische Massenpartei im Nachkriegseuropa außerhalb des Eisernen Vorhangs und zeichnete sich durch eine wachsende Selbstständigkeit vom „großen Bruder" in Moskau und eine demokratische Orientierung aus. Neben dem langjährigen Parteivorsitzenden der Kriegs- und Nachkriegszeit, Palmirio Togliatti, steht Enrico Berlinguer, der die Partei in der Zeit ihres größten Einflusses im Zuge der sozialen Bewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre anführte, für diese Ausrichtung. Hierzulande ist er sicherlich am besten bekannt und auch berüchtigt für den umstrittenen Kurs des „historischen Kompromisses" zwischen Kommunisten und Christdemokraten auf dem Höhepunkt der Protestwelle Anfang der 1970er-Jahre, und für den „Eurokommunismus", der vielen Linken in Ost und West als Hoffnungsträger für einen demokratischen „dritten Weg" zwischen stalinistischer Diktatur und sozialdemokratischer Integration in den Kapitalismus galt.

Am 25. Mai 2022 wäre Berlinguer 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass hat der J. H. W. Dietz-Verlag die deutsche Übersetzung seiner Biografie aus der Feder der Journalistin Claudia Valentini herausgebracht. Es ist bereits ihre dritte Berlinguer-Biografie. Die erste, die noch in den 1980er-Jahren erschienen ist, wenige Jahre nach seinem Tod, beruhte vor allem auf Interviews mit seinen Weggefährten, insbesondere aus „jenem geheimen Ort (…), den damals die Parteispitze der KPI seit Togliattis Zeiten bildete" (S. 433). Für die nun im Deutschen vorliegende Ausgabe von 2014 konnte sie auch seit Kurzem zugängliche Dokumente aus den Partei- und Staatsarchiven, unter anderem auch der Geheimdienste, auswerten. Dabei kommen auch für den Italienkenner einige neue interes-

Zum Inhaltsverzeichnis

sante Details zutage, wie ein gescheiterter Attentatsversuch auf Berlinguer 1973 bei einem Besuch in Bulgarien, hinter dem die Autorin neben internen Machtkämpfen in der Bulgarischen Kommunistischen Partei auch sowjetische Drahtzieher vermutet.

Die Bezeichnung im deutschen Titel als „eigenartiger Genosse" geht auf die US-amerikanische Presse zurück und soll darauf anspielen, dass Berlinguer Zeit seines Lebens in der italienischen Linken nicht nur sehr umstritten war, sondern auch verschiedene Gegensätze und Welten in seiner Persönlichkeit und Politik vereinigte. Das fängt bereits mit seiner Herkunft aus einer großbürgerlichen Familie im sardischen Sassari, wo Berlinguer 1922 geboren wurde, an. Nach dem Sturz Mussolinis trat er 1943 der KPI bei, blieb dort aber lange Zeit eher ein Außenseiter innerhalb der von der Aura des Partisanenkampfes umwobenen Parteiführung. Berlinguer arbeitete sich stattdessen in der Partei hoch, zunächst als Jugendfunktionär, später auch als Verantwortlicher des Sekretariats. Seine kommunistische Identität wurde also vor allem durch die Ochsentour im Apparat geprägt, mit seinen Vorgaben für Disziplin und Loyalität gegenüber der Parteiführung, was in späteren Jahren seine Schwierigkeiten im Umgang mit den sozialen Bewegungen erklärt, was allerdings für große Teile der Partei gilt. Valentini beschreibt ihn nicht unbedingt als eine besonders charismatische Persönlichkeit, sondern eher als schüchternen und zurückhaltenden Menschen, der innerhalb der Partei eher eine Vermittlerrolle einnahm und sich dabei oft an die jeweilige Parteiführung hielt. Eben diese vermittelnde Rolle war es dann aber auch, weshalb er 1972 zum Generalsekretär ernannt wurde, da sich die Führer der sich nach dem Tod Togliattis 1963 herausbildenden rechten und linken Flügel, nicht ohne zu große Verwerfungen zu erzeugen, durchsetzen konnten. Dennoch konnte er auch eigene Positionen entwickeln und gegen Widerstände in der Partei vertreten. Das zeigte sich bereits 1956, als sich Berlinguer als einziges Mitglied des Leitungsgremiums hinter den Gewerkschaftsvorsitzenden Giuseppe Di Vittorio stellte, der den Einmarsch der UdSSR in Ungarn öffentlich verurteilt hatte.

Auch der „historische Kompromiss", den Berlinguer nach dem Putsch in Chile 1973 in mehreren Artikeln in der Parteizeitung „Rinascita" ausbuchstabierte, knüpfte zwar an politische Orientierungen in der Partei an, als strategisch ausformulierte Linie war er allerdings sein Werk. Auf dem Höhepunkt der sozialen Auseinandersetzungen in Italien nach 1968 sah er eine Übereinkunft zwischen Kommunisten und Christdemokraten für notwendig an, um einen drohenden Putsch wie in Chile, aber auch in Griechenland wenige Jahre zuvor, zu verhindern. Das brachte ihm viel Kritik nicht nur in der außerparlamentarischen Linken ein, sondern auch der eigenen Parteibasis und insbesondere ihres linken Flügels. Valentini zeichnet Berlinguer aber auch als nachdenklichen Menschen, der sich in Krisenzeiten zunächst oft zurückzog und durchaus die Fähigkeit besaß, sich neu zu orientieren. Das wird besonders in seiner letzten Phase ab 1979 deutlich, als er den „historischen Kompromiss" wieder verwarf und sich für eine Persönlichkeit, die durch die Parteibürokratie geformt wurde,

erstaunlich positiv auf die sozialen Bewegungen zu beziehen begann. Diese Phase seines Lebens enthält nach Meinung des Rezensenten auch für die heutige Zeit die interessantesten Anregungen. Sie war geprägt von einer tiefgehenden Reflexion und dem Versuch, die kommunistische Identität neu zu definieren, nach den Erfahrungen mit den Intrigen und Machenschaften im Staatsapparat und den gesellschaftlichen Veränderungen nach 1968 sowie dem endgültigen Bruch mit der UdSSR, der nach der Ausrufung des Kriegszustandes in Polen 1981 erfolgte. Ein Interview im gleichen Jahr gibt Valentini wie folgt wieder: „Kommunist und Revolutionär in einem Land in Westeuropa zu sein, bedeutet, die ‚vorherrschenden Werte' abzulehnen, im Besonderen den Kampf ‚jeder gegen jeden'. Diese Ablehnung jedoch (...) muss in eine ‚aktive Politik' und in ein ‚Projekt' verwandelt werden." (S. 369) Am deutlichsten wird seine Fähigkeit zur Neuorientierung im Bezug zum Feminismus, dem Berlinguer mit einer eher biederen Moral- und Familienvorstellung anfangs skeptisch gegenüberstand. In seinen späteren Jahren wiederholte er jedoch gerne: „Dieses Jahrhundert hat drei große Revolutionen erlebt: die sowjetische und chinesische, die anti-koloniale Bewegung der 1950er-Jahre und die Frauenbewegung" (S. 412).

1984 erlitt Berlinguer schließlich auf spektakuläre Weise vor laufender Kamera bei einer Wahlkampfrede vor Arbeitern in Padua einen Herzinfarkt und verstarb kurz darauf. Am Trauerzug nahmen eineinhalb Millionen Menschen aus allen politischen Lagern teil. Bei den kurz darauf stattfindenden Europawahlen wurden die Kommunisten zum ersten und einzigen Mal stärkste Kraft vor den Christdemokraten in Italien. Das zeugt vom großen Charisma, den diese anfangs eher farblose Persönlichkeit aus der Parteibürokratie zum Ende ihres Lebens dann doch ausstrahlte. Damit war Berlinguer aber auch die letzte große Führungsperson der KPI, deren Niedergang und Zerfall nur wenig nach seinem Tod einsetzte.

Das Buch von Valentini, die Berlinguer gut kannte und auch Interviews mit ihm geführt hatte, ist mit großer Sympathie für ihren Protagonisten geschrieben. Mitunter gerät dies teilweise schon zu vertraulich, was auch am journalistischen Stil liegt, der im Präsenz formuliert und sich versucht, in die Person hineinzuversetzen und die Ereignisse aus ihrer Perspektive darzustellen. Für einen Historiker, der auf Quellenkritik bedacht ist, wirkt das manchmal etwas befremdlich und gewagt. Auch wird dabei ein gewisses Vorwissen über die italienische Zeitgeschichte vorausgesetzt. Dankenswerterweise hat der Herausgeber Klaus Pumberger für den deutschen Leser einen Zeitstrahl und Kurzbiografien im Buch vorkommender Persönlichkeiten im Anhang angefügt. Trotz aller Kritik ist diese Biografie jedoch letztlich nicht nur sehr gut lesbar, sondern enthält auch viele interessante Aspekte zur Geschichte der KPI und ihres letzten großen Vorsitzenden.

Dietmar Lange

Gerhard Oberkofler: Österreichs Spitzendiplomatie vor Ort. Das Beispiel Chile 1973. Gewidmet dem 50. Jahrestag des Sturzes der Regierung Allende. (= Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Bd.

Zum Inhaltsverzeichnis

24), trafo Verlagsgruppe, Dr. Wolfgang Weiss, Berlin 2023, 88 Seiten. ISBN 978-3-86464-257-9.

Oberkofler – jahrzehntelang als Archivar tätig, der sich in vielen Archiven Österreichs, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Deutschlands gut auskennt – hat eine sachkundig erläuterte Dokumentation der österreichischen Haltung zur chilenischen Politik unter Präsident Salvador Allende Gossens und zu deren Niederschlagung durch den von Augusto Pinochet angeführten Putsch vorgelegt. Als authentische Quellen dienen ihm Auszüge aus den Berichten des österreichischen Botschafters in Santiago de Chile, Adolf Hobel.

In einem Vorwort wird die Doppelmoral westlicher Staaten demaskiert, die sich selektiv auf die Verteidigung der Menschenrechte berufen, während sie sich selbst zahlreicher Verstöße gegen diese schuldig machen. In den folgenden, zu den abgedruckten Berichten hinführenden Abschnitten ordnet der Autor die revolutionären Umwälzungen in Chile zunächst in die großen emanzipatorischen Bewegungen der jüngeren Weltgeschichte ein, was allerdings nur holzschnittartig geschehen kann. Dem folgt eine Einschätzung der Außenpolitik unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und eine Charakterisierung seiner Spitzendiplomaten, die so Manches vom linken Image Kreiskys abblättern lässt. Schließlich wird ausführlich Auskunft gegeben über die trotz aller Umbrüche kontinuierlich verlaufende Karriere des Botschafters Adolf Hobel, die O. zusammenfassend mit den Worten charakterisiert: „Den Mantel nach dem Wind hängend“ (S. 22). Sein Urteil über die Botschaftsberichte, die von Aversionen gegen den antiimperialistischen und antikapitalistischen Kurs unter Allende und von Sympathien für die Putschisten beherrscht werden, fällt unmissverständlich harsch aus. Hier spiegle sich „das gesamte reaktionär bürgerliche Denken der politischen Eliten Österreichs wider. Dem selbständigen nationalen Weg von Chile, das sich mit Präsident Salvador Allende nicht an die Spielregeln der imperialistischen Kräfte halten wollte und Revolution und Demokratie zu vereinen suchte, wurde mit offener Feindschaft begegnet. […] In all seinen Berichten charakterisiert Botschafter Hobel Präsident Salvador Allende als verbrecherischen Klassenkämpfer“ (S. 26/27). Und in der Tat gibt es – jedenfalls in den abgedruckten Dokumenten – keine einzige objektive Information und Bewertung der im Interesse der Werktätigen und anderer Unterprivilegierten durchgeführten sozialpolitischen Maßnahmen der Unidad Popular.

Die in dieser Publikation vorgestellten Dokumente hat O. thematisch gruppiert und mit folgenden Überschriften versehen: Über Chile als „Rechtsstaat“, Über die Parlamentswahlen im März 1973 und ihre Ergebnisse, Über ökonomische Prozesse, Über die Schule und die Katholische Kirche, Helferhelfer des faschistischen Putsches am 11. September 1973. Zu den einzelnen Komplexen gibt es jeweils einen Vorspann, in dem Bezüge zu generellen historischen und gesellschaftlichen Konstellationen hergestellt werden. O. bewertet das von der Botschaft in Santiago de Chile nach Wien Berichtete als ein „Gemenge von Wahrem

und Falschem“ (S. 67). Es wäre indes der Überzeugungskraft seiner Darlegungen dienlich gewesen, wenn er dieses Gemenge zumindest in zentralen Punkten etwas entflochten hätte.

In einem rückblickenden Abschnitt fasst der Autor die Reaktionen Österreichs auf den faschistischen Putsch in Chile zusammen, die ein breites Spektrum von Facetten aufwiesen und von Solidaritätsbewegungen für die Opfer des Putsches bis zu apologetischen Verklärungen der Militärdiktatur unter General Pinochet reichten. An die Stelle eines Epilogs hat O. eine „philatelistische Notiz“ gesetzt. Hier wird vor allem (aber nicht nur) anhand der Herausgabe von Sonderbriefmarken – versehen mit einem Solidaritätszuschlag – die Unterstützung der DDR für die revolutionäre Bewegung in Chile und ihre Solidarität mit den Opfern des Militärputsches gewürdigt. Überhaupt verdient hervorgehoben zu werden, dass die in der DDR erschienene Literatur zu den wichtigsten vom Autor genutzten sekundären Quellen gehört.

Günter Benser

Alexander Kraus et al. (Hrsg.): Percorsi di Vita. Lebenswege nach Wolfsburg; Wallstein Verlag, Göttingen 2023, 208 Seiten, 35 €. ISBN 978-3-8353-5350-3.

1955 wurde das erste Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte zwischen Italien und der Bundesrepublik unterzeichnet. Eine der Hochburgen der Arbeitsmigration aus Italien war das erst 1938 von den Nazis gegründete Wolfsburg mit seinem VW-Werk. Aus Anlass der 60. Wiederkehr der ersten organisierten Ankunft von ItalienerInnen 1962 fand im Sommer 2022 eine größere Ausstellung des städtischen Institut für Zeitgeschichte und Stadtrepräsentation im Wolfsburger Rathaus statt, zu der nun nachträglich die Publikation erschienen ist.

Darin werden reich bebildert zwölf unterschiedliche Lebenswege erzählt, neun von Männern und drei von Frauen. Alle waren im Rahmen eines Oral History Projektes befragt worden, fünf der neun Männer haben eine deutsche Ehefrau. Von den 1960er- bis in die 1980er-Jahre beträgt der Anteil der in Wolfsburg geschlossenen Ehen, in denen ein Partner nicht-deutsch ist, fünf Prozent, dann steigt die Zahl sogar noch an.

Die Texte berichten von Arbeit, Familie und Freizeit, und auch von Politik. Ergänzt werden diese eher persönlichen Texte mit zwölf Essays, in denen zum Beispiel binationale Eheschließungen, Existenzgründungen von italienischen EinwanderInnen oder die Italianisierung der (bundes-)deutschen Esskultur dargestellt werden.

Die Zentralisierung von mehreren Tausend ItalienerInnen an einem Ort erleichtert das Community-Building und auch die kulturell-politische Organisierung. Bereits 1964 wird das Centro Italiano gegründet. 1965 wird der 1937 geborene Lorenzo Annese in den Betriebsrat bei VW gewählt; er gilt als erster „ausländischer“ Betriebsrat in Deutschland.[7] Gleich Ende 1962 gibt es einen „wilden“ Streik, die Namen der vermeintlichen Rädelsführer werden an das italienische Generalkonsulat in Hamburg

7 Lorenzo Annese: Vita da Gastarbeiter. Von Apulien zu VW in Wolfsburg; Bonn 2022.

Zum Inhaltsverzeichnis

weitergegeben (S. 179). Viele der im Band Vorgestellten sind gewerkschaftlich aktiv, engagieren sich dann in der Stadt und auch in der Parteipolitik auf kommunaler Ebene. Rocco Artale, geboren 1940, wird zum Beispiel 1974 Gewerkschaftssekretär der IG Metall. Heute leben in Wolfsburg circa 8.000 Personen mit italienischen Wurzeln, das entspricht etwa 8 Prozent der EinwohnerInnen. Die drei weiblichen Stimmen im Buch zeigen eine größere Vielfalt als die Männer: Giuseppa, 1960 geboren, kommt im Alter von 18 Jahren nach Wolfsburg; Virgina, geboren 1958, als Kind, und Lidia wird 1970 schon dort geboren.

Der Band präsentiert die Einwanderung als Erfolgsgeschichte, als Integration durch Mitbestimmung und Partizipation und damit auch als einen Prozess der Ermächtigung. Das ist nicht nur deswegen legitim, weil die hier präsentierten EinwanderInnen diese auch als solche erlebten – und erzählen. Die Anlage des populärwissenschaftlichen Bandes zeigt aber auch die Problematik auf, die ein solcher Fokus auf Integration und Repräsentation („Wir gehören auch dazu") mit sich bringt. Zum einen wird auch hier meist die Geschichte von MigrantInnen als Geschichte von (und durch) GewinnerInnen geschrieben. Dass die große Mehrheit der Eingewanderten wieder zurückkehrte (S. 60), fällt mehr oder minder unter den Tisch. Tim Zumloh spricht davon, dass im Rahmen von „Anwerbeabkommen" zwischen 1955 und 1973 circa 14 Millionen Menschen in die Bundesrepublik gekommen sind, und von diesen (nur) zwei bis drei Millionen dauerhaft geblieben seien.[8] (2) Zum zweiten wird die Geschichte von Arbeitsmigration und Einwanderung in die Nationalgeschichte eingeschrieben, mit allen Implikationen von Homogenisierung und Exklusion.

Seine Qualität gewinnt der Band trotz der Kritik aus der gelungenen Mischung aus Texten, die gesellschaftliche Verhältnisse beschreiben, und jenen, die Biografien darstellen, in denen es um Loslassen und Ankommen, oder auch um Heimweh geht. In ihnen wird Geschichte durch Geschichten erzählt. Geschichten die zeigen, dass Lebenswege zurückgelegt wurden, und manchmal auch Dinge zurück- im Sinne von weggelegt werden (müssen).

Bernd Hüttner

8 Tim Zumloh: Westfälische Migrationsgeschichte erschließen. Herausforderungen der Geschichte der (post)migrantischen Gesellschaft, https://hiko.hypotheses.org/2746, 21.4. 2023 (Zugriff 10.8. 2023).

Zum Inhaltsverzeichnis

Neuerscheinungen in der Buchmacherei:

Ukraine. Verhandeln ist der einzige Weg zum Frieden

Hajo Funke:
110 Seiten
ISBN 978-3-9825440-1-4
10,00 €

Hajo Funke hat diese Flugschrift in der Hoffnung geschrieben, damit argumentativ die reale Chance zu befördern, das Blutvergießen zu beenden. Er befasst sich mit der Vorgeschichte des Krieges und kommt zum Ergebnis, dass Chancen, ihn abzuwenden, ebenso wenig genutzt wurden wie Möglichkeiten, ihn frühzeitig zu beenden. Vor dem Hintergrund weltweiter Spannungen in neuen Kalten Kriegen und sich verschärfender ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen braucht es die Kooperation, nicht die Konfrontation der Staatenwelt.

Anti-Krieg zwischen Weltkriegen
Ein Lesebuch

Max Michaelis:
650 Seiten
ISBN 978-3-9825440-2-1
24,00 €

Max Michaelis hat in einem Lesebuch Texte der „Weltbühne“ von 1927 bis zu ihrem Verbot 1933 zusammengestellt. Sie befassen sich mit den Gefahren der Kriege – den geführten und den erneut drohenden. Ein Thema, das sich auch uns gerade stellt. Entstanden ist ein authentisches Geschichtsbuch aus einer Zeit, deren Ergebnis das Jahrhundert prägte – und es kann sehr viel mehr sein als das: Dokumentensammlung von zeitgenössischen Quellen, Einblick in Beweisführungen zu Zusammenhängen und Wesen von Kriegsursachen, beweisbare Benennung von Interessen und Triebkräften.

ARBEIT BEWEGUNG GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN 2023/III
ZWEIUNDZWANZIGSTER JAHRGANG SEPTEMBER 2023

Hella Hertzfeldt:
Une Révolution avec les Femmes.
Zum Engagement von Frauen in der Pariser Kommune

Massimiliano Livi:
„Befreie die Arbeit, um das Leben von der Arbeit zu befreien."
Das Umdenken der „Normalarbeit" im Italien der späten 1970er-Jahre

Hartmut Rübner:
Opposition und Rivalität. Kommunistische Gewerkschaftspolitik
in der Weltwirtschaftskrise und im antifaschistischen Widerstand

Hannah Strothmann:
Unter dem Radar? Rudernde Arbeiterinnen
oder die vergessenen Wegbereiterinnen des Frauen-Rudersports in Berlin
(1892–1914)

Axel Weipert:
„Tollhauszeit in riesigen Proportionen."
Deutschland im Krisenjahr 1923. Ein Literaturbericht

METROPOL